

darmstädter
studenten
zeitung

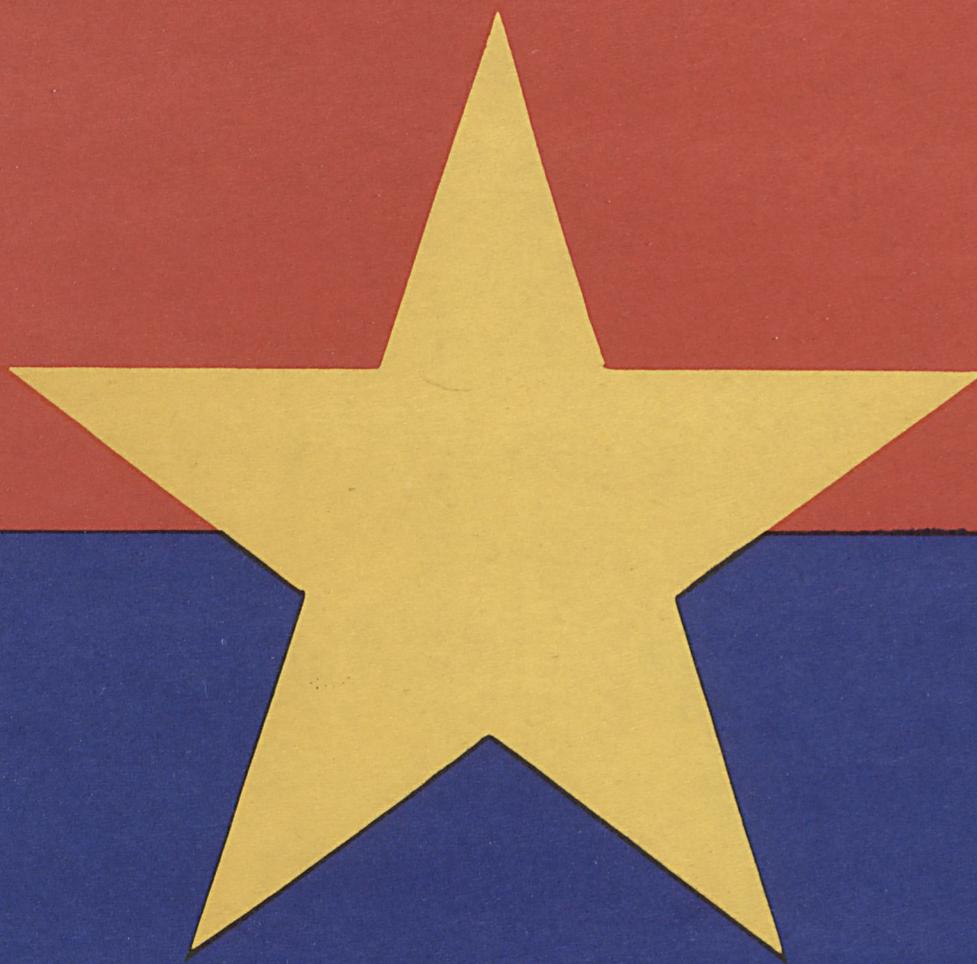
1F 2824 F

DM 0,60

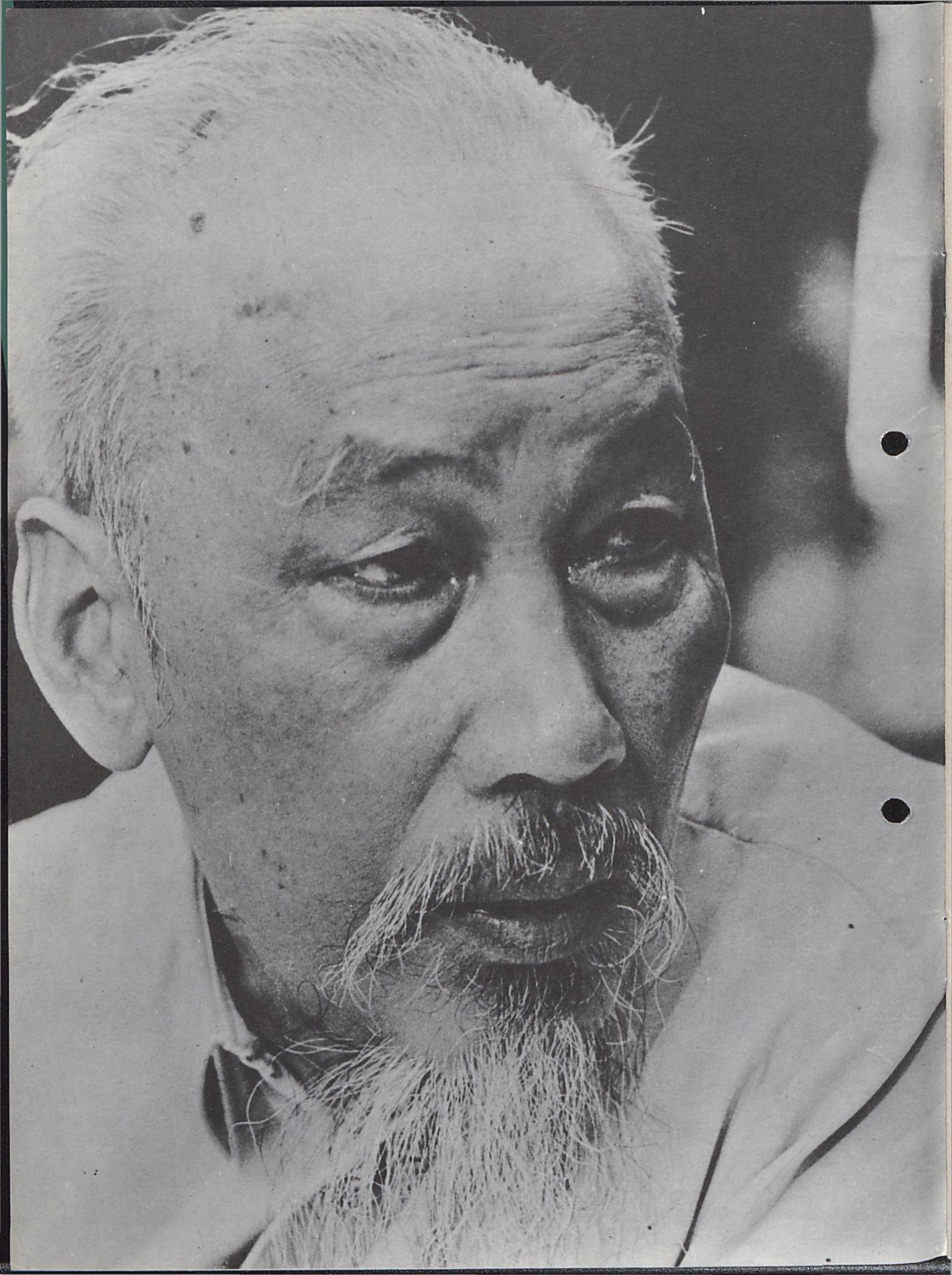
Hochschulangehörige
DM 0,30

Dezember 1971
19. Jahrgang

Nr. 124



20. Dez. 1971 – elf Jahre FNL



Inhalt

- 2 **betrifft: dsz**
- 3 **Wie erfinderische Zwerge – oder wenn Naturwissenschaftler sich um den Vietnamkrieg Sorgen machen**
- 5 **Ökologische Wirkungen des Vietnam-Krieges**
(aus: Naturwissenschaftliche Rundschau)
- 9 **Folgen des Einsatzes chemischer Waffen**
- 11 **„... the best slum-clearing they ever had!“ (Bob Hope)**
- 26 **Auslandshilfe: Einfluß und Kontrolle**
- 28 **Motto der US-Air Force: „Research – The Key To Aerospace Superiority“**
- 32 **Die Stiftungen: Ein Instrument des Imperialismus**
- 36 **Unterdrückung der schwarzen Minderheit in den USA mit Hilfe von Stiftungsgeldern – ein Beispiel**
- 38 **Das Hochschulsystem der USA**
- 41 **Beratung zur Anpassung?**
- 42 **FH-intern**
• Satzungsschwierigkeiten
- 42 **TH-intern**
• Krankenscheine
- 44 **mini-markt**



Demonstration gegen die Indiennahme von Forschung und Lehre für die Vietnam-Agression. Siehe hierzu auch die Seiten 3, 28 und 38.

**darmstädter
studenten
zeitung**
Nr. 124

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zweimal im Vierteljahr. Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts) 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 16/25 17, 33 09.

Verantwortlich: Friedhelm Ernst – Verlagsleiter: Wulf van Riesen.

Verkaufspreis: DM 0,60, Hochschulangehörige DM 0,30; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00 (Ausland DM 7,70). Konto: Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt 541397.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.

Für unverlangt eingesandte Bücher, Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Konten: Stadtsparkasse Darmstadt 10000 335, Postscheckamt Ffm 80597.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt.

dpa-Bilder auf den Seiten 1, 6, 7, 11, 16, 18, 21, 22, 29, 30, 34, 36, 37, 38, 40.

betrifft: dsz

**„Vergeßt nicht, daß wir nur 200 Millionen sind unter 3 Milliarden. Die wollen haben, was wir haben, aber sie können es nicht bekommen.“
(Lyndon B. Johnson vor GI's in Korea, 1967)**

Im Juni dieses Jahres (dsz Nr. 120–121) kündigten wir für dieses Semester eine Ausgabe an, die sich schwerpunktmäßig mit dem Vietnam-Krieg und besonders mit dessen ökonomischen Hintergründen befaßt. In dem vorliegenden Heft ist nunmehr ein großer Teil dieses Vorhabens verwirklicht. Dabei wurde insbesondere versucht, die Rolle der Wissenschaft in und für die kapitalistische Rüstungsproduktion zu untersuchen.

Wir halten diesen Punkt für sehr bedeutsam, gerade hier in Darmstadt an der Technischen Hochschule und der Fachhochschule mit ihren größtenteils technischen Fachrichtungen. Deshalb haben wir an den Anfang dieser Ausgabe die Auseinandersetzung mit einem Beitrag aus der renommierten westdeutschen Wissenschaftszeitung „Naturwissenschaftliche Rundschau“ gestellt, der den Vietnam-Krieg, nach ökologischen Gesichtspunkten beurteilt.

Welche insbesondere quantitativen Auswirkungen die Indienstnahme der Wissenschaft für die weltweite Aggression des US-Kapitals hat, ist am Beispiel der Organisation des amerikanischen Wissenschaftsbetriebs aufgezeigt: an der Struktur des Hochschulsystems, der Finanzierung von Forschung und Entwicklung und des Einflusses der Stiftungen. In diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß es sich bei dem Artikel über die Forschungsfinanzierung um die überarbeitete Fassung eines Abschnitts der Fischer-Dokumentation – „Gut geforscht ist halb gebombt“ – handelt.

Es soll hier nun allerdings nicht in das mittlerweile sogar von der bürgerlichen Presse übernommene Geschrei gegen die Kriegsforschung eingestimmt werden, denn mit der Abschaffung von Kriegsforschung sind nicht die Bedingungen beseitigt, die immer wieder Kriegsforschung erforderlich machen – nämlich das kapitalistische System, das es um seiner Selbsterhaltung willen nicht zulassen kann, daß andere Systeme ihre Funktionsfähigkeit unter Beweis stellen können. Der Artikel „... the best slum-clearing they ever had!“ stellt daher die ideologischen Hintergründe der US-Aggression in Vietnam dar.

Die Auseinandersetzung mit dem Problem der ökonomischen Notwendigkeit des Vietnam-Krieges muß unvollständig bleiben, da derzeit kaum die jüngste Entwicklung hinreichend eingeschätzt werden kann. Sicherlich sind es nicht nur politische Gründe, welche die USA veranlassen, die Kapitalvernichtung in Vietnam einzuschränken und wieder produktiv zu investieren. Die neuerdings restriktive Außenhandelspolitik der USA gibt dafür einige Hinweise und zeigt dabei gleichzeitig, wie die Aggression kurzerhand vom militärischen auf den ‚zivilen‘ Sektor verlegt werden kann.

Wie erfinderische Zwerge – oder wenn Naturwissenschaftler sich um den Vietnamkrieg Sorgen machen

Notizen zu einem Bericht aus der „Naturwissenschaftlichen Rundschau“ (NR) über „Ökologische Wirkungen des Vietnam-Krieges“

„Unverkennbar dient doch das Werk des Wissenschaftlers in jedem Augenblick der Gegenwart und der Zukunft seines Volkes, denn es besteht eine ständige Wechselwirkung zwischen den täglichen Bedürfnissen des Lebens aller Volksschichten und dem Einsatz der schöpferischen Arbeit des Wissenschaftlers für den Augenblick und für künftige Zeiten. Eine solche Wechselwirkung läßt sich an zahlreichen Beispielen erkennen, und gerade die Gegenwart bietet sie sinnfällig. Wenn in Zeiten des Krieges der Soldat die Grenzen seines Landes schützt oder Raum gewinnend über sie hinaus vorstößt, so liefern die kulturellen Leistungen der Nation diesem Kampf nicht nur den tieferen Sinn, sondern die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit bestimmen weitgehend die Brauchbarkeit und Güte der soldatischen Waffen. Unser augenblickliches Leben ist in gleichem Maße durch den Einsatz von Soldatentum, Wissenschaft und Technik gekennzeichnet; Wissenschaftler und Soldat stehen in enger Verbundenheit nebeneinander in der ersten Front unseres Lebenskampfes. Beide erfüllen ihre Pflicht in selbstverständlichem Einsatz, sie sehen den größten Lohn für ihre Arbeit im Erfolg ihres Wirkens und wissen um den tieferen Sinn des napoleonischen Wortes: „Die Männer der Wissenschaft und gute Militärs sind unbezahlbar. Kein Staat ist reich genug, weder um sie zu bezahlen, noch um sie zu belohnen. Alles was man für sie tun kann, ist, ihnen zu beweisen, daß man sie hochschätzt.“ (Adolf Butenandt¹)

Der unten abgedruckte Bericht über „Ökologische Wirkungen des Vietnam-Krieges“ ist der renommierten „Naturwissenschaftlichen Rundschau“ (NR – 44. Jg., Heft 2/1971, S. 73 ff.) entnommen. Er veranschaulicht exemplarisch die positivistische Trennung des Begründungszusammenhangs wissenschaftlicher Untersuchungen von den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Verwendung, das beschränkte Wissenschaftsverständnis bürgerlicher Gelehrter, die – wie in der NR – im Hinblick auf die fatalen Auswirkungen bestimmter politischer Maßnahmen wohlweislich da-

mit sich bescheiden, an deren mangelhafter wissenschaftlicher Vorbereitung herumzumäkeln, statt auch nur einen einzigen Gedanken über die sozialen Voraussetzungen und Ziele solcher Politik zu „verlieren“; diese als unparteiisch etikettierte Wissenschaft legt so in ihrem praktischen Vollzug die Parteilichkeit für die herrschende Klasse offen: Mit „wertneutraler“ wissenschaftlicher Akribi schildern hier Biologen die Folgen des Gaskrieges der US-Luftwaffe in Vietnam, Folgen, die der amerikanische General Le May vor wenigen Jahren ohne Umschweife ankündigte:

„Entweder ziehen die Vietnamesen die Hörner ein und hören mit der Agression auf, oder wir werden sie in die Steinzeit zurückbomben.“

Dieses Völkermordprogramm läuft bekanntlich schon recht lange und auf vollen Touren, unter aktiver Unterstützung sämtlicher Einzelwissenschaften –

„das amerikanische Verteidigungsministerium muß interdisziplinäre Aktivitäten ergreifen, die sich über viele Wissenschaftsgebiete erstrecken. Zum Beispiel kann es vorkommen, daß das Ministerium einen Physiker auffordern muß, sich um das vietnamesische Befriedigungsprogramm zu kümmern, da er in der Lage ist, ein hochkomplexes System zu untersuchen, das verschiedene technische Fragestellungen umfaßt. Kurz: Überlegungen zur nationalen Sicherheit müssen heutzutage einige sehr konkrete Analysen vieler Faktoren mit einbeziehen. ... Eine ernsthafte Forschung der aktuellen Sicherheitsproblematik muß sämtliche Wissenschaftsbereiche umfassen“²).

Diese Tatsache läßt sich auch mit noch so viel Gerede über die „Wertneutralität“ der Wissenschaften nicht wegdefinieren – und so muß selbst die NR einräumen,

„daß die massive Anwendung von Chemikalien zur Entblätterung und Zerstörung der Ernten in Vietnam (...) eine weitverbreitete Unruhe ausgelöst“

hat. Auch die NR ist beunruhigt, weshalb sie sich mit dem amerikanischen „Entblätterungsprogramm“ auseinandersetzt – auf ihre Weise versteht sich: Lehrbuchartig werden die Auswirkungen des Giftgaskrieges aufgelistet, der geführt wird, weil es

„in diesem Krieg keine Kampflinie (gibt), kein sicheres Territorium, sowie keine per-

manenten militärischen Einrichtungen, welche als Angriffsziele dienen können. Die militärischen Aktionen zielen auf eine Zunahme der Toten, Wegnahme von Nahrungsquellen für den Feind und Entzug des Schutzes und der Verstecke durch die natürliche Vegetation“.

Als wäre nichts selbstverständlicher, „der Krieg ohne Kampflinien“, „die militärischen Aktionen“, „die Entblätterung des Hauptschiffahrtskanals, um Angriffe auf die verkehrende Schiffe zu reduzieren“. Und die „Zunahme der Toten“? Auch hierfür hat die NR eine zynische Erklärung: Ein Antrag auf „Entblätterung“ müsse zwar „das Versprechen erhalten“, daß die Bewohner des Zielgebietes vor ihrer Vernichtung (denn was anderes ist die Vernichtung ihrer Umwelt) darüber informiert werden und „ihnen die Gründe hierfür“ erklärt werden; „trotz dieser formellen Abmachungen ... (werden) viele Vorsichtsmaßnahmen, die bei der Besprühung speziell vorgeschrieben sind, regelmäßig vernachlässigt“ – Krieg ist eben Krieg, oder wie die NR-Biologen lakonisch feststellen: „All diese Faktoren sind eine Folge des Krieges“.

Das ist so selbstverständlich, dieser Krieg und seine Folgen, daß man als Naturwissenschaftler allenfalls darüber sich empören kann, daß die Folgen des Krieges unnötig groß sind, weil dieser wissenschaftlich unzureichend vorbereitet worden ist: Man hätte den militärischen Zweck des „Entblätterungsprogramms“ mit geringerem Aufwand und geringeren Schäden für die „Flora“ und „Fauna“ Vietnams durchführen können – ohne etwa durch Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen des Landes mit eigenen langfristigen ökonomischen Interessen zu kollidieren –, wenn die US-Regierung wissenschaftlich besser beraten gewesen wäre; denn „da solche Substanzen nie zuvor bei militärischen Operationen benützt wurden, gibt es keine Angaben aufgrund derer sich die Wirkungen voraussagen ließen“ (die amerikanische Biologie sollte nunmehr dankbar sein, die empirischen Daten für den nächsten „Krieg ohne Kampflinie“ erhalten zu haben). Mehr noch:

„Diese Art der Kriegsführung ist äußerst destruktiv, sowohl für das menschliche Leben als auch für die Umwelt. Was die Wissenschaftler am meisten deprimiert, ist

die Tatsache, daß das Entblätterungsprogramm begonnen wurde, ehe die Wirkungen auf die Umwelt hinreichend getestet worden sind. ... Darüberhinaus hat das Entblätterungsprogramm eine ungemein starke psychologische Wirkung auf die Vietnamesen und ihre Einstellung gegenüber den Amerikanern!¹

Man sollte, so fordern diese Naturwissenschaftler, aus solchen Konsequenzen lernen und dafür sorgen, daß der amerikanischen Wissenschaft wieder volles Vertrauen entgegengebracht wird,

„den amerikanischen Wissenschaftlern (...) helfen, die Achtung der Wissenschaftler in Südostasien aufrecht zu erhalten beziehungsweise wiederzuerlangen.“

Deutlicher kann die positivistische Deformation des politischen Bewußtseins von Wissenschaftlern wohl kaum noch vorgetragen werden.

Durch nichts, jedenfalls nicht in den politisch-praktischen Auswirkungen, unterscheidet sich solche naive Ahnungslosigkeit, oder richtiger: zynische Gleichgültigkeit von dem eingangs zitierten Appell des Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft Adolf Butenandt 1941 an die NSDAP-Regierung, die Wissenschaft doch „nicht nur den tieferen Sinn“ für die faschistische Kriegsführung „liefern“ zu lassen, sondern auch einen materiellen Beitrag zur Unterstützung dieser Politik. Bestenfalls vermerken solche Wissenschaftler noch, daß ihre Arbeit kein Selbstzweck ist, daß eine Wissenschaft um der Wissenschaft Willen nicht betrieben wird, ohne daß sie freilich die konkreten Zwecke und Bedingungen erfragen geschweige denn benennen, die ihrerseits Umfang und Richtung der Forschung bestimmen. Diese Leute sind fungibel für jeden Zweck, „wie erfindische Zwerge, die für alles gemietet werden können“, liefern sie „ihr Wissen den Machthabern (aus), es zu gebrauchen, es nicht zu gebrauchen, es zu mißbrauchen, ganz wie es ihren Zweck dient“²). Handlanger und Wasserträger der herrschenden Klassen sind sie, deren Ansprüche sie unbefragt wissenschaftlich zu fundieren suchen, emsig bemüht um die Sicherung des eigenen sozialen Prestiges als Gelehrte, makabererweise — wie in unserem Beispiel — selbst noch gegenüber den Menschen, deren Familien auszurotten sie mit wissenschaftlichem Rat und Tat behilflich waren.

Diese Probleme klammern sie aus ihrer „fachwissenschaftlichen Kompetenz“ aus — schließlich sei

„niemand gehalten, wenn er einem Auftrag übernimmt, damit auch die Beweggründe des Auftraggebers zu übernehmen“³).

Denn so A. Butenandt 1970 —

„wie sie (die wissenschaftlichen Erkenntnisse — d. R.) verwandt werden, liegt in der Hand der Menschen, die über ihre Verwendung entscheiden ... wird immer noch davon abhängen, ob diejenigen Personen und Gruppen, in deren Hand die Entscheidung über die Gestaltung der Zukunft liegt, von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Methoden den rechten Gebrauch machen“⁴).

Welche „Personen und Gruppen“ diese Entscheidungen treffen, war für Wissenschaftler wie Butenandt bekanntlich noch nie interessant. 1941 waren es die Nazis, denen er eifertig die „Dienste der Wissenschaft“ anbot, wobei er kurzerhand die Interessen der Faschisten mit den „täglichen Bedürfnissen des Lebens aller Volksschichten“ (1) gleichsetzte. Wie solche Butenandts, von denen auch in dem NR-Beitrag die Rede ist, heute „der Industrie“ und „der Wirtschaft“ verbunden, oder „dem Ganzen dienend sich einzuordnen bemüht“ sind⁵), einem „Ganzen“, dem vorsorglich die konkrete gesellschaftliche Bestimmtheit kapitalistisch zu sein entzogen worden ist, um derart gerechtfertigt die Sorge um eine imaginäre „Allgemeinheit“ zu beschwören:

„Die gesamte Forschung hat — gewissermaßen im eigenen Interesse, aber zugleich in der Verantwortung vor der Allgemeinheit — die Aufgabe, zumindest die ‚Ausgangspunkte‘ für eine leistungsfähige Wirtschaft zu liefern. Hier liegt demnach eine immerwährende Aufgabe der Forschung“⁶).

Wie gesagt und gesehen — ihre uneingeschränkte Ignoranz und damit Loyalität gegenüber den jeweiligen politischen Verhältnissen, wollen diese Wissenschaftler belohnt wissen. Fand Butenandt 1941 hierfür noch in angemessenem Bezug auf die faschistischen Umstände ein „napoleonisches Wort“ und die gedungenen Vietnam-Verseucher aus der NR vorsichtigen Tadel für ihre Regierung, so bemühte der Präsident der Max-Planck-Gesellschaft 1970 endlich den lieben Gott, als er vom Gelehrten schwärmte,

„der durchdrungen ist von seiner Berufung, und der weiß, daß es eine Gnade ist, den Sinn geerbt zu haben für die geistige Ordnung dieser Welt. Man gebe behutsam um mit solchen Männern und Frauen, sie werden einem Volk nie in übergroßer Zahl geschenkt“⁷).

Uns jedenfalls reicht die Zahl an „solchen Männern und Frauen“, allein schon an der Darmstädter TH, und es dürfte ihnen in der Tat wie eine Gnade erscheinen, daß sie immer noch und unbehindert ihrer eigenartigen „Berufung“ nachkommen können, die „geistige Ordnung“ der kapitalistischen Produktionsverhältnisse beständig zusammenzuflicken. Man sollte endlich der erprobten Aktionsformen sich erinnern und diese „gelehrten Kommiss der Kapitalistenklasse“⁸) ihren Auftraggebern zurückreichen. rückreichen.

Zitatnachweise

1) BUTENANDT, A., „Die biologische Chemie im Dienste der Volksgesundheit“, Festrede am Friedrichstag der preußischen Akademie der Wissenschaften am 23. Januar 1941 — in: Preußische Akademie der Wissenschaften, Vorträge und Schriften Heft 8, Berlin 1941, S. 4f.

2) Defense Department Sponsored Foreign Affairs Research — Hearing before the Committee on Foreign Relations United States Senate, 90th Congress, 2nd Session, May 9, 1968 — U. S. Government Printing Office Washington, 1968, S. 9.

3) BRECHT, B., „Leben des Galilei“ — in: Werke Bd. 3, Ffm. 1967, S. 1341.

4) GÜNTHER, P., „Die Chemiker-Generation zwischen Humanismus und Technik“ — in: Angewandte Chemie 75, Nr. 1 (1963); zitiert nach: Basisgruppe Chemie Darmstadt, „Wissenschaft und Gesellschaft“ November 1971.

5) BUTENANDT, A., „Aufgaben der Forschung und Probleme ihrer Förderung“, — in: „Wirtschaft und Wissenschaft“ (Stifterverband für die deutsche Wissenschaft), Heft 3/1970, S. 17.

6) a.a.O. Seite 17.

7) a.a.O. Seite 16.

8) a.a.O. Seite 20.

9) LENIN, W. I., „Materialismus und Empirio-kritizismus“ — in: Werke Band 14, S. 347.

Ökologische Wirkungen des Vietnam-Krieges

Ein Bericht

Die massive Anwendung von Chemikalien zur Entblätterung und Zerstörung der Ernten in Vietnam hat eine weitverbreitete Beunruhigung ausgelöst. Da solche Substanzen nie zuvor bei militärischen Operationen benützt wurden, gibt es keine Angaben, aufgrund derer sich ihre Wirkungen voraussagen ließen. Das US Department of State sandte daher F. H. Tschirley, ein Pflanzenökologe des US Department of Agriculture, im März 1968 nach Vietnam, um eine 30tägige Erhebung über die ökologischen Wirkungen der Entblätterung zu machen. Sein Bericht (1) weist darauf hin, daß das Entblätterungsprogramm eine tiefgreifende Wirkung auf das Pflanzenleben in Vietnam hat. Es war Tschirley jedoch nicht möglich gewesen, genauere Daten über andere Aspekte des Problems zu erhalten, beispielsweise über die Wirkungen auf das Tierleben. Die Society for Social Responsibility in Science beschloß daher, eine weitere Reise im März 1969 zu finanzieren, mit dem Ziel, die Beobachtungen Tschirleys durch die Befunde zweier Zoologen, G. H. Orians (Department of Zoology, Universität von Washington, Seattle) und E. W. Pfeiffer (Department of Zoology, Universität von Montana, Missoula) zu ergänzen (2).

Die beiden Forscher flogen mit einem Hubschrauber über bombardierte Gebiete und mit Besprühungsmissionen mit den eigens dafür umgebauten Flugzeugen. Ferner fuhren sie mit einem Boot über 100 Kilometer auf dem Nha Be-Fluß durch eine Mangrovenzone, die stark entblättert worden war. Der Hauptschiffahrtskanal nach Saigon passiert durch dieses Gebiet, und die Entblätterung wurde dort hauptsächlich vorgenommen, um Angriffe auf die verkehrenden Schiffe zu reduzieren.

Entblättermittel werden in Vietnam seit 1962 angewendet. Das anfänglich bescheidene Programm verstärkte sich erheblich nach 1965. Ein Höhepunkt wurde im Jahr 1967 erreicht, gefolgt von einer Reduzierung im Jahr 1968, nach der Tet-Offensive. Die Besprühung richtet sich hauptsächlich auf die Wälder und Gestrüppe, jedoch ein beträchtlicher Anteil auch auf Kulturland in den bergigen Gebieten, da nach Ansicht der amerikanischen Militärbehörden die Nahrungsmittel, die dort angebaut werden, für die Ernährung der Streitkräfte der nationalen Befreiungsfront dienen. Keine Entblättermittel sollen auf die Reisfelder in der Delta-Region angewendet werden. Die Hauptentblätterung erfolgt entlang von Straßen und Flüssen und um militärische Einrichtungen sowie in den Grenzgebieten nahe der Grenze von Laos und Kambodscha. Die Wälder nördlich und nordwestlich von Saigon sind besonders hart getroffen worden. Dieser Bereich liefert einige der wertvollsten Holzarten des Landes. 20 bis 25 Prozent der Wälder dürften mehr als einmal besprüht worden sein. Straßenränder und Flußufer werden zu mehrfacher Entlaubung in regulären Abständen besprüht.

Offiziell ist das Entblätterungsprogramm ein vietnamesisches Programm, mit Unterstützung der USA. Ein Antrag auf Entblätterung kann entweder von einem Distrikt- oder Provinzleiter gemacht werden, mit Unterstützung seines amerikanischen Ratgebers. Die Anforderung muß unter anderem das Versprechen enthalten, die Bewohner des Zielgebietes über die Besprühung zu informieren und ihnen die Gründe hierfür zu erklären. Der Antrag geht dann zu den verantwortlichen Stellen in Saigon, und die endgültige Erlaubnis muß von dem kommandierenden General und dem amerikanischen Botschafter in Vietnam gegeben werden. Trotz dieser formellen Abmachungen betrachtet man das Programm in Vietnam

allgemein als ein Projekt der Amerikaner, und darüber hinaus gibt es Hinweise, daß viele Vorsichtsmaßnahmen, die bei den Besprühungen speziell vorgeschrieben sind, regelmäßig vernachlässigt werden.

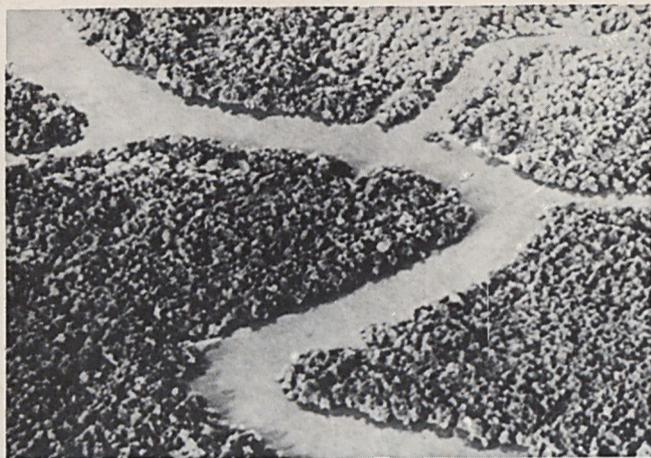
Um die Übertragung der Herbizide durch den Wind zu reduzieren und die letale Wirkung im gewünschten Zielgebiet zu verbessern, haben die Militärbehörden Regeln für die Bedingungen, unter welchen die Entblätterung stattfinden kann, erstellt. Die Missionen fliegen nur dann, wenn die Temperatur weniger als 29,4° C beträgt und der Wind weniger als 10 Knoten. Dadurch beschränkt sich die Besprühung aus der Luft auf die Morgenstunden, doch versucht man gewöhnlich, zwei aufeinanderfolgende Missionen an einem Morgen zu fliegen.

ENTBLÄTTERUNGSMITTEL

Die in Vietnam angewendeten Entblättermittel sind in der Tab. Seite 7 dargestellt. (Die Bezeichnung der Herbizide, Orange, Pukur, Weiß und Blau, stammt von dem jeweiligen Farbband am Behälter.) Im Gebiet von Saigon, wo durch den Wind verbreitete und gasförmige Herbizide das Ackerland gefährden, wird nun die Substanz „White“ bevorzugt, aufgrund ihrer geringeren Flüchtigkeit und Persistenz, jedoch in Bereichen mit geringerer Landwirtschaft sprüht man vorwiegend das ökonomischere Mittel „Orange“. Unter den gegenwärtig in Vietnam angewendeten Herbiziden steht „Orange“ an erster Stelle (50%), gefolgt von „White“ (35%) und „Blue“ (15%). Letzteres wird hauptsächlich zur Besprühung der Bergreisfelder verwendet.

WIRKUNG DER ENTBLÄTTERUNGSMITTEL AUF BÄUME

Besonders empfindlich gegenüber den Entblättermitteln sind die Mangroven, und eine einzige Applikation genügt, um den größten Teil eines Bestandes abzutöten. Einige der Gebiete waren im Jahre 1969 noch immer völlig kahl, obwohl manche davon bereits vor mehreren Jahren letztmals besprüht worden waren. Nur gelegentlich ließ sich eine Regeneration der Bäume feststellen. Die Mangroven-Vegetation ist floristisch einfach. In Vietnam dominieren die Arten *Avicennia marina*, *A. intermedia*, *Rhizophora conjugata*, *Bruguiera parviflora*, *B. gymnorhiza*, *Ceriops candelana* und *Nipa fruticans*. Die letzte Art bildet dichte Bestände entlang der meisten Flüsse im Delta-Bereich, wo sie unter dem Einfluß von Ebbe und Flut stehen. Schätzungen zufolge dürfte es etwa 20 Jahre dauern, die *Rhizophora-Bruguiera*-Wälder wieder herzustellen. Diese Schätzung basiert auf der Annahme einer sofortigen Verbreitung von Samen in den entblätterten Gebieten, sowie von geeigneten Keimungsbedingungen bei der Aussaat der Samen. Sehr wahrscheinlich sind aber die Umweltbedingungen für die Samenkeimung in den entblätterten Wäldern äußerst schlecht. So könnten die außergewöhnlichen Bodenverhältnisse der Mangrovenwälder den Abbau der Herbizide verhindern. Wenn die Moleküle an die Bodenpartikeln gebunden bleiben, dürfte die Samenkeimung auf lange Zeit gehemmt werden. Es läßt sich daher nicht ausschließen, daß die Wiederaufforstung der ursprüng-



Vor der Entlaubung . . .

lichen Mangrovenwälder unmöglich ist, ausgenommen am Ufer der Flüsse.

Untersuchungen über die Wirkungen der Entlaubung bei Gummibäumen wurden vom Rubber Research Institute von Malaya und dem Rubber Research Institute von Vietnam begonnen. Die Gummipflanzungen spielen für die Wirtschaft Vietnams eine große Rolle. Die Gummibäume (*Hevea brasiliensis*) haben sich als besonders empfänglich für Schädigungen durch die Entblättermittel erwiesen. In einem Bereich von etwa 130 x 40 Kilometer zeigten sich an sämtlichen Bäumen Schädigungen. Über 40 000 Hektar von Gummibäumen wurden mindestens zu 10 Prozent entblättert. In sämtlichen Fällen sind die Mittel nicht direkt auf die Gummibäume angewendet worden, sondern der Wind hat sie von anderen Applikationsgebieten herbeigetragen. Zwar werden die Bäume nicht unbedingt abgetötet, jedoch die Latex-Produktion reduziert, und das Zurückschneiden der geschädigten Bäume führt zu hohen Kosten. Wenn ein Gummibaum völlig entblättert ist, muß man das Anzapfen einstellen, bis sich neue Blätter voll entwickelt haben. Dies dauert in der Regel etwa einen Monat, so daß die Minimumperiode des Nichtanzapfens ungefähr zwei Monate beträgt. In einigen Fällen wurde bis zu einem Jahr lang kein Latex mehr entnommen. Den Verlust während eines Jahres schätzte man an manchen Orten bis zu 30 Prozent des normalen Latex-Ertrages.

Untersuchungen der Dow Chemical Company haben ergeben, daß die Entblättermittel von den Blättern des Baumes absorbiert und dann durch das Phloem innerhalb von 24 Stunden verbreitet werden. Die Symptome der Entblätterung erscheinen innerhalb von wenigen Wochen nach der Besprühung. Je jünger der Gummibaum ist, desto schneller wird er durch die Mittel getötet. Während sich die älteren Bäume normalerweise wieder erholen, können die weniger als 7 Jahre alten Bäume durch die angewendeten Gaben abgetötet werden. Allerdings wurden auf einer Plantage von 100 Hektar sämtliche Bäume durch die Herbizide getötet, obwohl sie durchschnittlich 33 Jahre alt waren. Im Gummiforschungsinstitut befürchtet man, daß eine wiederholte Entblätterung die gesamte Existenz der Gummikultur in Vietnam bedroht. Im Jahr 1960 ergaben die Gummipflanzungen in Vietnam 1066 Kilogramm trockenen Gummi pro Hektar, im Jahr 1967 nur noch 793 Kilogramm pro Hektar. Die Ertragsminderung beruht auf einer Kombination von Umständen, beispielsweise der Einstellung des Anzapfens der Bäume aufgrund militärischer Aktionen, wenig erfahrene Arbeiter und geringe Kontrolle der Plantagen, Herbizidschädigungen, fehlende Pflege der Pflanzungen und das Beschneiden der Gummibäume entlang der Straßen. All diese Faktoren sind eine Folge des Krieges.

WIRKUNG DER ENTBLÄTTERUNG AUF DIE HOCHLANDWÄLDER

In Wäldern, die zweimal im Abstand von etwa einem Jahr besprüht worden waren, zeigten sämtliche Holzpflanzen einschließlich Samen, starke Schädigungen. Durch zwei oder drei Besprühungen können ungefähr 50 Prozent von kommerziell wertvollem Holz vernichtet werden. In den geschädigten Wäldern verbreiten sich dann Gräser, welche resistent gegenüber den Entblättermitteln sind und möglicherweise die Aufforstung mit Baumsämlingen für lange Zeit verhindern. So kann es unter Umständen viele Jahrzehnte dauern, bis wieder ein Wald herangewachsen ist. Veränderungen der Zusammensetzung der Arten und der Waldphysiognomie dürften für weit längere Zeit fortbestehen. Ein Jahr nach der Besprühung ist das Holz immer noch in gutem Zustand und könnte kommerziell verwendet werden, falls Geräte und der Markt verfügbar sind. Ein schweres, über Jahre andauerndes Problem für die vietnamesische Holzindustrie wird jedoch durch die Schrapnelle verursacht. Die meisten Sägewerke berichten, daß sie 1 bis 3 Stunden täglich verlieren, weil die Geschoßsplitter in den Baumstämmen die Sägeblätter schwer beschädigen. Die Forstleute suchen nun nach geeigneten Metalldekotoren, um diese Verluste zu reduzieren.

WIRKUNG DER ENTBLÄTTERUNGSMITTEL AUF TIERE

Die nahezu völlige Ausrottung der Vegetation in den Mangrovengebieten durch die Herbizide hat erwartungsgemäß starke Wirkungen auf die dort lebenden Tiere gehabt. Keine einzige Art von insekten- oder fruchtessenden Vögeln wurde in den entblätterten Gebieten beobachtet, mit Ausnahmen von Rauchschwalben (*Hirundo rustica*), welche Zugvögel vom Norden sind. Obwohl keine Daten über die Vögelpopulationen vor der Entblätterung vorliegen, weisen die Erfahrungen in Mangrovengebieten im tropischen Amerika darauf hin, daß dort eine große Anzahl von Landvögeln gelebt haben dürfte. In den ganzen Tropen sind die Mangrovenwälder reich an Vogelarten (3), viele davon sind sogar auf diesen Vegetationstyp beschränkt, und es ist kaum annehmbar, daß die südostasiatischen Mangrovenwälder eine Ausnahme bilden. Fischfressende Vögel scheinen weniger stark gelitten zu haben, jedoch ist ihre Anzahl viel geringer als zu erwarten war. Dies weist darauf hin, daß die aquatischen Nahrungsmittelketten in den Mangrovegebieten weniger stark durch die Entblätterung beeinflusst wurden als die terrestrischen. Die einzige andere Wirbeltierart, die in den entblätterten Gebieten gesichtet wurde, war ein großes Krokodil (*Crocodylus*) am Ufer eines schmalen Kanals. Die Mangroven im Mündungsbereich des Saigonflusses sind wahrscheinlich am schwersten durch die Entblätterung beeinflusst worden. Dieses Gebiet wurde sehr stark besprüht, die Vegetation ist äußerst empfindlich auf Herbizide, und viele der Tierarten, welche in den Mangrovenwäldern leben, sind auf diesen Vegetationstyp spezialisiert und beschränkt. Diese Tiere sind daher gewissermaßen „Inselbewohner“, umgeben von einem ungeeigneten Habitat, so daß sogar unter normalen Bedingungen eine größere Auslöschungsgefahr besteht als bei Arten in einem anderen, mehr zusammenhängenden Lebensraum.

Bezeichnung	Zusammensetzung (%)	Konzentration (g/Liter AE ¹⁾)	Applikationsmenge (kg/ha)		Verwendung
			Vietnam	USA	
Orange	n-Butylester 2,4-D (50) ²	479	30	2,2	Allgemeine Entblätterung von Wäldern, Unterholz und breitblättrigen Pflanzen
	n-Butylester 2,4,5-T (50) ³	422			
Purple	n-Butylester 2,4-D (50)	479			Allgemeine Entblätterung
	n-Butylester 2,4-T (30)	251			
	Isobutylester 2,4,5-T (20)	171			
White	Triisopropanolaminsalz 2,4-D	228	6,7	0,56—2,2	Waldentblätterung mit langzeitiger Wirkung
	Picloram	62	1,7		
Blue	Natriumkakodylat (27,7)	353	10,5	5,6—8,4	Schnelle kurzzeitige Entblätterung (insbesondere für Gräser und Reis)
	Freie Kakodylsäure (4,8)				
	Wasser, Natriumchlorid				

¹⁾ AE = Säureäquivalent. ²⁾ 2,4-D = Dichlor-phenoxyessigsäure. ³⁾ 2,4,5-T = 2,4,5-Trichlor-phenoxyessigsäure.

Tab. Chemische Zusammensetzung, Applikationsmenge und Verwendung von Herbiziden.

TOXITÄT DER HERBIZIDE

Das Problem der Giftigkeit der Herbizide für Tiere ist noch nicht gelöst. Nahezu sämtliche Untersuchungen waren kurzzeitig, und die Ergebnisse sind vielfach widersprüchlich. Einigen Berichten zufolge sollen die überwiegend angewendeten Herbizid-Konzentrationen nicht direkt toxisch für Tiere sein, und auch Tschirley (1) gibt an, daß keine Beweise vorliegen, daß die in Vietnam verwendeten Herbizide eine Vergiftungsgefahr für Mensch oder Tier darstellen. Jedoch nach Holden (4) kann 2,4-Dichlor-phenoxyessigsäure (2,4-D) potentiell gefährlich für Fische sein. Die Letaldosis (LD 50) für Salmoniden bei 24stündiger Exposition beträgt 0,5 ppm. Daher wurde eine Konzentration von 458 Gramm pro Liter in einem kleinen Fluß (0,28 Kubikmeter pro Sekunde) die Fische einer hundertfachen Letaldosis exponieren. Die Applikationsrate von 2,4-D in Vietnam liegt noch etwas höher als dieser Wert. Eine weitere mögliche Vergiftungsgefahr für Tiere besteht durch den mit Entblätterungsmitteln behandelten Pflanzen. Verschiedentlich wurde über Fälle berichtet, daß das Vieh nach dem Verzehr von Unkräutern, die mit 2,4-D besprüht worden waren, erkrankte oder starb. Subletale Dosen des Mittels können den Stoffwechsel bestimmter Pflanzenarten derartig beeinflussen, daß sich toxische



... und nachher

Mengen von Nitraten in den Pflanzen akkumulieren. In den Tieren werden die Nitrate dann in Nitrite umgewandelt, welche in das Blut übergehen und dort mit Hämoglobin reagieren (Umwandlung von Hämoglobin in Methämoglobin), was einen Sauerstoffmangel in den Geweben verursacht. Dies kann zum Tode oder zu Krankheiten beziehungsweise zum Abort bei den Tieren führen. Die Beobachtungen von Oriens und Pfeiffer (2) in Vietnam ergaben jedoch kaum irgendwelche Hinweise auf direkte toxische Wirkungen auf Tiere. Zwar erhielten sie einen Bericht über viele kranke und sterbende Vögel und Säugetiere in den Wäldern nach einer Entblätterungsaktion sowie zwei Berichte über den Tod einer großen Anzahl von Schweinen in der Nähe von Saigon, jedoch konnten sie die Angaben nicht näher nachprüfen. Trotzdem darf aber nicht vergessen werden, daß die Vernichtung des Habitats durch die Entblätterung in den meisten Fällen den Tod der Tiere bedeutet. Die weitverbreitete Ansicht, daß die Tiere in andere Gebiete abwandern können, läßt sich nicht aufrechterhalten. Ökologische Beobachtungen weisen nämlich darauf hin, daß die Tropenwälder die maximale Anzahl von Individuen der meisten Arten enthalten, für welche die lebenswichtige Versorgung ausreicht. Eine Reduzierung des Habitats muß daher zu einer Verminderung der Populationen dieser Tiere führen.

Ein Phänomen, das dringend untersucht werden sollte, ist eine weitverbreitete Krankheit, welche zu Beginn der Regenzeit bei Süßwassernutzfischen auftritt. Charakteristische Symptome der Erkrankung sind zahlreiche kleine, runde, dunkle Flecken in den Muskeln sowie der unangenehme Geschmack der Tiere, die aber trotzdem von den Vietnamesen verzehrt werden. Zwar ist die Krankheit regelmäßig in Vietnam zu Beginn der Regenzeit aufgetreten, jedoch gibt es Hinweise, daß sich ihr Vorkommen im Vergleich zu früheren Jahren verstärkt hat.

Einen Einblick in die möglichen schädigenden Wirkungen der in Vietnam angewendeten Herbizide läßt sich durch die Gebrauchsanweisungen der Hersteller gewinnen. Die Produzenten von „Orange“ und „White“ weisen darauf hin, daß diese Chemikalien außerhalb der Reichweite von Kindern und Tieren zu halten sind. Ferner sollten die Substanzen nicht in Kontakt mit Wasser kommen, das für die Bewässerung, als Trinkwasser oder für andere Haushaltszwecke verwendet wird. Behandelte Gebiete sollen zwei Jahre lang nach der Anwendung nicht als Weideland benützt werden. Die Hersteller von „Blue“ geben an, daß bei Menschen, welche diesem arsenhaltigen Mittel täglich über längere Zeit exponiert sind, die Empfindlichkeit der Haut überwacht und durch monatige Urinalysen der Arsengehalt festgestellt werden sollte. Anzeichen einer akuten Kakodylsäure-Vergiftung sind Kopfweh, Erbrechen,

Diarrhöe, Benommenheit, Krämpfe, allgemeine Lähmungserscheinungen und Tod. Beim erwachsenen Menschen kann eine Gabe von 28 Gramm Kakodylsäure derartige Symptome verursachen.

WIRKUNG DER BOMBARDIERUNGEN

Die durch die Bombenangriffe verursachten Schäden sind von erheblicher ökologischer Bedeutung. Die 225 bis 340 Kilogramm schweren Bomben hinterlassen Krater von etwa 10 Meter Tiefe und 15 Meter Durchmesser. Das bombardierte Land sieht stellenweise wie die Oberfläche des Mondes aus. Solange keine Geräte für größere Erdbewegungen zur Verfügung stehen, um die Krater aufzufüllen, werden sie ein permanentes Merkmal der vietnamesischen Landschaft darstellen. Die Krater, die zumeist auch noch in der Trockenzeit Wasser enthalten, sind potentielle Brutstätten für Moskitos. Ferner erschweren sie die landwirtschaftliche Verwendung der betroffenen Gebiete. Schätzungen zufolge entstanden durch die Bombardierungen im Jahre 1967 ungefähr 848 000 Krater und im Jahr 1968 über 2 $\frac{1}{2}$ Millionen Krater.

Eine weitere Nebenwirkung des Krieges ist ein generelles Jagdverbot in Vietnam. Es gibt dort jedoch viele Menschen, die unternährt sind, Waffen besitzen und sehr wahrscheinlich alle genießbaren Tiere abschießen. Andererseits scheinen die Tiger einen Vorteil aus dem Krieg zu ziehen. Sie haben in den vergangenen 25 Jahren gelernt, das Geräusch von Schusswaffen mit der Gegenwart von toten oder verwundeten Menschen zu assoziieren. Als Folge davon wandern die Tiger schnell in Richtung auf das Gewehrfeuer und konsumieren offenbar die Gefallenen. Obwohl es keine genauen Angaben über die Tigerpopulation der Vergangenheit oder Gegenwart in Vietnam gibt, ist es wahrscheinlich, daß dort die Anzahl der Tiger zugenommen hat, ähnlich wie die Wölfe in Polen während des zweiten Weltkrieges.

Die Anwendung der Herbizide in Vietnam ist nach Ansicht eines prominenten amerikanischen Biologen, M. S. Meselson (Harvard Universität) eine Erweiterung der chemisch-biologischen Kriegsführung (5). In Vietnam werden die chemischen Waffen einer technologisch fortgeschrittenen Gesellschaft erstmals intensiv in einem Guerillakrieg angewendet. In dieser Krieg gibt es keine Kampflinien, kein sicheres Territorium sowie keine permanenten militärischen Einrichtungen, welche als Angriffsziele dienen können. Die militärischen Aktionen zielen auf eine Zunahme der Toten, Wegnahme von Nahrungsquellen für den Feind und Entzug des Schutzes und der Verstecke durch die natürliche Vegetation. Diese Art der Kriegsführung ist äußerst destruktiv, sowohl für das menschliche Leben als auch für die Umwelt. Was die Wissenschaftler am meisten deprimiert, ist die Tatsache, daß das Entblätterungsprogramm begonnen wurde, ehe die Wirkungen auf die Umwelt hinreichend getestet worden sind. Die bisherigen Beobachtungen zeigten die tiefgreifenden Wirkungen der Entblößung des Landes von seiner Flora und Fauna. Jedenfalls sind die ökologischen Folgen der Entblätterung äußerst schwer. Darüber hinaus hat das Entblätterungsprogramm eine ungemein starke psychologische Wirkung auf die Vietnamesen und ihre Einstellung gegenüber den Amerikanern. Orians und Pfeiffer empfahlen dringend, daß die American Association for the Advancement of Science

(AAAS), entsprechend ihrer Resolutionen von 1966 und 1968 (6) die Initiative übernimmt, ein internationales Forschungsprogramm über die langzeitigen Wirkungen der militärischen Verwendung von Herbiziden in Vietnam einzuleiten. Eine derartige Aktion wäre notwendig, um den amerikanischen Wissenschaftlern zu helfen, die Achtung der Wissenschaftler in Südostasien aufrechtzuerhalten beziehungsweise wiederzuerlangen.

Im Dezember 1969 wurde M. S. Meselson von der AAAS beauftragt, einen detaillierten Plan für Untersuchungen über die kurz- und langzeitige Wirkung von Herbiziden auf die Ökologie und die menschliche Gesundheit in Südvietnam durchzuführen. Für das einjährige Programm stellte die AAAS eine Summe von 80 000 Dollar zur Verfügung. Im Sommer 1970 verbrachten Meselson und seine drei Mitarbeiter (ein Forstmann, ein Chirurg und Ökologie-Student) fünf Wochen in Südvietnam. In Zusammenarbeit mit mehreren Professoren und Studenten der Universität Saigon sammelten die Forscher Proben von Boden, Wasser, Fischen, Pflanzen, Muttermilch, menschlichem Haar und Fett. Ferner machten sie visuelle Beobachtungen aus der Luft, zu Lande und vom Boot aus. Hingegen gelang es Meselson und seiner Forschergruppe nicht, genauere Informationen über die schätzungsweise 30 000 Besprühungsmissionen, die seit Beginn des Krieges durchgeführt worden sind, zu erhalten. Die verlangten Auskünfte, nämlich Zeit und Ort sowie Art und Menge der verwendeten Herbizide, also Informationen von grundlegender Wichtigkeit für die Untersuchungen, wurden mit der Begründung verweigert, daß es sich dabei um geheime Daten handle, zu deren Kenntnisnahme die Forscher nicht berechtigt seien. Bei der Analyse des gesammelten Materials ist es jedoch notwendig, zu wissen, wie oft und wie stark die Orte, von denen die Proben stammen, besprüht wurden. Die fehlenden Daten werden daher den Aussagewert der Befunde stark beeinträchtigen. Die visuellen Beobachtungen haben im wesentlichen die Befunde von Tschirley sowie Orians und Pfeiffer bestätigt, unter anderem das Vorkommen einer verbeiteten Bambus-Invasion in den entlaubten Wäldern und eine nur geringe beziehungsweise überhaupt keine Regeneration der entblätterten Mangrovegebiete (7).

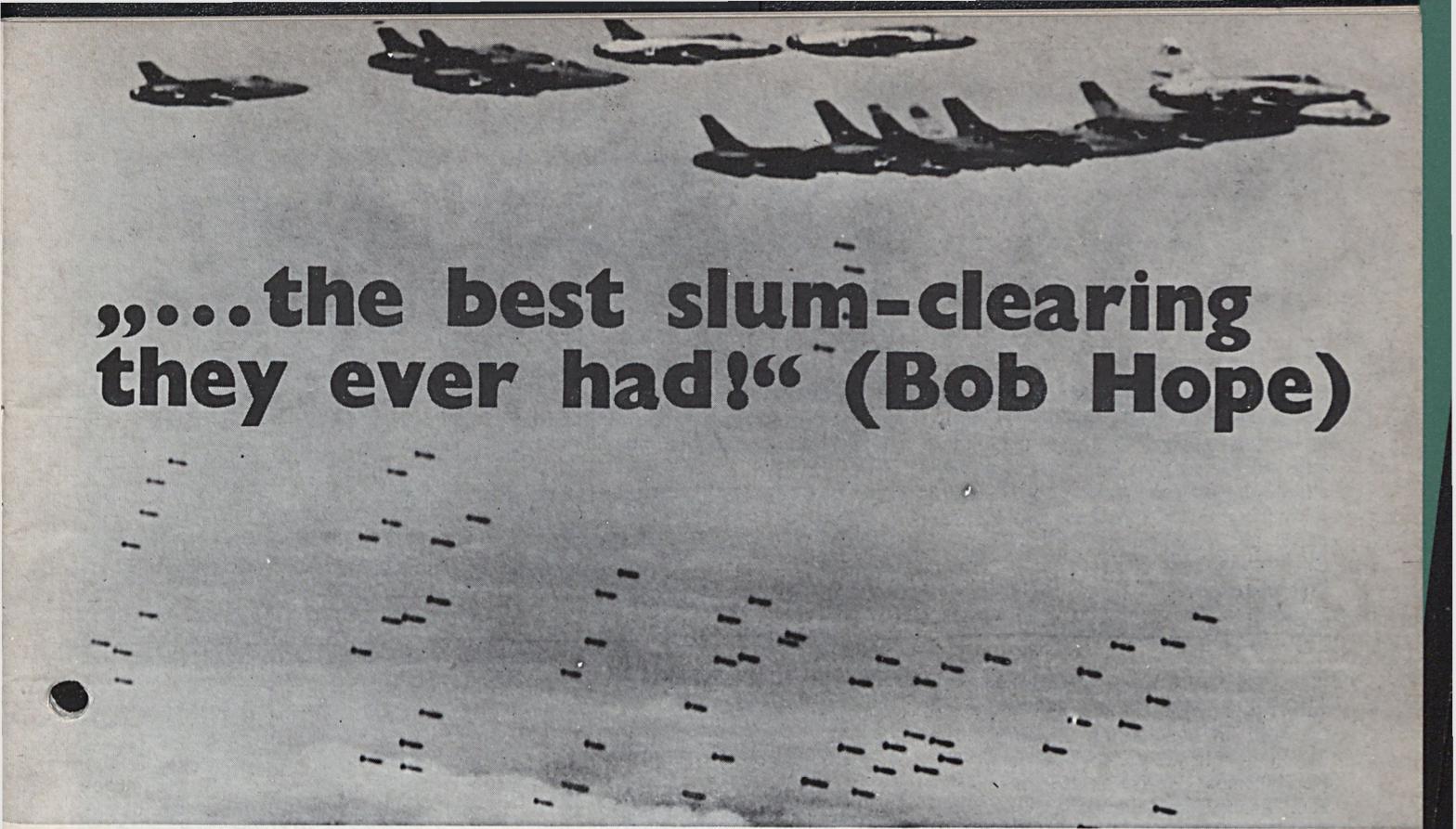
Möglicherweise wird die amerikanische Regierung die National Academy of Science beauftragen, im Anschluß an die Untersuchungen der AAAS ein umfassendes Forschungsprogramm in Südvietnam durchzuführen und zu Beginn des Jahres 1972 einen Bericht über die Befunde vorzulegen (8). Meselson, der die AAAS-Untersuchungen leitet, ist auch ein Mitglied der National Academy of Science. [(1) F. H. Tschirley, *Science* 163, 779 (1969). — (2) G. H. Orians, E. W. Pfeiffer, *Science* 168, 544 (1970). — (3) B. C. Smythies, in: *The Birds of Burma*. Oliver & Boyd, Edinburgh 1953. — (4) A. V. Holden, *J. Inst. Sew. Purif.* 1964, 361 (1964). — (5) M. S. Meselson, *Scientific American* 222, Nr. 5, 15 (1970). — (6) D. Wolfle, *Science* 167, 1151 (1970). — (7) P. M. Boffey, *Science* 170, 42, 43 (1970). — 11522].

Aus: Naturwissenschaftliche Rundschau, 24. Jahrgang, Heft 2, 1971

Auszug aus einer Statistik aus dem Buch „Das Vietnam-Tribunal II oder die Verurteilung Amerikas“ von Bertrand Russell und Jean-Paul Sartre (Rowohlt, September 1969, S. 36ff.). Die Statistik macht Angaben über den Einsatz toxischer chemischer Produkte und die durch sie verursachten Schäden im Zeitraum vom 22. November 1966 bis zum 22. November 1967 in Vietnam.

Datum	Ort	Verursachte Schäden
Vom 22. November 66 bis 2. Januar 67	Provinz Tra Vinh: 7 Einsätze mit giftigen Chemikalien auf die Dörfer Long Vinh, Long Toan, Truong Long Hoa, Hiep Thanh (Bezirk Duyen Hai) und auf mehrere Dörfer der Bezirke Cau Ngang und Tra Cu.	Mehr als 15 000 erlitten Vergiftungen, 885 schwere Vergiftungen. — 1500 Haustiere wurden getötet oder schwer vergiftet. — Tausende Hektar von Obstplantagen und Ackerland wurden verwüstet.
Vom 21. bis zum 25. Januar 1967	Einsatz giftiger Gase in unterirdischen Schutzräumen gegen die Zivilbevölkerung im Rahmen von Säuberungsaktionen im Gebiet von Ho Bo (Bezirk Cu Chi, Provinz Gia Dinh) und im Gebiet von Bong Son (Provinz Binh Dinh).	Zahlreiche Todesopfer und zahlreiche Verwundete; die Mehrzahl von ihnen Frauen und Kinder.
Vom 8. bis 2. Februar 1967	Provinz Thu Dau Mot: Einsatz giftiger Gase in mehreren Orten des Bezirks Ben Cat. — Beachtenswert: der Einsatz giftiger Chemikalien gegen das Dorf Long Ngeuyen am 8. 2. 1967, dem Vorabend des Tet-Festes, dem traditionellen Neujahrsfest Vietnams.	Tausende von Dorfbewohnern wurden während der Vorbereitungen zum Tet-Fest vergiftet, viele bekamen Erstickungsanfälle infolge schwerster Vergiftungen.
18. Februar 1967	Provinz Tra Vinh: Einsatz giftiger Chemikalien auf die Gebiete Duyen Hai, Can Long und Cau Ke.	Mehr als 20 000 erlitten Vergiftungen, mehrere Personen starben. — Zahlreiche Äcker und Felder wurden verwüstet.
3. März 1967	Provinz Thu Dau Mot: Nach dem Abwurf Hunderter von Kugeln durch mehrere Bomber haben 3 andere Flugzeuge giftige Chemikalien über dem Marktplatz von Co Trach, im Dorf Than An, Bezirk Ben Cat verstreut.	Zahlreiche Personen erlitten Vergiftungen.
März 1967	Provinz Kien Tuong: 5 Einsätze mit giftigen Chemikalien gelber und weißer Färbung auf die Ortschaften Thanh Phuoc, Binh Phong Than, Binh Hoa, Tan Lap, Tuyen Binh, Vinh Thanh, Vinh Loi und Vinh Dai.	Zerstörung von mehr als 1500 Hektar Ackerland und Obstplantagen; Schäden von mehr als 100 Millionen Piaster (südvietnamesische Währung).
Von Mitte März bis Mitte April 1967	Provinz Binh Thuan: Die Amerikaner und die Saigoner Marionetten vergifteten die Lebensmittel für die Bevölkerung der Ortschaft Ma Lam und des Stadtzentrums von Phan Thiet.	60 Personen erlitten schwere Vergiftungen; es gab zahlreiche Todesopfer.
26. April 1967	Provinz My Tho: Nach dem Abwurf von Kugeln durch 4 US-Bombenflugzeuge erfolgte ein Angriff mit giftigen Chemikalien durch 3 andere Flugzeuge entlang des Phu Huyen-Kanals im Gebiet nördlich der Ortschaft Hau My.	Hunderte von Personen erlitten Vergiftungen. — Viele Obstplantagen wurden verwüstet.
Ende April und Anfang Mai 1967	Provinzen Bien Hoa und Baria: Einsatz von Granaten, die mit giftigen Substanzen geladen waren, und Angriff mit giftigen Chemikalien an verschiedenen Orten.	Eine ganze Anzahl Personen erlitt Vergiftungen und starb daran, zum Teil noch an Ort und Stelle. Die Opfer erlitten Verbrennungen am Unterleib, ihre Kehle trocknete ein, ihre Zunge brannte, die Lippen sprangen auf, sie mußten Blut erbrechen, ehe der Tod eintrat. Die Autopsie ergab blutgetränkte Lungen, ein angeschwollenes Herz und eine Leber, die auf das Dreifache ihrer normalen Ausdehnung angeschwollen war; die Gallenblase und die Nieren waren ebenfalls stark angeschwollen.
1. März 1967	Provinz Binh Thuan. Wiederholte Einsätze mit giftigen Chemikalien auf die Ortschaften Phuoc Trung, Phuoc Dai, Phuoc Chieu, Phuoc Du im Bezirk Bac Ai.	Vernichtung fast aller Obstbäume und Äcker.
1. März 1967	Provinz Quang Ngai. Einsatz giftiger Chemikalien durch 3 Flugzeuge auf ein großes Gebiet beiderseits des Re-Flusses und auf das Gebiet Di Lang, Bezirk Son Ha. Das betroffene Gebiet wurde zum vierten Mal angegriffen.	Zahlreiche Felder wurden zerstört, schwere Verluste vor allem in den Ortschaften Son Ky und Don Thuy.
17. und 18. Mai 1967	Provinz Lam Dong. Einsatz giftiger Chemikalien und Abwurf von Napalmbomben auf ein breites Gebiet zu beiden Seiten der Straße Nr. 20.	Zahlreiche Ernteverluste, Schäden an vielen anderen Gütern der Bevölkerung.

Ende Mai 1967	Provinz Phuoc Tuy: Bei einem Angriff auf ein dicht besiedeltes Gebiet haben australische Flugzeuge große Mengen von giftigen Chemikalien abgeworfen.	Viele Personen wurden getötet, zahlreiche andere erlitten Vergiftungen.
4. Juni 1967	Provinz Bien Hoa: Einsatz hochdosierter giftiger Chemikalien gegen die Ortschaft Phuc Trung, Bezirk Dinh Quan, anschließend ein weiterer Angriff mit giftigen Chemikalien auf das Gebiet von Gia Rai, Bezirk Xuan Loc.	Mehr als hundert Personen erlitten schwere Vergiftungen, die meisten von ihnen waren Frauen und Kinder. Drei Kinder im Alter von 7 bis 12 Jahren kamen um. Hunderte erlitten leichtere Vergiftungen. Fast alle Haustiere wurden getötet. Sieben Hektar Ackerland verdorrten völlig.
6. Juni 1967	Schilfebene (Dong Thap Muoi). Nach dem Abwurf von Kugelbomben durch Düsenflugzeuge verstreuten Transportflugzeuge giftige Chemikalien über ein sechzehn Kilometer langes Gebiet von Bang Lang am Nguyen Van Tiep-Kanal entlang bis zum Nhi-Kanal und vom Hai Han-Gebiet bis zur Kanalkreuzung Nam in der Nähe der Ortschaft Doc Binh Kieu.	Zahlreiche Personen erlitten Vergiftungen. Drei Hektar Obstgärten und Ackerland verdorrten völlig. Viele Hektar Reisfelder wurden verwüstet.
11., 15., 16., 17. und 22. Juni 1967	Provinz Binh Thuan: Wiederholte Einsätze mit giftigen Chemikalien durch Hubschrauber und Transportflugzeuge, die von Düsenmaschinen begleitet waren, auf die Orte Hong Lam, Hong Chinh, Hong Thienh und Hong Trung, Bezirk Le Hong Phong.	Zahlreiche Personen erlitten Vergiftungen. Viele Haustiere wurden getötet. Tausende Hektar Ackerland wurden verwüstet.
15. Juni 1967	Provinz Ben Tre: Bombenangriffe und Granatbeschuß, dann Einsatz giftiger Chemikalien von 7 Flugzeugen aus auf das Gebiet des Ba Lai-Flusses, zu dem die 12 Ortschaften der beiden Bezirke Giong Trom und Binh Dai zählen.	Tausende von Personen erlitten Vergiftungen. Mehrere tausend Hektar Reis- und Maisfelder sowie Obstplantagen wurden vollständig vernichtet.
16. Juni 1967	Provinz Ben Tre: Einsatz giftiger Chemikalien von mehreren Flugzeugen aus auf die Dörfer am Ba Lai-Fluß. Provinz Binh Thuan: Einsatz giftiger Chemikalien gegen die Dörfer des Bezirks Hoai Duc.	Zahlreiche Personen erlitten Vergiftungen. Zahlreiche Felder und Obstplantagen wurden zerstört.
16. bis 20. Juni 1967	Provinz Ben Tre: Bei 30 Einsätzen haben Flugzeuge hochdosierte giftige Chemikalien auf die Ortschaften My Chanh, Vinh Hoa, Tan Xuan, Tan My und Bao Thanh im Bezirk Ba Tri abgeworfen.	10 000 Personen erlitten Vergiftungen, die meisten von ihnen waren Greise und Kinder. Mehrere schwangere Frauen hatten nach den Vergiftungen Fehlgeburten. Mehr als 500 Hektar Reisfelder und Ackerland wurden verwüstet.
17. Juni 1967	Provinz Sa Dec: Abwurf von 40 000 Bomben, die mit giftigen Chemikalien gefüllt sind, auf das Dorf Hoa Tan und unmittelbar Beschießung der Leute, die den Opfern zu Hilfe geeilt waren.	Mehrere hundert Personen erlitten Vergiftungen, einige erlitten schwerste Vergiftungen.
18. Juni 1967	Provinz Binh Thuan: Einsatz von giftigen Chemikalien im Bezirk Ham Thuan zwischen den Dörfern Thang Hai und Cau Kien.	Mehrere tausend Obstbäume und fast die gesamte Ernte, Reis, Mais, Kartoffeln und Maniok, wurden vollständig vernichtet.
13. bis 22. Juni 1967	Provinz Ben Tre: Wiederholte Einsätze mit giftigen Chemikalien, um folgende Ortschaften zu zerstören: 4 Dörfer im Bezirk Thanh Phu (Thanh Phong, Giao Thanh, An Nhon und An Quy); 5 Dörfer im Bezirk Ba Tri (Tan Xuan, Bao Thanh, Ba My, Tan Thuy und An Hoa Tay); die Dörfer am Bai Lai-Fluß (Thoi Lai, Thoi Thuan, Binh Dai, Tan Phu Trung und Loc Thean, im Bezirk Ba Tri).	Hunderte von Personen erlitten Vergiftungen; sie bekamen Fieber, Kopfschmerzen, Husten, Blutbrechen und Diarrhö. — Zwei Kinder wurden getötet (im Dorf Binh Thanh). Mehrere hundert Haustiere kamen um (Büffel, Ochsen, Schweine und Geflügel). alle Äcker und Obstbäume wurden verwüstet.
Im ersten Halbjahr 1967	Provinzen Binh Thuan und Lam Dong: die amerikanischen Aggressoren und ihre Helfershelfer vergifteten Lebensmittel, die zum Verkauf an die Bevölkerung bestimmt waren.	48 Personen starben an Vergiftungen. — Mehrere hundert Personen erlitten Vergiftungen.
In zwei Jahren, von Mitte 1965 bis Mitte 1967	Die Provinzen im Zentrum des Trung Bo-Gebietes, in Zentralvietnam, wurden von zahlreichen Angriffen mit giftigen Chemikalien betroffen. — Typisch war das Vorgehen der Amerikaner in der Provinz Binh Dinh, wo die Einsätze besonders die Bezirke von An Lao, Hoai An, Phu Cat und Vinh Thanh in Mitleidenschaft zogen. Allein auf das Dorf An Ngai im Bezirk An Lao wurden dreimal jeweils zur Zeit der Reisernte 15 Angriffe mit giftigen Chemikalien geflogen. Alle Dörfer in diesem Bezirk wurden mit giftigen Chemikalien angegriffen; einige von ihnen erlebten in jeder der drei Reiserntezeiten 2 Angriffe.	Mehr als 10 000 Hektar Reisfelder und Gärten wurden verwüstet. — Hunderttausende von Personen erlitten Vergiftungen.



**„...the best slum-clearing
they ever had!“ (Bob Hope)**

Der Konflikt zwischen Sozialismus und Kapitalismus — zwischen dem Gesellschaftssystem, dessen Grundlage die Vergesellschaftung der Produktionsmittel ist, und dem, dessen Widersprüche und Katastrophen sich auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückführen lassen — hat eine lange Geschichte.

Als der „Kampf zwischen den Machtblöcken“, zwischen UdSSR und USA, rückte er in den Ländern der ‚westlichen Welt‘ spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg allgemein ins Bewußtsein. Oder besser: er wurde publik gemacht. Wie die herrschenden Ansichten, die hierorts immer die Ansichten der Herrschenden sind, zu dieser Frage formuliert sind, wie man den Widerspruch zwischen den Systemen auf den Begriff bringt, dazu sei hier, beispielhaft für viele andere Aussagen, ein populäres westdeutsches Geschichtsbuch zitiert, das sich in der Einleitung als „ständiger Begleiter für den Schüler“ empfiehlt und „einen Grundstock aus gewählten, wirklich erforderlichen Wissens bieten will.“ Dort ist zum Thema „die Entstehung der Machtblöcke“ zu erfahren: „Bald (nach dem Zweiten Weltkrieg d. R.) bricht der Gegensatz

zwischen den beiden mächtigsten Siegerstaaten auf.“

Denn: „Rußland vertritt eine Machtpolitik in Europa (...) und verfolgt weltrevolutionäre Ziele. Die USA sind durch ihr demokratisches Sendungsbewußtsein (...) Rußlands natürlicher Gegner.“ Als eines der „besonderen Streitobjekte“ wird genannt: das „Ringens um Einfluß auf die neuen Staaten außerhalb Europas.“¹⁾ Ebendies soll im Folgenden betrachtet werden: der „Gegensatz“ zwischen den USA und der UdSSR, der Prozeß, der hier so schlicht und geschickt als „aufbrechen“ bezeichnet wird, der Charakter jenes „demokratischen Sendungsbewußtseins“ und jener „natürlichen“ Gegnerschaft, und nicht zuletzt einiger Aspekte des „Ringens um Einfluß“ am Beispiel des „besonderen Streitobjektes“ Vietnam; in einer anderen Sprache: der Charakter der antikommunistischen Ideologie der USA und ihre Realisierung als antikommunistische Weltpolitik, beispielhaft in der amerikanischen Aggression in Vietnam.

Imperialistische Ideologie und antikommunistische Globalpolitik

Ludwig Erhard, der nicht zufällig später den Gedanken der „formierten Gesellschaft“ propagierte, bekannte im Angesicht des Faschismus 1933 nicht ohne Faszination:

„Das eine jedenfalls ist gewiß: das Zeitalter des Liberalismus, des freizügigen Individualismus, ist vorüber. Die Auffassung, daß diese Wirtschaftsprinzipien am ehesten der Aufgabe, die Menschen mit materiellen Gütern zu versorgen, gerecht zu werden vermögen, ist heute nicht nur in Deutschland überwunden. Nie hätte ja auch der richtunggebende Satz ‚Gemeinnutz geht vor Eigennutz‘ so starkes und nachhaltiges Echo finden können, wenn es wahr oder doch nur geglaubt wäre, daß die freie Entfaltung des Individuums und dessen Streben nach Reichtum, Glück und Geltung zugleich auch die Harmonie der Gesamtheit und den Ausgleich der Interessen verbürge.“²⁾

Die Formierung der Nation durch die Faschisten, die Ludwig bestaunte, war jedoch nicht neu: sie war Ausdruck einer Ideologie, die aus der ökonomischen Entwicklung entstand, sie zugleich propagierte und rechtfertigte. „Mit dem Übergang zum Monopolkapitalismus und Imperialismus vollzog die

Bourgeoisie auch eine ideologische Schwenkung: Verhältnismäßig gleichzeitig in den imperialistischen Hauptländern entwickelte sie eine spezifisch imperialistische Ideologie. Diese fungierte und fungiert als ideologisches Herrschaftsmittel, als Apologetik (Verteidigung/Rechtfertigung d. Red.) der Politik des Finanzkapitals, sie spiegelt seine Bestrebungen und formuliert seine konzeptiven Anschauungen.“³⁾

„Imperialistische Ideen entstanden und verbreiteten sich in all jenen Hauptzentren der kapitalistischen Ordnung, in denen gesetzmäßig der Übergang vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus sich vollzog. Die Finanzoligarchie bedurfte einer Kampfideologie, die ihren Bedürfnissen in der neuen Epoche entsprach, einer Epoche, die nicht mehr den relativ friedlichen Charakter der vorhergehenden besaß, sondern einen sprunghaften, katastrophreichen, (...) Charakter annahm. Es verschärfte sich der Kampf der imperialistischen Mächte um die Absatzmärkte, Kapitalanlagesphären, Rohstoffe und Arbeitskräfte. Er entbrannte als Kampf um die Neuaufteilung der schon aufgeteilten Erde, als Kampf um die Weltherrschaft.“⁴⁾

Schon der Erste Weltkrieg wurde als ein solcher Kampf geführt, die Lebensraum-Demagogie und Expansionspolitik des deutschen Faschismus schließt sich an. Daß der Charakter kriegerischer Auseinandersetzungen auch nach dem Zweiten Weltkrieg durch diese ökonomischen Zwänge des Monopolkapitals bestimmt wurde, sprach Präsident Eisenhower im August 1953 aus:

„Angenommen, wir hätten Indochina verloren: mehrere Dinge ergäben sich dann daraus. Die Halbinsel würde schwer zu verteidigen sein. Der Zinn und der Tungstein dieses Gebietes, denen wir solche Bedeutung geben, käme nicht mehr an ... Wenn die Vereinigten Staaten folglich 400 Millionen Dollar für diesen Krieg bewilligen, so ist dies nicht ein Liquidationsprogramm. Wir wählen das am wenigsten kostspielige Mittel, um Dinge zu verhindern, die für die Vereinigten Staaten von Amerika schrecklich wären, für unsere Sicherheit, für unsere Macht und für unsere Fähigkeit, aus den Reichtümern Indochinas und Südasiens gewisse Dinge zu beziehen, die wir benötigen.“⁵⁾

1954 antwortete dann konsequenterweise der Unterstaatssekretär Robertson auf die Anfrage eines Parlamentariers, ob

„die Vereinigten Staaten beabsichtigen, für eine unbestimmte Anzahl von Jahren die amerikanische Herrschaft im Fernen Osten aufrechtzuerhalten“, lakonisch mit „Yes Sir“.⁶⁾

Wie schon erwähnt bedurften solche Interessen einer massiven Propagierung und Rechtfertigung durch eine entsprechende Ideologie. Rudolf Hilferding charakterisiert diese Ideologie so:

Für die Realisierung brauchte das Finanzkapital „einen politisch mächtigen Staat, der in seiner Handelspolitik nicht auf die entgegengesetzten Interessen anderer Mächte Rücksicht zu nehmen braucht. ... Einen Staat, der überall in der Welt eingreifen kann, um die ganze Welt in Anlagesphären für sein Finanzkapital verwandeln. . . um Expansionspolitik treiben und neue Kolonien sich einverleiben zu können. . .“
„Das Verlangen nach Expansionspolitik aber revolutioniert auch die ganze Weltanschauung des Bürgertums.“⁷⁾

Wie schon erwähnt bedurfte diese Expansionspolitik einer massiven Propagierung und Rechtfertigung durch eine entsprechende Ideologie.

„Diese Ideologie ist aber der des Liberalismus völlig entgegengesetzt; das Finanzkapital will nicht Freiheit sondern Herrschaft; es hat keinen Sinn für Selbstständigkeit des Einzelkapitalisten, sondern verlangt seine Bindung; es verabscheut die Anarchie der Konkurrenz und will die Organisation, freilich nur, um auf immer höherer Stufenleiter die Konkurrenz aufnehmen zu können.“⁸⁾

Antikommunismus — „Klassische“ Gestalt imperialistischer Ideologie

Der konkrete Ausdruck dieser Ideologie ließe sich bereits beispielhaft aufzeigen an der Demagogie des kaiserlichen Deutschland während der Vorbereitung und Durchführung des Ersten Weltkrieges. Gesteigert und mit den spezifischen Elementen des Faschismus versetzt erreichte sie im Dritten Reich neue Höhepunkte.

Antikommunistische Momente waren der

imperialistischen Ideologie von ihrer Entstehung an integriert und fanden ihren praktischen Ausdruck immer in Hetze und Gewalt, in der Diffamierung und Verfolgung von Angehörigen und Sympathisanten kommunistischer politischer Gruppen — von der Niederschlagung der Pariser Commune über die Sozialistengesetze Bismarcks und die Kommunistenjagd des Hitlerfaschismus bis hin zum ausgeprägten Antikommunismus der Nachkriegsjahre, beispielhaft in der Bundesrepublik und den USA. Die Ideologie des Antikommunismus war und ist die ideologische Waffe einer entsprechenden Politik, der Politik der extremen und aggressiven Reaktion gegen den Sozialismus, die Arbeiterbewegung und die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. Tatsächlich muß man den Antikommunismus geradezu als die ‚klassische‘ Gestalt der imperialistischen Ideologie betrachten, die in der Nachkriegszeit zur eindeutig dominierenden, die verschiedenen Richtungen der imperialistischen Ideologie integrierenden Form wurde. In ihm findet der Gegensatz zwischen den Interessen des Finanzkapitals und dem objektiven Entwicklungsgesetz der Gesellschaft den konzentriertesten Ausdruck, er ist die Negation der Möglichkeit des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Daß der Kapitalismus „mit dem Sozialismus schwanger geht“, daß seine Widersprüche sich verschärfen und die Möglichkeit und historische Notwendigkeit des Übergangs zum Sozialismus beispielhaft deutlich wird, all das macht es bei Strafe der Vernichtung für das Kapital notwendig, den Kommunismus faktisch, politisch und ideologisch zu bekämpfen, ihn als Zerrbild darzustellen, als Illusion und äußerste Negation dessen, was als positiver Inhalt der eigenen (kapitalistischen) „Gemeinschaft“ deklariert wird.

Zur Aufrechterhaltung der imperialistischen Klassenherrschaft muß den Massen das wirkliche, eigene Interesse, die Möglichkeit der Befreiung von irrationaler Herrschaft, Unterdrückung und Ausbeutung nämlich, erscheinen als etwas Feindliches, Bedrohliches, dem vermeintlichen eigenen Interesse, das sich mit dem proklamierten ‚Allgemeininteresse‘ deckt, diametral entgegengesetztes. Die Bedingung der imperialistischen, wie jeder Ideologie, ist der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Realität

MILLIONEN stehen hinter mir



und dem Bewußtsein der Massen davon. Ihre Wirksamkeit erklärt sich mit daraus, daß sie aus den materiellen Lebensbedingungen selbst entsteht und deren, den inneren Zusammenhang verdeckende, Erscheinungsweise spiegelt. Die Unwahrheit ist die ideologische Herrschaftsbedingung des Kapitals; der Kampf gegen die Erkenntnis der sozialistischen Bewegung, gegen das Bewußtsein vom Klassencharakter der kapitalistischen Gesellschaft und gegen dessen Umsetzung in Handeln, in Klassenkampf, ist für das Kapital eine existentielle Notwendigkeit.

Schon Adolf Hitler nannte das Anwachsen des Proletariats eine „Verfallerscheinung“ der durch nationale Formierung begegnet werden müsse und erblickte im Marxismus die „Waffe des Judentums“, um die „Völker diktatorisch

mit brutaler Faust zu unterjochen und zu regieren.“ Instrument solchen Angriffs waren für ihn die Gewerkschaften, die „Institution des vernichtenden Klassenkampfes“ und er sah die Gefahr, „daß gewerkschaftliche Momente die politische Bewegung lenkten.“⁹⁾

Mit dem deutschen Kapital stand sich der „Anstreicher“ wesentlich besser: „die nationalsozialistische Gewerkschaft ist kein Organ des Klassenkampfes... Der nationalsozialistische Staat kennt keine ‚Klassen‘...“

„Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muß wissen, daß die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeute.“¹⁰⁾

Ein wichtiger, konstitutiver Faktor für die Dominanz der spezifisch antikommunistischen Variante der imperialistischen Ideologie war die sozialistische

Revolution in Rußland. Das große Beispiel der UdSSR und die Entstehung eines sozialistischen Weltsystems bedeutete für den Imperialismus eine entscheidende politisch-ideologische und ökonomische Gefahr.

„Profitraten sind im Ausland allgemein höher...“

Was dies im Einzelnen bedeutet läßt sich am Beispiel der antikommunistischen Globalstrategie der USA nach dem zweiten Weltkrieg verdeutlichen. Wenn gleich bereits die Unterstützung der konterrevolutionären Weißen Armee im russischen Revolutionskrieg die Haltung der USA gegenüber dem sozialistischen Rußland signalisierte, sah man sich doch gezwungen die UdSSR als Bündnispartner im Krieg gegen die imperialistischen Weltmächte Deutschland und Japan zu akzeptieren. Nach dem Zweiten Weltkrieg, aus dem die USA unangefochten als Führungsnation der kapitalistischen Staaten hervorging, änderte sich diese Haltung jedoch rapide, und die USA setzten sich an die Spitze einer großen kapitalistischen Gegenoffensive, mit dem Ziel der „Eindämmung“ und letztlich Vernichtung des Sozialismus. Der Beginn dieser Entwicklung liegt bereits im letzten Kriegsjahr 1945. Als sich auf dem Kriegsschauplatz noch die russischen und amerikanischen Soldaten in die Arme fielen und den gemeinsamen Sieg feierten, konzipierten Präsident Truman und seine Berater bereits die ideologische Offensive gegen die sozialistischen Staaten. Zwei Jahre intensiver antikommunistischer Propaganda, um die Öffentlichkeit der westlichen Nationen auf die kommende Politik vorzubereiten, waren die Konsequenz dieser Überlegungen. Diese Propaganda wurde damals wie in den folgenden Jahren des Kalten Krieges nicht müde, die Aggressivität und die vor allem militärische Gefährlichkeit der Sowjetunion zu behaupten. Welcher Art die Bedrohung der „Freien Welt“ durch die Ausweitung des Sozialismus zum Weltsystem wirklich war, wurde jedoch schon damals in einer Reihe von statements klar. Amerikanische Politiker wie William J. Fullbright oder C. Bowles betonten immer wieder, die sowjetrussische Gefahr sei nicht militärisch, sondern vor allem wirtschaftlich, ideologisch und politisch;

und William S. Schlam, der es für politisch sinnvoll hielt, die Russen durch Atomkriegsultimaten aus Westeuropa hinauszudrängen, betonte 1959, „daß der Kommunismus am Frieden gedeiht, Frieden will, im Frieden triumphiert.“¹¹⁾

Selbst George F. Kennan, der als Chef des Planungsstabs des US-Außenministeriums die Doktrin der „Eindämmung“ entwickelte, wies die Ansicht, die UdSSR sei eine aggressive Macht, ausdrücklich zurück.¹²⁾

Was die wirtschaftliche Seite dieser ‚Bedrohung‘ ausmacht, soll hier noch kurz dargestellt werden.

Die Stabilität der amerikanischen Wirtschaft (d. h. die wachsende Profitrate der Monopole) ist in starkem Maße abhängig von den sogenannten „Auslandsmärkten“. Dazu führte die Zeitschrift „US. NEWS & WORLD REPORT 1964 in einer Sondernummer aus:

„(Die) Wirtschaftsleute kommen immer mehr zu der Überzeugung, daß die Auslandsmärkte (...) die größte Möglichkeit zum künftigen Wachstum bieten. Das Gefühl wächst, daß der US-Markt zwar groß, aber relativ „gesättigt“ ist. Es sind die überseeischen Gebiete, in denen die Wirtschaftsleute den großen, noch unerschlossenen Markt erblicken, der aus hunderten von Millionen Kunden besteht, die nach jeder Art von Produktion und Dienstleistungen verlangen — und zunehmend in der Lage sind, dafür zu zahlen. Zur Gewinnung dieses Marktes sind die US-Firmen dabei, überall auf der Welt Werke zu errichten und zu erweitern. Seit 1958 haben alleine in Westeuropa mehr als 2100 amerikanische Gesellschaften eine neue Geschäftstätigkeit aufgenommen... (sagt) C. C. Smith, Vizepräsident der International Business Machines World Trade Corporation: Die Zuwachsrate bei jeder Hauptproduktgruppe ist in unserem Auslandsgeschäft größer als in den USA. Wir erwarten, daß das Volumen mit der Zeit jenes in den USA übersteigt. (...)

1. Die Auslandsumsätze der US-Gesellschaften wachsen viel rascher als die Umsätze derselben Gesellschaften im Inland. Oft ist die Zunahme in Prozenten drei- oder viermal so groß.
2. Die Profitraten sind im Ausland allgemein höher als bei ähnlichen Betätigungen in den USA. Viele Firmen verzeichnen einen prozentualen Gewinn, der „zweimal so hoch wie in Amerika“ liegt. Die meisten führen die niedrigeren

Lohnkosten in Übersee an — und die geringere Konkurrenz.

3. Gewöhnlich können die Auslandsmärkte besser als durch den Export von den USA dadurch erschlossen werden, daß man an Ort und Stelle in Aktion tritt. Durch ein Werk im Ausland kann man den Zoll und die anderen Handelsbarrieren, die sich gegen Exporte aus unserem Land richten, umgehen...“¹³⁾

Hinter dem Begriff „Auslandsmärkte“ verbirgt sich also nichts anderes, als das Interesse des amerikanischen Monopolkapitals an der Ausbeutung und Kontrolle namentlich der unterentwickelten Länder. Es wird damit auch klar, worin die „kommunistische Bedrohung“ für die Vereinigten Staaten besteht. Denn in den Ländern, die eine sozialistische Revolution vollzogen haben, werden die Möglichkeiten, durch Geschäfte mit und in diesen Gebieten zu profitieren, für die Kapitalgesellschaften erheblich eingeschränkt.

Ein klassisches Beispiel dafür ist Kuba. Vor der Revolution besaß die Standard Oil of New Jersey (eine der größten amerikanischen Gesellschaften) Raffinerien auf der Insel und unterhielt ein Vertriebssystem, die insgesamt einen Vermögenswert von 62 269 000 Dollar darstellten. Hinzu kam noch, daß Jerseys kubanische Tochtergesellschaft ihr Rohöl von der Creole Petroleum, Jerseys venezuelischer Tochtergesellschaft, zu den hohen Preisen kaufte, die vom internationalen Ölkartell aufrecht erhalten wurden. Die Gesellschaft zog damit aus zwei Ländern und durch drei verschiedene Unternehmungen Profite — Verkauf des Rohöls, seine Bearbeitung und Verkauf der Endprodukte.¹⁴⁾

Durch die Revolution wurde die Jersey entschädigungslos enteignet und verlor gleich drei laufende Profitquellen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß Präsident Kennedys mißglückter Invasionsversuch in der Schweinebucht nicht nur ein machtpolitischer Ausrutscher war.

Die Vereinigten Staaten sahen sich nach dem Zweiten Weltkrieg in einer historischen Situation, die für den Kapitalismus alles andere als günstig aussah. Der Gürtel sozialistischer Staaten um die Sowjetunion reichte bis nach Deutschland hinein, die traditionellen Zentren des

Kapitalismus in Europa und Asien trugen schwer an den Folgen des Krieges und die kolonialen und halbkolonialen Länder standen in politischen Krisen; die dort herrschenden Regimes waren von nationalen Befreiungsbewegungen und sozialistischen Kräften bedroht. Es bedurfte rascher Abhilfe, um eine Weltkrise des Kapitalismus zu verhindern. Im Februar 1947 erklärte sich Großbritannien auf Grund der ökonomischen Krise, in der es sich befand, außerstande, dem reaktionären griechischen Regime im Kampf gegen die revolutionäre Befreiungsbewegung im Lande Unterstützung zu leisten. Die Vereinigten Staaten nahmen dies zum Anlaß für den Auftakt ihres antisozialistischen Kreuzzuges und proklamierten die sogenannte „Truman Doktrin“: „Die Politik der Vereinigten Staaten muß darin bestehen, freie Völker zu unterstützen, die sich gegen den Versuch der Unterjochung durch bewaffnete Minderheiten oder durch Druck von außen zur Wehr setzen.“¹⁵⁾

Nixon: „Wir Amerikaner sind ein Do-it-yourself-Volk“

Damit hatten die USA jene Rolle eingenommen, die Eugene W. Rostow, einer der Architekten der US-Außenpolitik, als die eines „Polizisten der freien Welt“ bezeichnete. Welches die weitreichenden Ziele dieser neuen Globalpolitik Washingtons waren, stellte der damalige Außenminister Dean Acheson im März 1950, kurz vor Ausbruch des Korea-Krieges, in einer Rede in Berkeley klar. Indem er an einer Reihe von Konfliktpunkten Forderungen an die Sowjetunion stellte, von deren Erfüllung die „friedliche Koexistenz“ der beiden Systeme abhängen sollte, führte er unter anderem aus:

- man müsse mit Deutschland/Österreich und Japan solche Friedensverträge abschließen, die diese Staaten „frei“, das heißt, zu kapitalistischen Verbündeten gegen die Sowjetunion machen würden.
- man müsse in allen „sozialistischen Satelliten“ „ordentliche Wahlen“ abhalten — was einer Organisation der Konterrevolution gegen die Sowjetunion gleichkäme

— die Sowjetunion müsse „sich indirekter Aggressionen gegen nationale Grenzen enthalten...“, was heißen will, die Sowjetunion solle sich jeder Unterstützung sozialer Revolutionen enthalten. ¹⁶⁾

Dieses Konzept deckt sich mit dem Fünfpunkteprogramm, das 1950 von James Burnham in „The Coming Defeat of Communism“ entwickelt wurde. Dort ist das Motto wesentlich klarer formuliert, nämlich daß „es nur ein mögliches Ziel für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten gibt: die Zerstörung der kommunistischen Macht.“ ¹⁷⁾

Die nächsten Schritte dieser Außenpolitik folgten rasch: drei Monate nach der Truman-Doktrin, im Juni 1947, wurde der Marshall-Plan verkündet, zwei Jahre später führten die Verhandlungen über ein Militärbündnis zur Gründung der NATO (April 1949).

Die entsprechende Politik in Japan gipfelte 1951 im Abschluß eines separaten Friedensvertrages.

Damit war der Grundstein gelegt für eine rasche Rehabilitierung der kapitalistischen Kriegsgegner und ihre Integration in ein wirtschaftliches und militärisches Bündnisssystem, das von den USA dominiert wurde.

Unter dem Mäntelchen von Wiederaufbau und Wirtschaftshilfe nutzten die amerikanischen Kapitalgesellschaften die Chance und kauften sich in Japan und Westeuropa massiv ein. Die ökonomische, militärische und politische Führungsrolle der USA war damit abgesichert.

Weitergetrieben wurde die Politik mit der Errichtung eines weltweiten Systems von Militärpakten und -Stützpunkten, die den sozialistischen Block einkreisen. Auf die NATO folgte die Gründung des Südostasienspaktes (SEATO) und der Zentralen Pakt Organisation (CENTO), ursprünglich „Bagdad-Pakt“, sowie des ANZUS-Paktes mit Australien und Neuseeland. Darüber hinaus wurden mit einer Reihe von Ländern Abkommen über „gegenseitige Unterstützung“ geschlossen.

Welche konkreten Ziele die USA verfolgten und wie sehr die militärischen Interessen gerade in Bezug auf die neokolonialen „Verbündeten“ der USA mit ökonomischen und politischen korrespondierten, zeigt das in den Pentagon-Papers veröffentlichte „politische Konzept der USA über Ziele in Südostasien“ von 1952:

„Der Verlust eines der Länder Südostasiens durch die kommunistische Aggression würde

bedenkliche psychologische, politische und wirtschaftliche Folgen haben. Ohne wirksame und rechtzeitige Gegenmaßnahmen würde der Verlust auch nur eines einzigen Landes bei den übrigen Ländern dieser Gruppe wahrscheinlich relativ rasch zur Unterwerfung unter oder Anpassung an den Kommunismus führen“ (...)

„Südostasien, insbesondere Malakka und Indonesien, ist der Hauptlieferant für Kautschuk und Zinn in der Welt; es fördert Erdöl und produziert andere strategisch wichtige Güter. Der Reimport Burmas und Thailands ist entscheidend für Malakka, Ceylon und Hongkong und von erheblicher Bedeutung für Japan und Indien, alles wichtige Gebiete des freien Asien.“
Den Grund für die unerfreulich instabile Lage in diesem Gebiet hat die Studie auch gleich zur Hand.

Die „Verschlechterung der Situation in Indochina“ entsteht „infolge der nachlassenden Entschlossenheit oder wegen der Unfähigkeit der französischen Regierung und der Union-Staaten, den Kampf gegen den Vietminh-Aufstand fortzusetzen.“

Um dem entgegenzutreten sieht die Studie im Abschnitt „Maßnahmen“, neben ideologischen („Propaganda...“ verstärken“ „antikommunistische Gruppen bilden“ „Widerstandsgeist gegen die Übergriffe der örtlichen Kommunisten wecken...“) und wirtschaftlichen („die Länder Südostasiens ermutigen, ... die Rohstoffquellen dieser Gebiete für die freie Welt zu erschließen.“) auch militärische Projekte vor.

Die Vorschläge reichen von „Geheimoperationen zur Erreichung der amerikanischen Ziele in Südostasien angemessen verstärken“ über „die Streitkräfte der Union-Staaten darin zu unterstützen, die innere Sicherheit vor dem Vietminh wiederherzustellen“ und „Intensivierung von Untergrundaktionen zur Unterstützung antikommunistischer Guerilla-Verbände ...“ bis hin zum „Einsatz ... von antikommunistischen ... nationalchinesischen Verbänden bei militärischen Operationen in Südostasien, Korea oder in China“. Und schließlich:

„Falls die Zustimmung Großbritanniens und Frankreichs zu einer größeren militärischen Aktion gegen das kommunistische China nicht zu erlangen ist, sollten die Vereinigten Staaten einseitige Maßnahmen in Erwägung ziehen.“ ¹⁸⁾

DER NEUE PROSPEKT IST DA !

DSR-Winter 71/72, das Kursbuch für schmale Brieftaschen

Unser Schlager: USA-Reisebalken

So preiswert wie noch nie! Frankfurt - New York - Frankfurt
DM 495,—

Hin- und Rückflug vom 13. 12. 71 bis 13. 1. 72

Sommer-Sonne-Skireisen

Studienreisen — Sprachkurse

Information und Anmeldung bei

STUDENTENREISEN DARMSTADT

Zweigstelle der Auslandsstelle
des Deutschen Bundesstudentenringes GmbH.

61 Darmstadt, Alexanderstraße 22, Telefon: 16 27 18

Präsident Nixon formulierte es 1970 so:

„Wir Amerikaner sind ein Do-it-yourself-Volk, ein ungeduldiges Volk. Statt jemand anderen zu lehren, eine Arbeit zu tun, möchten wir sie am liebsten selbst tun. Dieser Wesenszug hat auch Eingang in unsere Außenpolitik gefunden.“¹⁹⁾

Long Thin Line Of Freedom

Der aggressive Charakter der amerikanischen antikommunistischen Globalpolitik, der in Europa in der Phase des „cold war“ seinen Ausdruck hauptsächlich in den fortgesetzten Hetztiraden gegen die sozialistischen Staaten fand, äußert sich in den Ländern der „Armen Welt“ unverblümt und mit nackter Gewalt. Daß die Vereinigten Staaten bereit sind, „die Arbeit selbst zu tun“, haben sie bis heute mannigfach bewiesen, in Korea 1950, in Guatemala 1954, in Kuba 1962, in Thailand 1962, in der Dominikanischen Republik 1965, in Kambodscha, Laos und Vietnam.

Die Durchführung der antikommunistischen Politik in den neokolonialen Staaten, die „Verteidigung“ jener Grenze, die Kennedy die „long thin line of freedom“ nannte und hinter der nach dem Willen Washingtons die Hegemonie des Kapitals beginnt, geschieht zum einen in der erbarmungslosen und mit ungeheurem Aufwand geführten Bekämpfung jeder Form von Befreiungsbewegung und zum anderen in der bedingungslosen Unterstützung jedes antikommunistischen Regimes. (und sei es noch so ultrareaktionär! Man erinnere sich nur an die griechischen Obristen oder den südvietnamesischen Staatschef Ky, der 1965 erklärte, sein großes Vorbild sei Adolf Hitler.) Die Unterstützung der Regimes erfolgt in Form von Wirtschaftshilfe und Militärhilfe. Die Wirtschaftshilfe läßt sich im wesentlichen auf Geschenke an die jeweiligen korrupten Oligarchen reduzieren, um deren Loyalität gegenüber Washington zu erkaufen. Darüber hinaus fließt ein Teil dessen, was eigentlich der Landwirtschaft, der Bildung oder dem Transportwesen zugedacht war, in Programme, die militärischen Zielen dienen. So wurden zum Beispiel in Vietnam für ein strategisch wichtiges 35 km langes Straßenstück, das zwischen Saigon und Bienhoa gebaut wurde, mehr Subventionen ge-



Klerikalfaschist und Diktator: Spellman und Diem

zahlt, als in den Jahren 1954-1961 für Arbeit, Unterstützung von Gemeinden, Sozialfürsorge, Gesundheit und Schulwesen zusammen.

Die zweite Form ist die der Militärhilfe, die zunächst in der Finanzierung und Ausrüstung der lokalen Streitkräfte besteht, darüber hinaus in der Einrichtung von Militärmissionen, der Entsendung von Ausbildern, Technikern, Beratern und so weiter. Die weitergehende Art der Militärhilfe besteht im direkten Einsatz der US-Streitkräfte (im „Notfall“, in Absprache mit den Regimes). Die Übergänge sind natürlich fließend. Wie schnell solche Ausbildungsmissionen in Kampftruppen verwandelt werden können, zeigt das Beispiel Vietnam.

„Beratung“ durch den CIA

Kennzeichnend für den Charakter der amerikanischen Beratung und Hilfe ist auch der Bericht der Saigoner Militärmission (SMM) von 1954-1955. Die SMM muß wohl als ein Teil dessen begriffen werden, was das oben zitierte Konzept für Südostasien unter dem Punkt „Geheimoperation“ aufführt.

Die Gruppe arbeitete von Anfang 1954, kurz nach dem französischen Desaster von Dien Bien Phu, bis Mitte 1955 mit dem Auftrag, „paramilitärische Operationen ... durchzuführen und politisch – psychologische Kriegführung zu betreiben“.

Der Chef der Gruppe war Colonel Edward G. Lansdale, ein CIA-Agent, der bereits auf den Philippinen dem Regime Präsident Magsaysays geholfen hatte, die sozialistische Befreiungsbewegung

niederzuhalten. Um die Genfer Vereinbarungen zu umgehen, die die Stärke des amerikanischen Militärpersonals vom Tage des Waffenstillstandes an einfrieren ließen, brachte man die Mitglieder des Propaganda- und Sabotage-Teams vor dem Stichtag als Angehörige der Military Advisory Group (MAAG) getarnt ins Land (die USA scheuten sich jedoch auch nicht, die Vereinbarungen nach dem Stichtag zu brechen: unter dem fadenscheinigen Vorwand, man müsse den Vietnamesen helfen, das von den Franzosen zurückgelassene Kriegsmaterial in Besitz zu nehmen vergrößerte man 1956 das amerikanische Militärpersonal um 350 Mann, die als Temporary Equipment Recovery Group (TERG) einen Teil der MAAG bildeten und für Spionageaufgaben eingesetzt wurden.) Die Saigoner Militärmission (SMM), die über den CIA in Saigon mit Washington in Verbindung stand, führte nun während der Jahre 1954 und 1955 eine Reihe von psychologischen – und Sabotageaktionen durch, über die Zerstörung von Autobussen und anderen Objekten in Hanoi, über das Drucken gefälschter Vietminh-Flugblätter und die Organisation von Gerüchtekampagnen bis zur Ausbildung antikommunistischer Untergrundeinheiten und Vorbereitung von Sabotageakten (Zerstörung von Brücken usw.).

Nebenbei leistete Col. Lansdale seinem Freund Ngo Dinh Diem wertvolle planerische und finanzielle Hilfe bei der Vereitelung von Attentaten und dem Aufbau einer zuverlässigen Leibgarde. All dies geschah unter dem Deckmantel und mit tatkräftiger Unterstützung der amerikanischen Militärberatungsmission

in Saigon. Weitere Hilfe erfuhren die US-Terroristen durch die US-Air-Force (beim Waffenschmuggel) und die US-Marine (beim Agentenschmuggel).²⁰⁾ Die Entsendung von militärischen Beratern erfüllte also offensichtlich von Anbeginn die Funktion, militärische und paramilitärische Aktionen gegen die vietnamesischen Kommunisten auszuführen und das lokale Regime an der Macht zu halten. Die allmähliche Umwandlung und Ausweitung dieser Beratergruppen in technische- und Kampfeinheiten, die dieselben Funktionen erfüllten, ist nur die logische Fortsetzung dieser Entwicklung.

„Think Of Swim With Ngo Dinh Diem!“

Daß die amerikanischen Imperialisten die Durchführung ihres aggressiven antikomunistischen Konzepts mit allen Mitteln sicherstellen, wie weit das „Engagement“ – sprich: die Kontrolle der USA in ihren Neokolonien geht, zeigt Vietnam ebenfalls beispielhaft. ‚Der Aufstieg und Fall des Ngo Dinh Diem‘, der von 1954 bis zu seinem Sturz 1963 Premierminister und Präsident Südvietnams war, macht deutlich, daß Südvietnam in der Tat als Protektorat der Vereinigten Staaten betrachtet werden muß, und daß der Begriff des „Marionetten-Regimes“ den Nagel auf den Kopf trifft. Ngo Dinh Diem wurde am 7. 7. 1954 durch den Marionetten-Regenten der Franzosen, den ‚Kaiser‘ und Ministerpräsidenten Südvietnams Bao Dai zum Premierminister ernannt. Bao Dai regierte sein Land damals von der französischen Riviera aus, Ngo Dinh Diem lebte in Paris. Daß diese Berufung auf den Druck der USA hin erfolgte, scheint unbestritten. Die USA verfolgten die Absicht, den pro-französischen und völlig unfähigen ‚Kaiser‘ durch einen pro-amerikanischen und militant antikommunistischen Strohmann zu ersetzen, um die völlig chaotische innenpolitische Situation in Vietnam unter ihre Kontrolle zu bringen. Ihre Wahl fiel auf Ngo Dinh Diem, der aus einer der ältesten katholischen Familien des Landes stammte, Großgrundbesitzer, Nationalist und extremer Antikomunist war. Als er 1950 aus Furcht von den Vietminh in die Vereinigten Staaten emigrierte, knüpfte er Kontakte zum katholischen Klerus, vor allem zur New Yorker Diözese und Kardinal Spellman, der sich später bei

der amerikanischen Regierung für ihn einsetzte.

Bereits 1950 wurde er durch Professor Wesley Fischel, einem Agenten des CIA in Japan kontaktiert, wo er sich damals aufhielt. Durch Vermittlung eines Mitglieds des Obersten US-Gerichtshofes wurde er später den Führern der demokratischen Senatsgruppe, Mike Mansfield und J. F. Kennedy vorgestellt, die zu dieser Zeit die französische Unfähigkeit in Indochina kritisierten und für eine amerikanische Ablösung eintraten.²¹⁾ Ngo Dinh Diem wurde zum Verwalter der amerikanischen Interessen im in-zwischen „unabhängigen, freien Vietnam“. Die ersten Jahre seiner Regierungszeit hätte sich Diem ohne die massive amerikanische Stützung kaum halten können. Der Verwaltungsapparat war korrupt und desorganisiert, im Lande wuchs die Unruhe und der Vietminh wurde rasch stärker. In den Pentagon-Papieren ist diese Lage mit dem Satz zusammengefaßt: „Südvietnam war im Grunde genommen eine Schöpfung der Vereinigten Staaten.“

In der folgenden Zeit gelang es Diem einen einigermaßen funktionierenden Herrschaftsapparat zu errichten und zu erreichen, daß eine Reihe von Militärs und Beamten sich ihm gegenüber loyal verhielten. Seine Anfangserfolge waren vor allem die Zerschlagung bewaffneter Sekten wie der Cao Dai und Hoa Hoa. Das System, nach dem er vorging, bestand im wesentlichen darin, alle wichtigen Posten mit ihm völlig loyalen Personen, vorzugsweise Mitgliedern seiner Familie, zu besetzen und alle Entscheidungen nach Möglichkeit allein zu treffen. Selbst die Pentagon-Papiere kommen nicht umhin, das politische System Südvietnams als eine „straff organisierte, zentralisierte Familienoligarchie“ zu bezeichnen, dessen Regierung „hinter der parlamentarischen Fassade“ „ihrem Wesen nach autoritär“ sei.

Nichtsdestoweniger genoß Diem die volle Unterstützung der USA. Der CIA-Agent und Spezialist für konterrevolutionäre Maßnahmen Col. Lansdale war sein Freund und Berater, die USA finanzierten, dirigierten und stützten ihn, wo es nur ging. So entfaltete zum Beispiel eine sogenannte „Studiengruppe“ der Michigan State University von 1957 bis 1958 ihre Aktivität in Vietnam. Sie bestand aus 54 Professoren und zahl-

reichen Assistenten, war jedoch stark mit CIA-Agenten durchsetzt. Sie befaßte sich mit dem Aufbau von Polizei und Verwaltung auf dem Lande und in Saigon, wo die Polizei in eine paramilitärische Organisation umgewandelt wurde. Die Waffen für diese Organisation beschaffte die „Studiengruppe“ durch die MAAG.

Zunächst war Diems Vorgehen auch durchaus im Sinne Washingtons. Er schlug jede Art Opposition im Lande nieder, terrorisierte alle, die Kritik zu üben wagten und ließ in einer groß angelegten Denunziationskampagne an die 100 000 Personen verhaften und in „Erziehungslager“ stecken. Seine Landreform bestand im Grunde darin, das Land, das die Vietminh an die Bauern verteilt hatten, den Großgrundbesitzern zurückzugeben. 1960 hatten 15% der Bevölkerung 60% des Bodens in Besitz. Er schaffte überdies die traditionell gewählten Dorfräte ab, um ihre Durchsetzung mit Kommunisten zu verhindern. Resultat der Politik Diems war wachsende Unruhe und Widerstand der Bevölkerung. Trotz massiver Propaganda und Reorganisationsprogrammen gelang es nicht, das Regime über die engen Kreise der Saigoner Bourgeoisie hinaus zu legitimieren.

In diesen Zusammenhang gehört auch das Scheitern des sogenannten „Wehrdorfprogrammes“ mit dem man ab März 1962 versuchte, die Bevölkerung dem kommunistischen Einfluß zu entziehen und der südvietnamesischen Propaganda und Kontrolle zugänglich zu machen. Das Programm war nicht neu, schon die Franzosen hatten aus ähnlichen Gründen die Vietnamesen in sogenannten „Agrovilles“ zusammengepfercht. Das Programm wurde von den USA mit Unsummen subventioniert und stand unter amerikanischer Leitung. Sein Effekt war, daß sich der Haß der Bauern auf das Diem Regime durch die Zwangsumsiedlung und das Vorgehen der korrupten und unfähigen Beamten noch verstärkte. Die Arbeit des Vietcong wurde erfolgreicher und das Wehrdorfprogramm mußte bereits Mitte 1963 für gescheitert erklärt werden.

In einem Interview mit dem französischen Journalisten Bernard Fall charakterisierte der nordvietnamesische Premierminister Pham Van Dong 1962 die Entwicklung in Südvietnam sehr treffend: „Ja, der arme Diem, er ist so unbeliebt,



**Strategen des bewaffneten Volkskriegs:
General Giap und Pham Van Dong**

daß die Amerikaner ihm beistehen müssen. Das macht ihn keineswegs beliebter, deshalb müssen sie ihre Hilfe verstärken, und das macht ihn noch weit unbeliebter.“ Hier unterbrach ihn Fall und sagte, das höre sich an wie ein Circulus Vitiosus. „Oh nein“, sagte Pham Van Dong, „kein Circulus Vitiosus. Eine Spirale, die nach unten geht.“²²⁾

Bauernregel aus dem Mittleren Westen: „Don't Change Horses In The Middle Of The Stream“!

Auch der CIA begann an der Eignung Diems als amerikanischer Strohmann zu zweifeln. In den Berichten des CIA wird wiederholt festgestellt, daß es Diem nicht gelinge, Popularität in der Bevölkerung zu finden und den anti-kommunistischen Kampf wirkungsvoll zu führen. Auch seine Bereitschaft, den amerikanischen Ratschlägen und Forderungen Folge zu leisten, war offenbar ungenügend. In den Pentagon-Papieren wird sogar konstatiert, daß seine Mentalität die eines „spanischen Inquisitors“ gewesen sei.

Aber die USA sahen sich gezwungen, Diem zu halten, solange keine ebenso loyale Marionette verfügbar war. Selbst nach der blutigen Niederschlagung der Buddhistenrevolte, die weltweite Empörung auslöste und das Prestige der Amerikaner zu gefährden drohte, wurde Diem noch gestützt, finanziert und beraten.

Wie weit die USA ihre Finger im Schmutz der südvietnamesischen Politik hatten, zeigt unter anderem die Tatsache, daß die Kommandotruppe des Oberst Tung, der die Zerstörung der

Pagoden und das Blutbad unter den buddhistischen Mönchen organisierte und anführte, eine von den Amerikanern ausgebildete, finanzierte und ausgerüstete Eliteeinheit war. Oberst Tungs Tätigkeit wurde von der CIA organisiert und mit einer Viertelmillion Dollar monatlich bezahlt.²³⁾

Oberst Tung war die rechte Hand von Ngo Dinh Nhu, dem jüngeren Bruder des Präsidenten, der mehr und mehr die politische Macht an sich zog und in der Günstlingswirtschaft Saigons eine zentrale Stelle innehatte.

Aber die CIA hatte auch andere Fäden in der Hand. Nach der Buddhistenkrise 1963 verstärkte sich die Unruhe auch unter den Militärs. Die Machtstellung, der Despotismus und die Vetternwirtschaft der Familie Ngo Dinh erzeugte Unmut und führten zu einer ganzen Reihe von Verschwörungen gegen das Regime. Nach intensiver Sondierung setzte Washington schließlich auf die aussichtsreichste der drei Hauptverschwörergruppen, die Verschwörung der Generäle Minh, Kim, Don. Die Verschwörer beeilten sich zu versichern, ihre Revolte sei pro-amerikanisch und erbaten die Anerkennung der USA nach dem Staatsstreich. Während der ganzen Vorbereitungszeit, bis zum 31. Oktober 1963, dem Tag des Putsches, hatten die Generäle intensiven Kontakt zur CIA. Der CIA-Agent Oberst L. Conein nahm an ihren Besprechungen teil und die Taktik des Putsches wurde in starkem Maße von der CIA ausgearbeitet. Aus den Pentagon-Papieren geht hervor, daß die CIA während dieses Vorgehens im engsten Kontakt mit der amerikanischen Regierung stand. Von August bis Oktober 1963 gibt es eine lange Reihe von Telegrammen und Be-

richten zwischen Washington und Saigon, die klarlegen, daß alle Schritte der amerikanischen Botschaft und der CIA mit Präsident Kennedy, mit dem Außenministerium und dem Nationalen Sicherheitsrat genaustens abgesprochen waren.

Der Putsch wurde am 31. Oktober 1963 durchgeführt, Ngo Dinh Diem und sein Bruder Nhu wurden erschossen. Die Militärjunta übernahm die Macht, der neue Staatschef hieß General Minh. Der Putsch gegen Diem blieb nicht der letzte in der Geschichte Vietnams; ähnliche Episoden auch in anderen Staaten lassen sich zur Genüge finden. Die Vereinigten Staaten sind bereit, eine Regime zu stützen, solange es die gestellten Aufgaben, Bekämpfung des Sozialismus und absolute Loyalität gegenüber Washington einigermaßen zufriedenstellend bewältigt. Widrigenfalls weiß man sich geeignete Weisungsempfänger zu beschaffen.

Das amerikanische neokoloniale Empire ist an allen seinen Grenzen bedroht, seine ‚Verteidigung‘ ist gleichbedeutend mit dem internationalen Kampf gegen den Sozialismus, gegen die sozialistischen und nationalen Befreiungsbewegungen.

Soziale Disziplinierung und antikommunistische Mobilisierung

Die imperialistische Ideologie, speziell die antikommunistische, ist nicht nur die Vorbereitung und Rechtfertigung der für das Kapital notwendigen Expansionspolitik; sie muß begriffen werden als ein Instrument zur Bewältigung der inneren und äußeren Widersprüche des Imperialismus.

Im Innenverhältnis bedeutet das im Wesentlichen die Verhinderung sozialer Konflikte, die das System kapitalistischer Herrschaft gefährden können, also vor allem des Klassenkampfes zwischen Lohnabhängigen und Kapitalisten. Dies kann nur geschehen, indem die Massen ideologisch so an das System gebunden werden, daß ihnen der Gedanke, die

Ursache des Übels läge in der kapitalistischen Gesellschaft selbst, gar nicht mehr kommen kann und sie so das Herrschaftssystem nicht nur legitimieren, sondern sich bereitwillig für seine Zwecke mobilisieren lassen.

„Kein Krieg ist ein richtiger Krieg ohne Bob Hopes Witze“ (Präsident Johnson 1965)

Das Prinzip, nach dem dies bewerkstelligt wird, besteht im wesentlichen darin, den innergesellschaftlichen Konflikt nach außen zu verlegen. Eine soziale Demagogie, die integraler Bestandteil der imperialistischen Ideologie ist, proklamiert eine illusionäre Gemeinschaft zwischen den Klassen, die als Nation, Rasse, Volksgemeinschaft, oder andere ideelle Gemeinschaft die Funktion der Zudeckung der inneren Widersprüche und sozialen Konflikte erfüllt. Diese Gemeinschaftsbildung ist die ideologisch-verklärende Formel für die Formierung der Massen zur Verwirklichung der imperialistischen Expansionspolitik. Ihren Gehalt, ihre Zielsetzung erhält sie von außen: sie hat eine Mission, einen nationalen Auftrag, dessen Erfüllung heilige Pflicht aller Teile des Volkes ist. Denn jenseits der Grenzen lauert die Bedrohung der Gemeinschaft, lauert der ‚Feind‘, den es zu unterwerfen gilt, zum Vorteil und Nutzen Aller, auch der Unterworfenen. So ist die Grenze der Gemeinschaft auch die Grenze zwischen Gut und Böse, zwischen Kultur und Barbarei, zwischen Christen und Heiden und zwischen Freiheit und Totalitarismus, eine Grenze, die nicht nur mit den jeweiligen Staats- oder Staatsgrenzen zusammenfällt, sondern auch im Innern, quer durch das Volk, verläuft. Wer die Mission, wer den Inhalt der Gemeinschaft negiert, wird zum ‚inneren Feind‘, der stets der Ableger und Verbündete des äußeren ist; die innere Opposition wird zur Agententätigkeit, zur Fünften Kolonne des Feindes diffamiert. Ein aufwendiger Propagandaapparat verzerrt den Splitter im Auge des anderen zum Balken, im ‚Kampf‘ gegen den vermeintlichen Gegner werden die inneren Gegensätze subjektiv in der ‚Gemeinschaft‘ aufgelöst; Konformität ist die erste Bürgerpflicht.

Die Demagogen des Dritten Reiches beherrschten diese Kunst meisterhaft. Hitler ging es von Anfang an um die

große ‚Nationalisierung der Massen‘ also jener Arbeiterscharen, die andernfalls dem ‚sozialistischen Verführer‘ hätten erliegen können.

Die rassistische Variante der imperialistischen Ideologie fand ihren Niederschlag im Kampf gegen den Ersatzgegner, das Judentum; und Goebbels gelang es schließlich gar, die Massen dahin zu bekommen, daß sie als Gipfelpunkt der Verblendung ihre eigene Vernichtung forderten. Auf die Frage „Wollt ihr den totalen Krieg?“ erhielt er – repräsentativ – ein donnerndes „Ja!“ zur Antwort.

Auch was das in der Einleitung zitierte ‚Geschichtswerk‘ so ergreifend als ‚demokratisches Sendungsbewußtsein‘ bezeichnet, ist nichts weiter als die Proklamation einer illusionären Gemeinschaft zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, dergegenüber der innere Widerspruch dann als ein äußerer erscheint. Die ‚Werte der Demokratie‘, die ‚Freiheit des Individuums‘ usw. sind die Inhalte jener Gemeinschaft, zu deren Schutz der mobilisierte Bürger zu Opfer und Gehorsam verpflichtet wird. Die Mission der Gemeinschaft, zu der das entsprechende Sendungsbewußtsein gehört, ist der Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde; das Mittel zu ihrer Realisierung ist in jedem Falle militärische Stärke und Aggression, deren Verantwortung immer der Feind trägt, gegen den man sich zu ‚verteidigen‘ hat.

„Freedom Begins Abroad“ — Farbige GI's in Vietnam

Exemplarisch für die soziale Disziplinierung und Verdeckung innerer Konflikte sind die farbigen US-Soldaten in Vietnam. Das Recht der farbigen GI's für ihr Vaterland, für die ‚Freie Welt‘ zu kämpfen und Vietnamesen umzubringen, ist drei- bis viermal so groß wie das Recht ihrer weißen Kompatrioten. Dreißig bis vierzig Prozent der amerikanischen Soldaten in Vietnam sind Farbige, obwohl der Anteil der farbigen Bevölkerung nur zehn Prozent der amerikanischen Gesamtbevölkerung ausmacht. Daß der hohe Anteil Farbiger kein Zufall ist, wird einsichtig, wenn man die Konsequenzen betrachtet.

Zum einen gelingt es den Herrschenden auf diese Weise, einen hohen Prozentsatz der jugendlichen Farbigen außer Landes zu halten. Statt als Arbeitslose

(bei den schwarzen Jugendlichen lag 1969 die Arbeitslosigkeit bei 35%) in den Slums der amerikanischen Großstädte, wo sie über kurz oder lang das Civil-Rights-Movement oder die Black Panthers unterstützen würden, leben sie nun in einer ‚militärischen Gemeinschaft‘, wo sie die Illusion einer Gleichberechtigung erfahren, die ihnen in der ‚Heimat‘ nicht zuteil wird. (Auch wenn es nur die Gleichberechtigung, zu töten und getötet zu werden ist.) Auch der Effekt, daß, wo dreimal so viele kämpfen, auch dreimal so viele fallen, dürfte dem US-Regime im Hinblick auf die Explosivität der Rassenfrage nicht völlig unwillkommen sein.

Zum anderen vollzieht sich bei vielen Farbigen in Vietnam ein Prozeß, den Günter Anders als das ‚Wunder der Farbverwandlung‘ bezeichnete: Schwarz vor Gelb wird Weiß. Im Kampf gegen die ‚gooks‘, gegen die gelben, schlitzäugigen Untermenschen, können sich die schwarzen GI's als Amerikaner, als weiße Amerikaner fühlen. Wie weit diese Identifikation gehen kann, zeigt der Fall des Bürgerrechtlers Joseph McNeill, der im Jahre 1960 als erster ein sit-in in einem Lokal in North-Carolina, in dem er als Farbiger nicht bedient worden war, organisiert hatte. Derselbe McNeill hat inzwischen seine Karriere in der Luftwaffe gemacht und erklärt nun, daß er stolz darauf sei, als Offizier bereits über 40 ‚combat support missions‘ in Vietnam hinter sich zu haben. Er fühle sich nun als „military man“ und spüre, daß er dort „something worthwhile“ zu tun habe.²⁴⁾

In den gleichen Zusammenhang von ideologischer Verdeckung der Klassengegensätze gehört auch die Tatsache, daß es der Schicht armer Weißer in den amerikanischen Slums unmöglich ist, sich mit ihren schwarzen Leidensgenossen im Kampf gegen die Herrschenden zu solidarisieren, daß sie vielmehr voll fanatische Haß ihrem potentiellen Bundesgenossen bekämpfen und damit genau auf den Popanz einschlagen, den ihnen die Herrschenden zu diesem Zweck aufgebaut haben.

„Die Methode, Entrechtete dadurch zu trösten, daß man ihnen das Recht zugesteht, ihrerseits andere zu entrechteten und dieses Recht sogar zu ihrer nationalen Pflicht erhöht — diese Methode entspricht aufs genaueste der, die der Nationalsozialismus vor 35 Jahren ein-

Original dpa-Bildtext:

„Eine Kopfpremie für jeden toten Vietcong, den sie bei den Amerikanern abliefern, kasieren Zivilisten in Südvietnam. Die ‚Strecke‘ toter Vietcong-Kämpfer wurde in Da Nang angeliefert. Ein US-Soldat (Mitte) inspiziert sie. Es sind sechs von acht Vietcongs, die im Artilleriefeuer ca. 40 Kilometer von Da Nang den Tod fanden.“

geführt hatte. So wie Hitler den Proletariern, die zu befreien ihm nicht im Traume einfiel, die Juden schenkte: also eine Gruppe, der gegenüber sie, die Proletarier, die Chance hatten, sich überlegen zu fühlen, und die zu mißhandeln oder zu liquidieren sie die nationale Verpflichtung hatten; genauso schenkt die amerikanische Regierung nun den amerikanischen Negern die unterentwickelten Völker außerhalb Amerikas, in diesem Augenblicke die Vietnamesen.“²⁵⁾

Mobilisierte Kleinbürger: Verblendung und Angst

Die antikommunistische Mobilisierung des Kleinbürgers, der „schweigenden Mehrheit“, erfolgt über den klassischen Mechanismus der Erzeugung von Angst, der Angst des Bürgers vor dem Verlust seiner ‚Freiheit‘, seiner ‚Intimsphäre‘ und seines Eigentums. Allerdings ist jenes Freiheitsideal verblaßt, das sich das aufstrebende Bürgertum auf die Fahne geschrieben hatte, und das wesentlich die Befreiung von Feudalismus, die Freiheit der Kapitalakkumulation meinte. In der heutigen ‚freiheitlich-demokratischen Grundordnung‘ ist Freiheit nur noch der „Genuß des zufälligen individuellen Aktionsradius, wobei die objektiven sozialen Verhältnisse als Naturgegebenheit hingenommen werden, während als Inhalt die Scheinfreiheit der bloß subjektiven Meinung und des Konsums wesentlich bleibt. In der Anerkennung der Eigentumsverhältnisse und der Gesellschaftsordnung als vorgegebene Naturordnung realisiert sich zugleich die Anerkennung der herrschenden Klasse, für die diese Verhältnisse die Herrschaftsbedingungen darstellen.“²⁶⁾

Die Angst jedoch, diesen privaten Freiheitsraum, die Intimsphäre, die doch längst schon manipuliert und vermarktet ist, zu verlieren, reicht hin, um, geschickt kanalisiert, in Aggression gegen den vermeintlichen Bedroher zu münden. Daß die ‚Bedrohung des Eigentums durch den Kommunismus‘ nicht die Bedrohung des kleinbürgerlichen Hausstandes, sondern die Bedrohung des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist, daß nicht der Kommunismus dem Individuum die Privatsphäre raubt, sondern daß dies der Kapitalismus längst getan hat, all das vermag der

Bürger nicht mehr zu erkennen. Im Bann der Propaganda wird er militant, wenn es gegen den vermeintlichen ‚Feind‘ geht. Eingeschworen auf die Staatsdoktrin ist er bereit, auch die radikalsten Maßnahmen zu billigen, wenn nicht zu fordern, die zur Zerschlagung jener dienen, die gefährden, was ihm teuer ist. In der Ideologie erscheint denn auch der Sozialismus als das Negativbild der jeweiligen ideologischen Ausgangspositionen. Die Sowjetunion wurde von Anfang an diffamiert als ‚asiatisches Massentum‘, ‚Zerstörung von Kultur und Christentum‘, ‚Diktatur und Gleichschaltung der Individuen‘.

Dabei hat diese Demagogie keineswegs den Charakter der Kritik, der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, sondern sie bleibt vage, undifferenziert, wird zur abstrakten Weltanschauung. Der programmatische Satz aus dem kommunistischen Manifest, „der Kommunismus nimmt keinem die Macht, sich gesellschaftliche Produkte anzueignen, er nimmt nur die Macht, sich durch diese Aneignung fremde Arbeit zu unterjochen“, ist nicht Gegenstand der Kritik, statt dessen heißt es in schlichter Gleichsetzung von Zahnbürste und Stahlwerk:

„in der klassenlosen Gesellschaft gibt es kein Privateigentum mehr, dort gehört allen alles...“²⁷⁾

Mit Bedacht verleiht die Propaganda dem Kommunismus exotische Züge, die Ausbreitung des sozialistischen Weltsystems ist gleich ‚Hunnensturm‘, der ‚Russe‘ ist gleich Untermensch, Vergewaltigung und Stacheldraht, die Ängste und Ohnmachtsempfindungen der Individuen, die der Kapitalismus erzeugt, werden zu einem Schreckbild zusammengefaßt. Eine subtilere Variante ist der amerikanische Vorschlag, das Wort „Communism“ mit dem im Amerikanischen ungebräuchlichen Anfangsbuchstaben „K“ zu schreiben, um so den exotischen Charakter des Kommunismus im Bewußtsein zu verankern. Entsprechend wird jede, auch nur im Entferntesten sozialistisch bestimmte Opposition sofort kommunistischer Agententätigkeit zugeordnet, ihre Träger werden als „Söldlinge Moskaus“ und „Vaterlandslose Gesellen“ diffamiert und verfolgt. Das gefährliche Moment solcher oppositionellen Machenschaften nannte

Hans Berger, Staatssekretär im Bundespräsidialamt, 1966 beim Namen:

„Ein überbordender Progressismus, der sich marxistischen Vorstellungen annähert und in der politischen Realität unter dem Schlagwort totaler Freiheit die Geschäfte des totalitären Kommunismus besorgt, greift die Autorität in ihrer Wurzel an.“²⁸⁾

In der langen Geschichte der Kommunistenjagd wird die Nähe des Antikommunismus zum Faschismus deutlich, der ja dieselbe Ideologie für die gleichen Ziele erfolgreich einsetzte.

Für Adolf Hitler „leugnete der Marxismus“ „im Menschen den Wert der Person und entzieht der Menschheit damit die Voraussetzung ... ihrer Kultur“, und auch er sah in der übermäßigen Demokratisierung „den Vorläufer des Marxismus ... , den Nährboden, auf dem sich die Seuche auszubreiten vermag.“²⁹⁾

Amerikanischer Faschismus?

Die faschistoiden Tendenzen zum Abbau jener gefährlichen Demokratie, die vor allem der amerikanische Kapitalismus aufweist, dürfen von daher nicht überraschen. Daß die Brutalität, mit der man gegen oppositionelle Gruppen vorgeht und die sich in jüngster Zeit immer mehr zu blutigen Massakern durch Polizei und Nationalgarde steigert, durchaus im Geiste jener imperialistischen Ideologie

REISEBÜRO DARMSTADT
SULZMANN + MÜLLER
Luisenplatz 1
Telefon: 70321 u. 77282
IN BENSHEIM: BAHNHOFSTRASSE 14 • TEL. 06251/2291

zur Herstellung von Ruhe und Ordnung im Innern steht, zeigen exemplarisch die Aussagen der Herrschenden und ihrer ‚Unterführer‘. Diese Aussagen spiegeln nicht nur die Befangenheit in der eigenen Ideologie, sondern sie gehen der Faschisierung und Inhumanität der subalternen Exekutivorgane und der radikalisierten Kleinbürger voraus und legitimieren sie.

So spielte der kalifornische Filmschauspieler und Gouverneur Ronald Reagan seine Rolle gut, als er angesichts von



Demonstranten bei der Einweihung eines Polizeireviere gleich die altbewährte „Hunnengefahr“ beschwor:

„Glauben sie mir, im Ausland stehen die Barbaren und warten nur darauf, eine über 6000 Jahre alte Zivilisation zu zerstören.“³⁰⁾

Der Universitätspräsident Bob Jones vermerkte zu den Auseinandersetzungen auf dem Campus von Berkeley voll Offenheit:

„Ich wünschte, man würde zur Wiederherstellung der Ordnung von Berkeley Mörser einsetzen“,³¹⁾

was offenbar auch ganz im Sinne eines anderen Akademikers, des Staatssekretärs im US-Justizministerium, Richard Kleindienst, war, der unlängst vorschlug:

„Demonstranten, die sich als Störer erweisen, sollte man in Razzien zusammentreiben und in Haftlager stecken.“³²⁾

Damit die Polizei, die solches besorgen könnte, nicht in ihrer Pflichtausübung kritisiert werde, verwahrte sich auch gleich der FBI Direktor Hoover gegen alle subversiven Angriffe:

„In unserer Gesellschaft ist kein Platz für Leute, die auf die Polizei aufpassen wollen... Ihre salbungsvollen altruistischen Redensarten sind eine unverschämte Atrapape, denn sie haben den Ordnungsdienst der Polizei schon im Vorhinein als Feind ihrer nihilistischen Weltanschauung verurteilt. Ihre wahre Absicht ist es, die Polizei einzuschüchtern und zu schikanieren.“³³⁾

Wo Regierung, Justiz, Wissenschaft und Ordnungsmacht derart unisono sind, darf selbstredend auch ein Vertreter ‚christlicher‘ Moral im Chor nicht fehlen.

Als der amerikanische Student David Mitchell, der Begründer der „End-the-Draft-Bewegung“ seine Kriegsdienstverweigerung begründete, indem er sich auf die moralischen Prinzipien der Nürnberger Kriegsverbrecher Prozesse berief, und den Militärdienst für die amerikanischen Imperialisten als unmoralisch und illegal bezeichnete, wurde ihm von Richter Emmett Claire, der ihn zu fünf Jahren Haft verurteilte, folgende Belehrung zuteil: er, Mitchell, sei zugestandenmaßen Atheist, ergo könne seine Berufung auf Moralprinzipien, auch die von Nürnberg, keinen Anspruch auf Glaubwürdigkeit erheben. Der Richter hielt es also offensichtlich für sittlicher, „das ‚du sollst nicht töten‘ zum Teufel zu schicken und an Gott zu glauben, als das ‚du sollst nicht töten‘ zu beherzigen, ohne diese Beherzigung durch Gottesglauben zu begründen; und für gottgefälliger ein gläubiger Mörder zu sein als ein nicht gläubiger Mordverweigerer.“³⁴⁾

Amerikanische Moral: „Right Dr Wrong, My Country!“

Daß Faschismus und organisiertes Christentum einander bei Gott nicht ausschließen, hat die Geschichte hinlänglich gezeigt. (Man nehme nur Portugal, Spanien oder Griechenland.) Daß der Kommunismus der personifizierte Antichrist sei, war ein Grundbestandteil des Antikommunismus seit seiner Entstehung und Gegenstand ungezählter Sonntagspredigten im Deutschland der Nachkriegsjahre.

Welche makaberen Folgen das Zusammenwirken pro-faschistischer und anti-kommunistischer Momente für die christlich-abendländische Moral hat, zeigt

Vietnam erneut in deutlicher Weise. Dabei ist das Einsegnen von Kriegsgerät nur ein vordergründiger Aspekt; die fatale Legitimation von Mord und Zerstörung als Mittel zur Eindämmung des Antichristen ist der Anfang einer Entwicklung in der Moral, deren vorläufiger Endpunkt die Bestialität solcher Kämpfer, wie der von My Lai ist. Die Kreuzzugspare „mit Gott und König fürs Vaterland“ ist Ausdruck derselben Ideologie, die sich niederschlägt in der Proklamation, Amerika habe „God on it's side“, sei es beim Lynchenden von Negern unter dem Symbol des Kreuzes, oder bei der Folterung von Vietcong durch gläubige Katholiken.

Wenn Kardinal Spellman zu Johnsons Vietnam-Politik unmißverständlich erklärt:

„I repeat, may my country ever be right, but right or wrong — my country“,

dann legitimiert er damit nicht nur die herrschende Unmoral; denn wenn für Vaterlandstreue und -bejahung das „right or wrong“ keine Rolle mehr spielt, dann sind auch alle Scheußlichkeiten und Massaker vaterländische Taten, und die Gewalt und Unmenschlichkeit ist Moral.

Die Unmenschlichkeit ist dabei keineswegs eine individuelle, zufällige Randercheinung, sie hat vielmehr System. Die abfällige Bezeichnung der Vietnamesen im Army-Slang als gooks, dinks und lopes (Gelbe, Gnome, Abschaum) schafft die Voraussetzung für solche Gebräuche, wie die sogenannte „mere gook rule“, die die Tötung von Vietnamesen als moralisch unbedeutend und begrüßenswert einschätzt. Der Vietnamfreiwillige Michael Bernhardt aus der Kompanie Lt. Calley's in My Lai drückte das so aus:

„Viele GI's würden niemals auf den Gedanken kommen, einen Menschen zu töten, das heißt einen weißen Menschen, denn nur ein solcher ist gewissermaßen ein menschliches Wesen.“³⁵⁾

Diese Regel befindet sich in Übereinstimmung mit der „body count rule“, nach der der Erfolg einer Aktion an der Zahl der Leichen gemessen wird. So tauchte denn auch im offiziellen Gefechtsbericht Lt. Calleys über das Massaker von My Lai nur der kurze Code „128/EK“ (128 enemies killed) auf. Wo

nicht gerade, wie in einem US-Bataillon, sogenannte ‚Kill-Cong-Medaillen‘ verliehen werden, dekorieren sich die Kämpfer selbst, um ihre ‚efficiency‘ unter Beweis zu stellen, wie jener amerikanische Marinesoldat in Da Nang, dessen Helm drei Rubriken aufwies, hinter denen die ‚Jagdstrecke‘ notiert war: „KIA (killed in action), WIA (wounded in action), FIA (fucked in action). Die amerikanischen Lokalzeitungen tun ein übriges zur moralischen Stärkung der ‚boys‘ und zieren ihre Titelseiten mit Schlagzeilen wie ‚Killing Rate Very Satisfactory‘. Der My Lai Missetäter Paul Meadlo bekannte dann auch, er habe sich nach dem Massaker „ganz gut gefühlt“.

Fisch ohne Wasser

Vor solchem Hintergrund ist es nicht überraschend, wenn die amerikanischen GI's als Anti-Guerilla-Guerillas sich statt zu effektiveren Kämpfern zu Verbrechern entwickeln. General Maxwell Taylor's Idee, die amerikanischen Soldaten zu Gegenguerillas auszubilden, gewissermaßen in naiver Nachahmung der respektvoll anerkannten Stärke des Vietcong in dieser Kampfform, war zum Scheitern verurteilt, weil sie an der entscheidenden Grundvoraussetzung vorbeigingen.

Zur Ausbildung dieses Kämpfertyps gehört nämlich auch eine bestimmte geschichtliche und moralische Situation, in der sich die Amerikaner nicht befinden können. Die Vietcong verdanken ihre Fähigkeiten einer langen Tradition des Widerstandes gegen Unterdrückung und Fremdherrschaft, für sie trifft der Kuomintang Lehrsatz zu ‚das Volk ist das Wasser und die Armee ist der Fisch‘, denn sie sind ein Teil des Volkes; ihr Kampf ist der Ausdruck ihrer kollektiven Verzweiflung, Wut und Hoffnung; sie verteidigen die Sache des Volkes gegen die Aggression einer fremden Macht und ihrer inländischen Lakaien. Kurz: ihre Sache ist eine kollektive Sache.

Die amerikanische Armee dagegen hat kein ‚Wasser‘, um darin zu schwimmen. Für sie ist jeder Reisbauer ein potentieller Feind; die GI's kämpfen für eine Sache, die sie immer weniger verstehen, der Kampf reduziert sich auf die Ausführung von Befehlen, die zu hinterfra-



Schwarz vor Gelb wird Weiß

gen sich keiner mehr die Mühe macht, und schließlich auf das nackte Überleben. Das moralische Pathos und die Begeisterung, die in den Reden hoher und höchster amerikanischer Schreibtischtäter über Vietnam mitschwingen, deformiert sich in der täglichen Realität der ‚killing jobs‘ zu dumpfer Befriedigung über getötete gooks. Hubert Humphrey nannte den Vietnam-Krieg 1970 in Saigon

„*unser großes Abenteuer — und ein herrliches dazu*“.³⁶⁾

und Richard M. Nixon äußerte ein Jahr zuvor am gleichen Ort, der Vietnam-Krieg werde

„*als eine der größten Stunden in Amerikas Geschichte eingehen*“.³⁷⁾

Oberst Patton, ebenfalls — nur kontinuierlicher — in Vietnam beschäftigt, erklärte im gleichen Jahr 1969

„*es macht mir wirklich Spaß, Arme und Beine durch die Luft wirbeln zu sehen*“.³⁸⁾

Die Wahrheit als Unterhaltungsprogramm

Der Oberbürgermeister von Los Angeles, Sam Yorty, teilte in seiner Rede zur Eröffnung der Geflügel- und Eierschau der Südstaaten mit, er habe von einem amerikanischen General eine Weihnachtskarte mit folgendem Wortlaut erhalten:

„*Sam, wir haben sie bald geschafft. Laßt nicht zu, daß die Nachrichtenmedien uns dahin bringen, den Krieg noch zu verlieren*“.³⁹⁾

Die Besorgnis des Generals über die Haltung der Presse weist auf einen Umstand hin, der zunächst erstaunlich anmutet: daß nämlich die USA offenbar kaum etwas zu verbergen habe. Zwar lösen vor allem in jüngster Zeit gewisse

‚skandalöse Enthüllungen‘ wie die der Pentagon-Papiere oder des Falles My Lai eine temporäre Woge der Entrüstung aus, doch selbst bei solch übermäßig evidenten Fakten ist die Reaktion der Nation durchaus gespalten und das allgemeine Interesse läßt rasch nach. Obwohl als sicher gelten kann, daß in den Filtern der Nachrichtendienste und den Schubläden des Pentagon eine Menge kompromittierender Tatsachen hängenbleiben, berichtet doch die amerikanische Presse, und nicht nur die links gerichtete, seit Jahren mit verblüffender Offenheit von den Ereignissen in und um Vietnam. Berichte über Gefangenenerfahrungen oder Kernsätze, wie das Generalswort ‚to bomb them back into stoneage‘ gelten offensichtlich überhaupt nicht als skandalös, die Furcht des von Yorty zitierten Generals scheint unbegründet.

Die Nazis hielten es noch für opportun, die Vorgänge in den Konzentrationslagern und anderswo nicht in Wort und Bild der Öffentlichkeit zu präsentieren; die Herrschenden der USA können es sich erlauben, die Dokumente ihrer Skrupellosigkeit großzügig an die Weltöffentlichkeit zu verteilen.

Die Tatsache, daß alle die Fakten, deren Summe oder schon Teilsomme das US-System diskreditieren und entlarven könnte, so gefahrlos publizierbar sind, kann nur daraus erklärt werden, daß es dem amerikanischen Monopolkapitalismus gelungen ist, die Massen effektiv unter seine ideologische Kontrolle zu bringen.

Wie die Bedürfnisse der Individuen sich heute auf steuerbare Funktionen der Produktion reduzieren lassen, so ist auch Anschauung, Meinung, Verhalten ein manipulierbarer Faktor für die Herrschenden geworden. Die ideologische Herrschaftsapparatur ist in der Lage,

NOW I WAS HEADING TO COMBAT-- WHERE THERE WERE NO MORE POSTERS --NO MORE FILMS--
NO MORE IMPERSONATORS ! FROM NOW ON, THE NEXT FACE I WAS GOING TO SEE IN FRONT
OF ME **REALLY** WOULD BE THE...

FACE OF THE ENEMY!



SEE **THE FACE OF THE ENEMY!**
ON OUR **GIANT FOLD-OUT POSTER** →

KURZLEHRGANG: 1. UMBLÄTTERN!
2. KLAMMERN AUFBIEGEN!
3. POSTER HERAUSNEHMEN!
(SOLL HEFT NOCH VERWENDET WERDEN; KLAMMERN ZUBIEGEN!)



BACK THE CROWD, THE WORLD'S MIGHTIEST TEAM MARCHES BY...

I UNDERSTAND THE *PENTAGON* REQUESTED THIS RED ALERT MEETING, THOR! DO YOU HAVE ANY IDEA WHAT IT'S ALL ABOUT?

NO! I FIRST LEARNED OF OUR SUMMONS LESS THAN AN HOUR AGO! BUT IT MUST CONCERN A MOST SERIOUS MENACE TO OUR NATIONAL SECURITY!

THE AVENGERS - KÄMPFER FÜR RECHT UND ORDNUNG

"THE AVENGERS WILL BE WAITING!" THIS HAS IT EVER BEEN... THIS WILL IT EVER BE! SO LONG AS MANKIND IS IN JEOPARDY... SO LONG AS THE MOTHER PLANET, EARTH, MAY BE MENACED... SO LONG AS THE FORCES OF EVIL DARE TO CHALLENGE JUSTICE... THE AVENGERS WILL STAND... READY TO FIGHT... TO SACRIFICE... TO PERISH, IF NEED BE... SO THAT LIBERTY AND HOPE SHALL EVER LIVE IN THE HEARTS OF MEN!



THE END

NEXT ISSUE A NEW PROBLEM CONFRONTS THE AVENGERS... UNLIKE ANY THEY HAVE EVER FACED BEFORE! JOIN US THEN... YOU'LL BE GLAD YOU DID!



**IRON MAN -
SUPERHELD
IN VIETNAM?**





WE GOT TIRED OF
WARMING THE BENCH!



WIR
HABEN
ES
SATT,
AUF DER
RESERVE-
BANK
ZU
SITZEN

!!



ihre Aufgabe, nämlich die Verkehrung, das Auf-den-Kopf-stellen der gesellschaftlichen Zusammenhänge im Bewußtsein der Manipulierten fast perfekt zu leisten. Längst haben die Monopole die Sphären außerhalb der Produktion unter ihre Kontrolle gebracht. Zum täglichen Prozeß der Entfremdung, dem der einzelne als Produzent im Bereich der Veräußerung seiner Arbeitskraft unterworfen ist, tritt der massive ideologische Beschuß im Bereich der Reproduktion der Arbeitskraft. Als Konsument erfährt das Individuum die gleiche Gewalt und Herrschaft des Kapitals in anderer Gestalt. Die Medien des Manipulationsapparates bewältigen die Aufgabe, den Bürger zur notwendigen konsumptiven und affirmativen Haltung zu bringen. Gerade in den Vereinigten Staaten ist dieser Prozeß weit fortgeschritten. Der gigantische Apparat der Konsumwerbung vermittelt den Massen ein eigenes Bedürfnis nach ebendem, was die Monopole zu verkaufen wünschen, von Dosenuppen bis zu Parteiprogrammen und Politikern.

Die Tendenz des Kapitals, sich alle Lebenssphären zu unterwerfen, sie zu vermarkten, ist überdeutlich, aber ebenso klar ist, daß ihr Charakter von den Leidtragenden nicht erkannt werden kann. Daß bei Dosenuppen wie Politikern die Erscheinung, nicht der Inhalt den Ausschlag in der Konsumententscheidung gibt, erhellt das Beispiel Richard Nixons. 1966 äußerten sich Nixons Wahlmänner optimistisch über die Zukunftschancen ihres Werbeproduktes. Da in der nächsten Zukunft jede zweite amerikanische Familie einen Farbfernseher besitzen werde, sei ein heikles Problem Nixons beseitigt: sein starker Bartwuchs nämlich, der im Schwarz-Weiß-Fernsehen leider deutlich zu erkennen war und der dem rassischen Idealbild der Amerikaner nicht entspreche, gar Assoziationen zu ‚Italiener‘, ‚Balkanese‘, ‚Jude‘ usw. weckte; dieser Schatten auf Richard Nixon könne durch die Technik des Farbfernsehens leicht zum Verschwinden gebracht werden.

Die politische Entscheidung, die betrachtet man sich die Kandidaten, ohnehin eine Farce ist, hängt also obendrein noch ab von dem Zufall, daß ein Makel im Erscheinungsbild des Markenartikels Nixon durch die Vervielfältigung im Farbfernsehen verschwindet. Der bereits angedeutete Effekt, daß die

Massenmedien ein Individuum formen, dem die Unterscheidungsfähigkeit zwischen den materiellen Verhältnissen des Monopolkapitals und ihrer verdrehten Reproduktionen in der Ideologie, zwischen Realität und Fiktion, zwischen Sein und Schein gänzlich abgeht, erklärt auch, warum die Evidenz, mit der die Irrationalität und Unmenschlichkeit des Systems täglich in den Medien erscheint, nicht ins Bewußtsein der Konsumenten dringt. Indem alle diese Meldungen und Berichte eingebettet sind in eine Unzahl von ‚advertisements‘, Ablenkungs- und Beschwichtigungsmeldungen, die von Baseball und Gesellschaftsklatsch bis zu Lügengeschichten über Sozialreformen und nationale Leistungen reichen; indem die Wahrheit präsentiert wird wie ‚fiction‘, wird sie auch ebenso konsumiert. Wenn des Lesers oder Zuschauers Interesse nicht schon zuvor abgelenkt wird oder erlahmt, so kann man gewiß sein, daß die Bilder amerikanischer Untaten nicht anders betrachtet werden, als die Filmuntaten in den täglichen Blut- und Mordprogrammen.

Es wird die Wahrheit serviert, aber sie sieht aus wie das Unterhaltungsprogramm, sie liegt, wie Günther Anders es nannte „auf dem Tablett der Unwahrheit“.

Die Krise der Ideologie und die ‚neue‘ Strategie des Imperialismus

Wenngleich das System imperialistischer Ideologie so ungebrochen ist wie der Imperialismus selbst, so hat es doch den Anschein, als verliere die spezifisch anti-kommunistische Variante in jüngster Zeit immer mehr an Kraft und Farbe. Mit der Zuspitzung der Widersprüche des imperialistischen Systems im Kontrast und Zusammenhang mit dem nicht mehr wegzulügenden Fortschritt der sozialistischen Staaten und den Erfolgen der internationalen Befreiungsbewegungen gelingt es den Demagogen immer weniger, ihre Aufgabe durch Anwendung der antikommunistischen Formel zu lösen.

Es zeichnet sich denn auch bereits eine neue Variante der Ideologie und Politik ab, in deren Kontext man die jüngsten Schritte der amerikanischen Politik sehen muß. Das politische Konzept, das

in Richard Nixons Bericht an den Kongreß vom 18. 2. 1970 formuliert wird, kann als der Versuch gelten, eine neue imperialistische Globalstrategie zu entwerfen, die sich an der gewandelten Situation und den Bedürfnissen des amerikanischen Monopolkapitals orientiert.

Der Versuch, an dieser Stelle eine analytische Betrachtung dieses neuen Komplexes zu leisten, müßte auf der Ebene von Spekulationen verbleiben, es sollen daher abschließend nur einige Aspekte dazu thematisiert werden, hauptsächlich ein kurzer Einblick in „Nixons neue Friedensstrategie“, der sich an einem Aufsatz von C. Schuhler zum „Globalkonzept des Imperialismus für die 70er Jahre“ orientiert.⁴⁰⁾

Das politische Konzept der „Friedensstrategie“ Nixons ist offensichtlich die Zusammenfassung älterer Bestrebungen, dem Kommunismus weniger auf militärischer, als auf wirtschaftlicher und ideologischer Ebene zu begegnen. Eugene V. Rostow schrieb bereits 1968,

„die Vereinigten Staaten zeigten unter der Last der Bewahrung des Friedens zunehmend politische Unruhe.“ „Eine wirksame, schlagkräftige und diplomatisch geschickte amerikanische Politik organisiert mittels der Vereinten Nationen oder auf andere Weise eine starke Koalition der freien Industrienationen, einschließlich Japans und Indiens, um die Weltpolitik zu stabilisieren und der Sowjetunion sowie China mit Entspannung und friedlicher Koexistenz zu begegnen. Unter solchen Umständen fielen den Industrienationen die Hauptaufgabe zu, die sogenannte Drittel Welt zu beschützen und sie mit Kapital, Unternehmertum, Erziehung und zur wirtschaftlichen Entwicklung nötige Fähigkeiten zu versorgen.“

Das würde schließlich auch dazu führen,

*„daß sich die wichtigsten kommunistischen Gesellschaften unter dem zersetzenden Einfluß des Nationalismus und des westlichen Beispiels völlig verändern würden. Sie ständen einer so festgefühten Allianz gegenüber, daß sie keine andere Wahl hätten, als einzeln oder vereint mit den Vereinigten Staaten zu kooperieren.“*⁴¹⁾

Daß diese Elemente einer neuen Strategie des Imperialismus jetzt wieder aufgegriffen und erweitert werden, ist sicher zum Teil damit zu erklären, daß es den

USA nicht gelungen ist, den Vietnamkrieg siegreich zu beenden. Die Konsequenzen dieser Tatsachen sind in ihrer ganzen Tragweite noch nicht abzusehen. Zum einen dürften die Erfolge der nationalen Befreiungsfront Beispiel und Ansporn für die internationalen Befreiungsbewegungen sein, zum anderen dürfte der Verlust Vietnams für die USA eine Reihe von innenpolitischen Konsequenzen haben.

Der Rückzug aus Vietnam wäre das Ende einer Politik, die seit den Nachkriegsjahren sich immer mehr in ihre Widersprüche verstrickte und deren immer offensichtlicher werdende Ineffektivität und Agressivität sie in der Weltöffentlichkeit und selbst in der angepaßten amerikanischen Öffentlichkeit ins Zwielicht geraten ließ.

Die Arbeitslosigkeit in den USA erreicht den höchsten Stand seit 10 Jahren und ist im Steigen begriffen, vor allem bei den Kriegsheimkehrern. Bereits 15,6% der schwarzen Vietnamveteranen zwischen 20 und 29 Jahren sind arbeitslos. Die Versuche Nixons, die Wirtschaftskrise durch staatliche Intervention in den Griff zu bekommen, würden durch einen Rückzug aus Vietnam nicht erleichtert; man denke nur an die Folgen für die Schwerindustrie bei einer Einschränkung der Vernichtungsproduktion. Überdies hätte der Rückstrom der GI's in die krisengeschwächten USA auch politische Folgen. In Analogie zu dem oben zitierten Satz von Günther Anders könnte man zum Beispiel mutmaßen, daß bei vielen Farbigen, die heimkehren in die soziale Realität von Ghetto und Arbeitslosigkeit „sich die Farbverwandlung“ erneut vollziehen wird, daß Schwarz vor Weiß eben wieder Schwarz wird.

Daß es einer neuen Ausprägung der imperialistischen Ideologie bedarf, als der militant antikommunistischen, ist nicht nur daran abzulesen, daß die Hetztiraden, wie sie nach dem Kriege gängig waren, in letzter Zeit selten geworden sind. Das US-Regime vermied auch in anderen Bereichen, wie der Deutschland-Politik oder den SALT-Gesprächen eine Konfrontation mit der UdSSR. Nixons Chinareise ist ebenso ein Signal für die neue Politik.

„Eine rationale Strategie des US-Imperialismus muß unter Berücksichtigung der Wandlungsprozesse im internationalen System das globale Ausbeutungsfeld

sowohl militärisch sichern und prinzipiell offensiv halten als auch sozio-ökonomisch organisieren.“⁴²⁾

Wenn Nixon also sagt, die „Chance Amerikas beim Eintritt in die 70er Jahre“ sei, einen „dauerhaften Frieden“, „eine dauerhafte Struktur internationaler Beziehungen“ zu schaffen, so kann dies nur bedeuten: „Realisierung und Aufrechterhalten nationaler und internationaler Strukturen, die das weitere Funktionieren imperialistischer Kontrolle und Ausbeutung garantieren und optimieren sollen. Die ‚drei Grundprinzipien‘ von denen der US-Präsident die ‚Außenpolitik‘ geleitet sieht, deuten an, daß Nixon einen umfassenden Versuch unternommen hat, diese nationale Strategie zu entwerfen.

„Friede verlangt Partnerschaft... — Friede verlangt Stärke... — Friede erfordert die Bereitschaft zum Verhandeln“ (Nixon, a.a.O., S. 2f).

„Partnerschaft zu befreundeten Nationen“ als Organisationsprinzip des imperialistischen Weltsystems trägt der neuen ‚Stärke‘ Japans und Westeuropas sowie der ‚Unabhängigkeit‘ der jungen Nationalstaaten Rechnung und nimmt den USA eine Menge finanzieller Verpflichtungen von den Schultern; militärische ‚Stärke‘ ist das Eventualmittel gegen die sozialistischen Staaten, deren ‚Macht... gewachsen ist‘, sowie gegen die jungen Staaten, deren Drang nach ‚nationaler Eigenständigkeit‘ über das vom internationalen Monopolkapital zugelassene Ziel hinauschießt. Die ‚Bereitschaft zum Verhandeln‘ schließlich ist zum Bewahren und Ausbauen der imperialistischen Macht- und Profitinteressen unerlässlich in einer Zeit, in der das Nuklearwaffenpatt den Einsatz kriegerischer Mittel doch erheblich einschränkt. Nicht nur entsprechen ‚diese Grundprinzipien‘ den Erfordernissen der Interessenlage des internationalen US-Monopolkapitals im allgemeinen; sie werden von Nixon detailliert bei der Analyse der einzelnen Schauplätze des internationalen Systems eingesetzt.“⁴³⁾

„Neue“ Politik in Asien

Zu „Asien und dem Pazifik“ sind laut Nixon „neue kooperative Beziehungen“ zu installieren, die sich „nicht allein auf die Verteidigung erstrecken“ sollen. „Letztes Ziel muß eine ebenso enge Zusammenarbeit hinsichtlich weit größerer

Probleme sein: der wirtschaftlichen, der politischen und auch der militärischen.“⁴⁴⁾

In Nixons Beschreibung der amerikanischen Rolle als „Schutzmacht“ findet sich im wesentlichen die alte ‚Truman-Doktrin‘ in neuem Kostüm wieder:

„ ‚Schutz gewähren‘ die USA und ‚Militär- und Wirtschaftshilfe leisten‘ sie immer dann, wenn ‚eine Nuklearmacht die Freiheit... bedroht‘ sowie ‚in Fällen, in denen die Agression in anderer Form auftritt, sofern diese (Hilfe) gewünscht wird und angebracht ist‘. Im ersten Fall spielt es keine Rolle, ob es sich um einen Bündnispartner handelt; eingegriffen wird, ‚wenn... die Freiheit... einer Nation bedroht‘ ist, ‚deren Fortbestand wir als entscheidend wichtig für unsere Sicherheit (...) ansehen‘.“⁴⁵⁾

Vietnamisierung

Hinzu tritt jedoch ein Aspekt den schon E. Rostow nannte: Abwälzung der Verteidigungslast auf die Verbündeten; das heißt, wenn die Globalinteressen der USA eine Intervention notwendig machen, so sollen die asiatischen Partner möglichst den ‚Blutzoll‘ der Verteidigung übernehmen und sie auch formal vor der Weltöffentlichkeit soweit wie möglich selbst in die Hand nehmen. Nixon formuliert das so:

„... werden wir aber von dem unmittelbar bedrohten Land erwarten, daß es die Hauptverantwortung dafür übernimmt, die für seine Verteidigung nötigen Menschen aufzubieten.“⁴⁶⁾

Nixon kommt nicht umhin, zuzugeben, daß in Südasiens die „konkreten Dilemmas“ nicht zu übersehen seien, seine Hoffnung gründet sich jedoch auf ein „gesundes Verhältnis zu Japan“, das „Frieden, die Sicherheit und einen steigenden Lebensstandard im pazifischen Raum“ gewährleisten soll. Was damit gemeint ist, wird deutlich, wenn Nixon der Hoffnung Ausdruck verleiht, Japans Zusicherung „den Abbau und die gänzliche Beseitigung seiner Restriktionen des Handels und des Kapitalverkehrs beschleunigt zu betreiben“ (also verstärkt US-Waren und vor allem -kapital ins Land zu lassen) möge „die Stabilität und den Wiederaufbau im Nachkriegs-asien (...) fördern“ also den Globalimperialismus aufbauen helfen.⁴⁷⁾

In Vietnam lauten die Hauptkomponenten Nixon's neuer Strategie: Verhandlungen und Vietnamesierung.

Konrad Schuhler schreibt dazu: „Tatsächlich werden Verhandlungen keineswegs durchgeführt, um einen geregelten Frieden anzustreben; vielmehr werden sie von der US-Regierung gerade noch auf dem Minimum gehalten, wo sie der internen und internationalen politischen Öffentlichkeit als Beruhigungsmittel verkauft werden können. Demgegenüber wird ‚Vietnamisierung‘ mit den beiden Armen ‚Stärkung der Streitkräfte Südvietnams‘ und ‚Ausweitung des Pazifizierungsprogrammes‘ forciert vorwärtsgetrieben. Die möglichen Konsequenzen der Nixon-Doktrin für die ‚asiatischen Partner‘ werden deutlich. ‚Stärkung der Streitkräfte Südvietnams‘ bedeutet lediglich Übernahme des besonders verlustreichen Bodenkampfes durch die Südvietnamesen, während Marine, Luftwaffe und vor allem die Stäbe weiterhin von US-Militärs besetzt werden. ‚Pazifizierung‘ bedeutet die Umwandlung ständig weiterer Teile Südvietnams in Konzentrationslager, um nämlich den Gegner zu zwingen, ‚als Streitmacht im herkömmlichen Sinne zu kämpfen, die vom Nachschub aus eigenen Quellen statt aus der Bevölkerung abhängt‘. ‚Vietnamisierung‘ ist damit also in erster Linie eine Reaktion der US-Macht auf die Bedingungen des revolutionären Volkskriegs und auf den politischen Widerstand zu Hause, wo schon mehr als 40 000 in Südvietnam gefallene Söhne, Männer, Väter zu beklagen sind“.

Es bleiben hier eine Reihe von Fragen unbeantwortet: Inwieweit kann das Nixonsche Formierungskonzept realisiert werden? Auf welche Widersprüche des Imperialismus und objektive Bedürfnisse des amerikanischen Monopolkapitals reagiert das Konzept? Wo liegen seine Grenzen und welche Widersprüche werden sich in der Zukunft manifestieren? Und nicht zuletzt: Welche Konsequenzen ergeben sich für den antiimperialistischen Kampf?

Wie das neue ideologisch-politische Globalkonzept des Imperialismus genau aussehen wird, in welcher konkreten Politik es sich realisieren wird, bleibt also noch offen. Man kann jedoch mit Richard Nixon konstatieren:

„In den internationalen Beziehungen ist die Nachkriegszeit jetzt zu Ende“.

1) Das historische Grundwissen, Klett Verlag 1967

2) Ludwig Erhard, Nationalwirtschaft in: Die deutsche Fertigware 1933 Heft 2, zitiert nach Schäfer/Nedermann, Der CDU-Staat Band 2 Edition Suhrkamp 1969

3) Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion, VEB Verlag der Wissenschaften Berlin 1964 S. 193

4) ebenda S. 194

5) Vietnam Read in, London 1965, S. 102f. zitiert nach J. Chesneaux, Vietnam, Geschichte und Ideologie des Widerstandes EVA 1968 S. 93

6) E. Herman, R. du Boff, America's Vietnam Policy, Washington 1966, S. 99 zitiert bei J. Chesneaux ebenda S. 93

7) Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1947 S. 462f. S. 463f. zitiert bei Wolfgang Heise S. 196f.

8) Ebenda

9) Hitler, Mein Kampf, München 1940 S. 681

10) Ebenda S. 675f.

11) Vgl. Baran/Sweezy, Monopolkapital FFM. 1967 S. 180

12) Ebenda

13) US News and World Report Juni 1964, zitiert nach Baran/Sweezy S. 193

14) Vgl. Baran/Sweezy S. 194

15) Zitiert nach Baran/Sweezy S. 183

16) Vgl. Baran/Sweezy S. 183f.

17) The Daily Compass 24. März 1950, zitiert nach Baran/Sweezy S. 184

18) Pentagon-Papiere, deutsche Ausgabe, Knauer München 1971 S. 20ff.

19) R. Nixon, Die amerikanische Außenpolitik für die siebziger Jahre, Bericht des Präsidenten an den Kongreß 18. Februar 1970 S. 4f. zitiert nach C. Schuhler, Nixons neue Friedensstrategie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/70 S. 456

20) Vgl. Pentagon-Papiere, S. 51-64

21) Vietnam History, Documents on a Major World Crises, Collection Penguin, London 1966, S. 248ff. zitiert nach J. Chesneaux

22) zitiert nach D. Halberstam, Vietnam, Rowohlt Hamburg 1965 S. 36

23) ebenda S. 166

24) Günther Anders, Der amerikanische Krieg in Vietnam, in: Das Argument 45, Dezember 1967, S. 352

25) ebenda S. 360

26) W. Heise, S. 215

27) vgl. W. Hofmann, Stalinismus und Antikommunismus, Suhrkamp 67 S. 138

28) Politisch soziale Korrespondenz, zitiert nach: Die Zeit 30. 12. 66

29) Hitler, Mein Kampf S. 69, S. 85f.

30) R. Lettau, US – Täglicher Faschismus, Hanser München 1971 S. 290

31) ebenda S. 275

32) ebenda S. 123

33) ebenda S. 240

34) vgl. Anders S. 364

35) Der Spiegel, 16, 1971 S. 105

36) Lettau, a.a.O. S. 230

37) Der Spiegel 49, 1969 S. 120

38) Lettau a.a.O. S. 210

39) ebenda S. 219

40) C. Schuhler, Nixons „Neue Friedensstrategie“ oder Das Globalkonzept des Imperialismus für die 70er Jahre, Blätter für deutsche und internationale Politik 5/70

41) Eugene V. Rostow, Die Zukunft der internationalen Gesellschaft, in: Kursbuch 14, 1968, S. 25ff.

42) C. Schuhler a.a.O. S. 460

43) ebenda

44) R. Nixon, a.a.O. S. 32ff.

45) vgl. C. Schuhler, S. 463f.

46) ebenda

47) vgl. C. Schuhler S. 464 ebenda



Ob Sie op, Pop, Jugendstil oder eine andere Richtung mögen, ob Sie Beat oder Jazz lieben, - old timer oder Omas Nickelbrille - ganz gleich. Es gehört zur heutigen Zeit, zu jungen Menschen und modernem Leben.

Daneben gibt es aber auch noch einige andere Dinge, die zur heutigen Zeit gehören. Z. B. gesicherter Schutz im Krankheitsfall. - Sorgen Sie vor für den Fall, daß Sie mal in Sorgen kommen könnten.

Den Studenten, die die Beamtenlaufbahn einschlagen wollen, bieten wir für die Dauer ihres Studiums einen umfassenden Versicherungsschutz durch unsere Sondertarife Ab zu einem für sie tragbaren Beitrag.

Sprechen Sie doch mal mit uns - auch über eine Lebensversicherung. In beiden

VERTRAUEN NUTZT - VERTRAUEN SCHÜTZT

Debeka Krankenversicherungsverein a.G.
Lebensversicherungsverein a.G.
HAUPTVERWALTUNG · 54 KOBLENZ · SUDALLEE 15-19

Auslandshilfe: Einfluß und Kontrolle

Die ökonomischen Hintergründe der US-Außenpolitik

Dies ist der Untertitel eines Buches von Harry Magdoff (USA), das 1970 im Verlag Neue Kritik, Frankfurt/Main, erschien. Der Titel des zirka 180 Seiten starken Buches ist: **Das Zeitalter des Imperialismus.**

Hier soll eine kurze Zusammenfassung der Hauptergebnisse dieser Arbeit gegeben werden. Damit soll auf die Notwendigkeit des Indochinakrieges der USA für ihre Großmachtpolitik und die Erhaltung des imperialistischen Systems hingewiesen werden.

Diese Zusammenfassung hat den Charakter einer Buchbesprechung. Deshalb sind die Kernpunkte relativ unvermittelt aneinandergereiht. Insbesondere die Nachweise für die aufgestellten Thesen sind erst mit dem eingearbeiteten Zahlenmaterial voll verständlich.

Einleitung

„Die vorliegenden Aufsätze wurden als Antwort auf Fragen geschrieben, die mir während und nach Vorlesungen an amerikanischen Colleges wiederholt gestellt wurden. Viele Studenten, die über die brutale und irrationale Eskalation des Vietnam-Krieges empört waren, begannen nachzufragen: Ist dieser Krieg eines allgemeineren und zusammenhängenden Schemas der Außenpolitik der USA oder handelt es sich nur um die Verirrung einer zufällig herrschenden Machtelite?“

Ferner stand die weitergehend Frage im Raum: Ist die Grundlage der amerikanischen Politik vielleicht eine Form des Imperialismus, des expansiven Kapitalismus?

Dagegen wird meist angeführt, die Exporte und Auslandsinvestitionen hätten nur einen geringen Anteil an der gesamten US-Wirtschaft. Dazu sagt Magdoff: „... die relativ kleine Summe, die jährlich im Ausland investiert wird, (sagt) nichts über die Bedeutung des akkumulierten Effekts von Auslandsinvestitionen (aus). Deshalb unterschätzt man den Einfluß der US-Industrie im Ausland beträchtlich, wenn man nur das jährliche Volumen des Waren- und Kapitalexports berücksichtigt.“

Offenbar hat die aggressive Außenpolitik der USA ihren Grund in der energischen Expansionspolitik der US-Industrie. Es wäre falsch hinter jeder politischen oder militärischen Entscheidung bloße Regeln der Kostenrechnung zu suchen. „Die Politik der Staatsausgaben ist mit dem strengen Abwägen von Kosten und Nutzen nicht zu vergleichen. . . Eine Regierung kann Milliarden ausgeben, die von der gesamten Bevölkerung aufgebracht werden, um eine Bananenrepublik zu beherrschen, selbst wenn die erreichte Kontrolle lediglich Millionenprofite für ein oder zwei Unternehmen sichert. Die imperialistische Wirklichkeit geht über das unmittelbare Interesse des einzelnen Investors hinaus: Absicht ist, möglichst große Teile der Welt für den Handel und die Investitionen der großen internationalen Unternehmen offen zu halten. Dort, wo es zwischen den Industrien verschiedener Länder konkurrierende Interessen gibt, ist es das Ziel jeder Regierungspolitik, ihre Einflußsphäre im Ausland ständig zu erweitern. Von der militärischen Okkupation bis zu informellen Beeinflussungstechniken wird sich die Methode der Kontrolle je nach den Umständen und dem ‚realistischen‘ Urteil politischer und militärischer Führer verändern.“

„Der Machtkampf der industrialisierten Nationen um die direkte und indirekte Kontrolle über ökonomisch rückständige Gebiete ist jedoch nur eine Phase des ökonomischen Kampfes.“ „Der hohe Lebensstandard und die große Menge an akkumuliertem Kapital in Westeuropa stammen aus der vergangenen und gegenwärtigen Ausbeutung der kolonialen und halbkolonialen Länder. Wenn das US-Kapital in die Mutterländer (die ehemaligen Kolonialmächte) eindringt, kann es einen Teil dieser Gewinne abschöpfen; es profitiert a) von den erweiterten Konsumgütermärkten in Westeuropa und b) von der Möglichkeit, die Handelsbeziehungen dieser Metropolen zu den abhängigen Ländern auszunutzen. Es steht außer Frage, daß der Wunsch nach höheren Profitraten und einem größeren Profitvolumen die Antriebskraft für wirtschaftliche Unternehmungen ist. Daher sind „die kapitalistischen Unternehmer und das kapitalistische System insgesamt darauf angewiesen, daß die Alternative der Auslandsinvestitionen und des Außenhandels erhalten bleibt.“

Der neue Imperialismus

Hier beschreibt Magdoff die Entwicklung wichtiger Industrien (Stahl, Elektrizität, chemische Industrie, Erdöl usw.) und die Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Unternehmen. Ferner wird die historische Entwicklung des Imperialismus und der Kolonien behandelt.

Auf der Leninschen Imperialismustheorie aufbauend wird der neue Imperialismus mit drei neuen Merkmalen beschrieben: „1. der Übergang vom Kampf um die Aufteilung der Welt zum gemeinsamen Abwehrkampf gegen die Verkleinerung des imperialistischen Einflußbereichs; 2. die Rolle der USA als Organisator und Führer des imperialistischen Systems; 3. das Entstehen einer Technologie, die internationale Züge trägt.“ Zur Herrscherrolle der USA sagte einmal Dean Rusk:

Die USA werden „nicht deshalb kritisiert . . . , weil sie ihre nationalen Interessen dem internationalen Interesse opfern, sondern weil sie bestrebt sind, dieses internationale Interesse auch anderen Nationen aufzudrängen. . . Ich denke, diese Kritik ist ein Zeichen der Stärke — unserer Stärke und der Stärke der internationalen Ordnung.“

Die Beschaffung von Rohstoffen ist ein Hauptpunkt imperialistischer Politik. Besonders wichtig sind strategische Materialien (zum Beispiel Rohstoffe zum Flugzeugbau, für Atomreaktoren). Drei Viertel dieser Mittel, die auf Vorrat gehalten werden, kommen aus unterentwickelten Gebieten. Das International Development Advisory Board stellte dazu fest:

„Ginge durch ein Angriff eine dieser Versorgungsstellen verloren, so wäre das ein schwerer militärischer Rückschlag.“

Das Finanzsystem

„Die US-Banken dringen auf drei Wegen in Ausländermärkte ein:

1. Ausländische Banken werden als Geschäftsbanken benutzt. Sie nehmen Transaktionen im Namen der US-Bank vor. Dies wird durch Eröffnung von Büros in einigen ausländischen Städten unterstützt. . .
2. Filialen werden eingerichtet, die alle Bankgeschäfte tätigen können. . .

3. Tochtergesellschaften (bzw. Zweigbanken) werden gegründet. Sie kaufen sich in ausländische Banken ein, errichten Bank- und Finanzinstitute im Ausland und investieren weit über den Rahmen des Bankgeschäfts hinaus.

Geschäftsbanken und Auslandsbüros dienen dem Service für Handelspartner der USA – aber erst ein System von Zweigbanken eröffnet neue Geschäftsmöglichkeiten. Zweigbanken können von den internationalen Aktivitäten der USA besonders profitieren: dem Geld, das die US-Streitkräfte im Ausland ausgeben, den Geldern der Auslandshilfe, die auf Banken angelegt werden und dem mit privaten Auslandsinvestitionen verbundenen Bankgeschäft. Durch Zweigbanken, die mit den lokalen Banken und den Filialen anderer internationaler Bankensysteme konkurrieren, wird ein Anteil am internationalen Bankgeschäft gesichert.“

Ein wichtiges Element der internationalen Finanzpolitik war der Dollar als Leitwährung.

„Der zentrale Punkt des Netzes der ökonomischen Beziehungen zwischen den großen Industrienationen und zwischen ihnen und dem Rest der imperialistischen Welt liegt in der geballten finanziellen Macht des internationalen Kreditmarktes. Der Geldmarkt ist . . . das Herz des kapitalistischen Systems. In den Industrienationen kann die finanzielle Macht der Banken und der anderen Institutionen des Kreditmarktes Zahlungsbilanzschwierigkeiten abfangen oder zumindest mildern; sie dient auch dazu, die unterentwickelten Länder auf dem derzeitigen Stand als Rohstofflieferanten zu halten. Das entspricht nicht geheimen, finsternen Plänen, sondern den normalen Selbsterhaltungstendenzen des Kapitals.“

Entwicklungshilfe und Außenhandel

Entscheidend für die Weltmachtstellung der USA sind Privatinvestitionen im Ausland, Militärausgaben und Auslandshilfe. John F. Kennedy erklärte die Bedeutung der Auslandshilfe so:

„Die Auslandshilfe ist ein Mittel, mit dem die USA Einfluß und Kontrolle auf der ganzen Welt ausüben und viele Länder unterstützen, die sonst zusammenbrechen oder dem Kommunismus anheimfallen würden.“

Die verschiedenen Formen der Auslandshilfe charakterisiert Magdoff folgendermaßen:

1. Unterstützung der weltweiten militärischen und diplomatischen Aktivitäten der USA.
2. Stärkung einer Politik der ‚offenen Tür‘, die den freien Zugang zu Rohstoffen, Handels- und Investitionsmöglichkeiten für die US-Großindustrie sichert.
3. Verhinderung eines Abschwenkens der unterentwickelten Länder vom kapitalistischen Weg der Wirtschaftsentwicklung.
4. Erlangen von unmittelbaren Vorteilen für US-Unternehmer, die Handels- und Investitionschancen suchen.
5. Verstärkung der Abhängigkeit der Empfänger gegenüber dem US- oder einem anderen Kapitalmarkt. Die Verschuldung der Länder, die Auslandshilfe erhalten, perpetuiert ihre Knechtschaft und die Herrschaft der Metropolen.“

Die USA lassen sich ihre Bündnissysteme und Beistandspakte wie Cento, Seato

die Verhältnisse in ihrem Land – im Sinne der USA – stabilisierende Wirkung erhofft.

Im Rahmen der AID-Programme (AID= Agency for International Development) werden die Regierungen der unterentwickelten Länder gezwungen, ihre Rohstoffmärkte zu günstigen Bedingungen den USA zu öffnen sowie mit den Hilfgeldern bei US-Firmen einzukaufen. Selbst der Transport von Waren soll auf US-Schiffen erfolgen. Außerdem werden Abkommen über den Schutz vor Verstaatlichung und für Steuervergünstigungen zugunsten von US-Unternehmen erpreßt.

Der machtpolitische Charakter der Entwicklungshilfe wird wie folgt beschrieben: „Der Schuldendienst (für Entwicklungshilfegelder bzw. Darlehen) – Zinsen und Tilgung – verschlingt einen Teil der künftigen Exporte (der unterentwickelten Länder), die an sich zur Finanzierung notwendiger Importe gebraucht würden. Daher sind weitere Darlehen nötig, um die notwendigen Importe zu bezahlen.“

„Der IWF (Internationale Währungsfonds) sorgt wie eine Kolonialverwaltung für die Einhaltung der Spielregeln.“

Zusammenfassend: „Im Endeffekt handelt es sich in den USA, wie in den anderen imperialistischen Zentren, um eine Einheit von inländischem Wirtschaftsprozess, ausländischen Aktivitäten von Industrieunternehmen und Banken, militärischer Präsenz und weltweiter Diplomatie.“

Das amerikanische Weltreich und die US-Wirtschaft

- a) die Auslandsinvestitionen werfen in der Regel höhere Profite ab als Inlandsinvestitionen. Sie sind Stützpunkte für die Erschließung neuer Märkte.
- b) Die Rückführung von Gewinnen, die in den unterentwickelten Ländern gemacht wurden, übersteigt die Investitionen dort um das drei- bis vierfache.
- c) Die Forcierung der Militärausgaben, die ohnehin nur den großen leistungsstarken und forschungsintensiven Unternehmen zugute kommt, hilft unter anderem bei der Subventionierung von zivilen Forschungsprojekten oder gar beim Auffangen von kleineren Konjunkturschwankungen.

Men like its
flavor Women
love its aroma

RUM
and
MAPLE
PIPE
MIXTURE

2.50

Gratismuster *PLANTA* Berlin 61

usw. sowie ihre Stützpunkt- und Pachtverträge schon etwas kosten. Ebenso werden Regierungen entschädigt, die Truppen für Vietnam bereitstellen. Außerdem legt man auf die Ausbildung von Militär und Polizei im Rahmen der AID- oder Militärabkommen großes Gewicht, da man sich von ihnen eine auf

Motto der US-Air Force: „Research – The Key To Aerospace Superiority“

In den Sechziger Jahren wurden die Rüstungsausgaben in den USA mit der Eskalation des Vietnam-Krieges enorm gesteigert. Was allerdings auch den umgekehrten Schluß zuläßt: daß nämlich der Vietnam-Krieg wegen der gesteigerten Rüstungsproduktion eskaliert wurde.

Die Herstellung von Kriegsmaterialien erfüllt in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine bedeutende Stabilisierungsfunktion.

Ständige Kapitalinvestitionen in Produktionsstätten zur Herstellung von Konsumgütern führen periodisch zu einem Überangebot an Waren, führen zu einer Überproduktionskrise (die bürgerliche Volkswirtschaft spricht dann von der „Sättigung des Marktes“). Vermeiden lassen sich derartige Krisen durch zeitweilige Verlagerung großer Teile der Investitionen auf den Rüstungssektor. Denn Rüstungsgüter (Waffen und anderes) werden vernichtet — sie belasten nicht den „Markt“ —, sondern sie landen in der Regel auf überdimensionierten Schrottplätzen, wie Vietnam einer ist.

Dieser Artikel beschäftigt sich nunmehr mit den Folgen für die Wissenschaft. Rüstungsproduktion ist nicht denkbar ohne Rüstungsforschung. Denn was die eigenen Labors liefern, ist bald überholt, wenn es die „andere Seite“ erst einmal kennt.



Im ganzen Komplex der modernen Rüstung und der Kriegsproduktion im Kapitalismus hat Forschung und Entwicklung (F & E) zwei Funktionen, die sich gegenseitig vorantreiben und ergänzen. Einerseits dient sie dazu, das Töten und Vernichten effektiver zu machen, um wenn ökonomisch oder politisch der Herrschaftsanspruch nationaler oder internationaler Kapitalinteressen nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, ihn mit möglichst überlegenen Mitteln mit offener Gewalt durchzusetzen, wie es zum Beispiel in Vietnam und Kambodscha geschieht und zum Beispiel im Libanon, in der Dominikanischen Republik, im Kongo, in Lateinamerika geschehen ist. Andererseits bringt gerade die wissenschaftliche Weiter- und Neuentwicklung von Waffensystemen und militärischen Strategien das ökonomisch entscheidende Moment des „Veraltens“ der militärischen Ausrüstung hervor und produziert damit die „Notwendigkeit“ ständiger Neuinvestitionen auf dem Rüstungssektor.

Größenordnungen wissenschaftlicher Forschung und Entwicklung (F & E) in den USA

Am deutlichsten zeigt sich diese im Profitinteresse pervertierte Wissenschaft in den USA. Mit relativer Konstanz lassen sich für die letzten acht Jahre in den Vereinigten Staaten von Amerika folgende Daten angeben:

Etwa 62% der gesamten F & E-Aufwendungen werden aus dem Bundeshaushalt und etwa 33% von der Industrie bezahlt, der Rest kommt aus Stiftungen und so weiter. Die Aufgliederung nach Verbrauchern dieser Summe (1968 circa 25 Milliarden Dollar) sieht erheblich anders aus: Staatliche Forschungsinstitutionen verbrauchten (1968) 14%, Hochschulen 13%, sonstige Institutionen 4% und der Löwenanteil von 69% wurde in ebenso unkontrollierten wie profitträchtigen Industrielabors verbraucht. Mehr als die Hälfte der Industrieforschung wird also direkt staatlich finanziert. Diese Verhältnisse haben sich in den Fünfziger und Anfang Sechziger Jahren entwickelt (1952 wurden noch 62% der gesamten F & E-Aufwendungen der USA von der Industrie selbst bezahlt) und haben sich in den letzten Jahren nur wenig geändert.

Vom gesamten staatlichen F & E-Etat sind wiederum circa 55% für die Rüstung direkt bestimmt. Allerdings ändert sich diese Zahl noch wesentlich zuungunsten ziviler Projekte, wenn man berücksichtigt, daß die F & E-Ausgaben für die Raumfahrt und die Atomforschung, die zwei nächstgrößten F & E-Etat-Posten, ebenfalls überwiegend militärischen Charakter haben. Auch bei dieser Zahl muß noch der hauptsächlich militärische Charakter der Raumfahrt- und Atomforschung berücksichtigt werden. Unter diesen Bedingungen ist der Schluß zu ziehen, daß zwei Drittel bis drei Viertel der amerikanischen Wissenschaftler und Ingenieure in militärisch wichtigen Berufen tätig sind, und daß 58% der F & E-Arbeiten der amerikanischen Industrie im Jahre 1962 auf vornehmlich von der Bundesregierung unterstützte Arbeiten für den militärischen Sektor entfielen.

Das Interesse der US-Konzerne für die Rüstungsforschung

Der überproportionierte Rüstung-F & E- (und natürlich auch Produktions-)Sektor hat einerseits die schon oben angegebenen ökonomischen und machtpolitischen Stabilisierungsfunktionen. Andererseits lösen die staatlichen Rüstungs-F & E-Ausgaben für die einzelnen Konzerne das Problem der existenznotwendigen, aber mit hohen Risiken belasteten teureren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten. Die großen Konzerne in den USA finanzieren einen erheblichen Teil ihrer Forschungsabteilungen über Rüstungsaufträge und können die dort erarbeiteten Ergebnisse, das Personal und die Geräte, wenn auch in beschränktem Umfang, für ihre zivile Produktion verwenden. Das „unternehmerische Risiko“ wird auf diese Weise auf den Steuerzahler abgewälzt, während die Unternehmen einmal die meist überdurchschnittlichen Profite aus den staatlich finanzierten Rüstungsaufgaben privat einstreichen und zum anderen als „Abfallprodukt“ noch einen großen Teil ihrer zivilen F & E finanziert bekommen. Dieser gesamtwirtschaftlich außerordentlich unproduktive — und damit fortschrittshemmende — Umweg zivilen technischen Fortschritts über Rüstungsforschung ist für die einzelnen Unternehmen gleichgültig oder sogar vorteilhaft, denn für sie ist der einzig gültige

Wertmaßstab der Gewinn und natürlich die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsform selbst.

Die Rüstungs-F & E löst im übrigen das für jede kapitalistische Wirtschaft schwierige Problem der Privatisierung und Monopolisierung des eigentlich für alle verfügbaren ‚know how‘ durch den Mechanismus der militärisch legitimierten Geheimhaltung.

Die Militarisierung der Universitäts-wissenschaft

Es ist offensichtlich, daß in einem Land, in dem weit über die Hälfte der Staatsausgaben für Rüstung bestimmt sind, in den ein bis zwei Drittel aller F & E-Ausgaben direkt oder indirekt für militärische Zwecke ausgegeben werden, kaum noch ein Bereich der Wissenschaft in der Wahl seiner Schwerpunkte frei ist vom Interessendruck militärisch/industrieller Machteliten. Für den Bereich der in den USA circa 70% aller F & E-Mittel verbrauchenden Industrie braucht das nicht weiter erläutert werden.

Wie steht es nun mit dem Universitätsbereich, der zwar in den letzten Jahren mit circa 13% der F & E-Ausgaben einen relativ kleinen Anteil an der gesamten F & E hat – 1968 circa 3,2 Milliarden Dollar – dem jedoch wegen seiner Bedeutung für die Ausbildung von Wissenschaftlern und Ingenieuren, sowie für die Grundlagenforschung eine Schlüsselposition für die F & E zukommt. Das haben auch – neben den Industriellen – vor allem die damit eng verknüpften militärischen Kreise erkannt. – Man spricht in den USA daher nicht nur vom „Military-Industrial-Complex“ sondern inzwischen auch vom „University-Military-Complex“, oder auch von „America's Fourth Armed Service – the Military Research Network“ (Amerikas vierte Teilstreitkraft – das militärische Forschungssystem).

Diese Entwicklung der Militarisierung der Wissenschaft an den Universitäten wurde zu Anfang der Sechziger Jahre verstärkt durch die Kennedy-Administration vorangetrieben. Sie steht im Zusammenhang mit der Eskalation der US-Agression gegen das vietnamesische Volk. So teilte Anfang 1961 Präsident Kennedy dem Kongreß mit, daß „Special Forces and Unconventional Forces“ verstärkt und deren Ausbildung verbes-

sert würden, und wenig später wurde auch die wissenschaftliche Entwicklung von Spezialwaffen für den „Anti-Guerilla-Krieg“ und von politischen, sozialen und militärischen „Befriedigungsstrategien“ („Counterinsurgency“) eingeleitet.

Ebenso besteht ein Zusammenhang mit der verstärkten US-Militärhilfe für andere feudalistische bis faschistische Regimes allenthalben in Lateinamerika, Asien und Afrika zur Aufrechterhaltung der neokolonialen Einflußsphäre der USA, die von nationalen Volksbefreiungsbewegungen zunehmend bedroht wurde. Ein weiterer Zusammenhang besteht mit den ersten Weltraumerfolgen der UdSSR, die von den interessierten Kreisen des US-Kapitals in einer nationalen Hysteriekampagne zur massiven Erhöhung des Rüstungsforschungsetats benutzt wurden. In diesem politischen Klima formulierte John A. Hannah, Präsident der Michigan State University vor einer Versammlung in der Universität 1961 in einem programmatischen Satz die Funktion der amerikanischen Universitäten wie folgt:

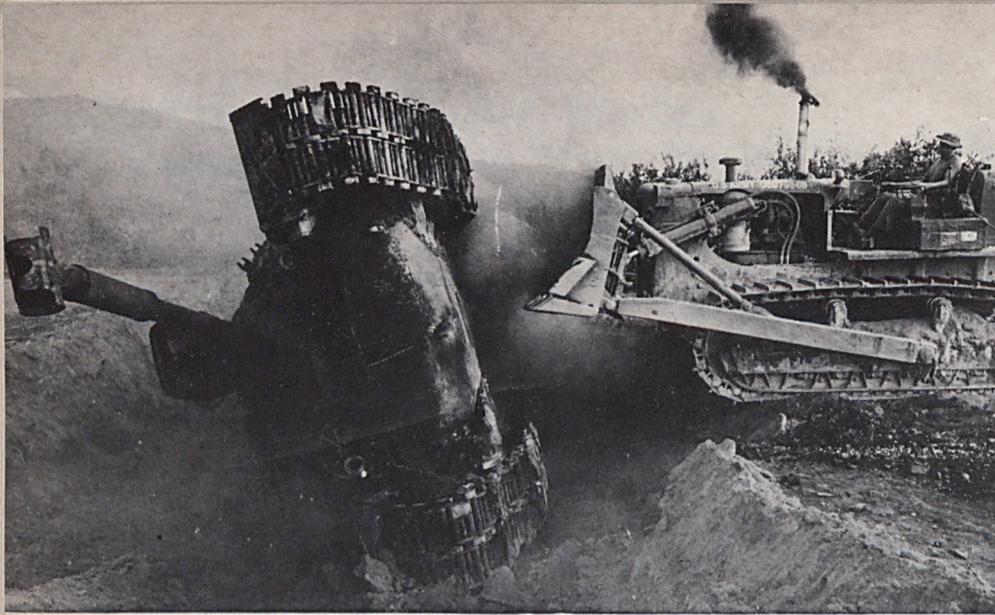
„Unsere Oberschulen und Universitäten müssen als Bollwerke unserer Verteidigung angesehen werden, ebenso wichtig für die Erhaltung unseres Landes und unserer Lebensweise wie Überschallbomber, Atom-

gerüstete U-Boote und ballistische Interkontinentalraketen.“

Sprüche dieser Art sind typisch für die zum Element gewaltsamer (physisch oder auch psychisch) Herrschaftssicherung für die winzige Großkapitalistenclique verkommene Wissenschaft nicht nur in den USA. Hand in Hand mit diesen politischen Entwicklungen und mit solchen Äußerungen der Vorkämpfer des kalten wie des heißen Krieges ging die scharfe Steigerung des Rüstungs-F & E-Anteils am gesamten Rüstungshaushalt von 22,4% (1960) auf 30,3% (1961, ebenso in den folgenden Jahren). Der Prozentanteil der Rüstungsaufgaben am Staatshaushalt blieb zwar etwa konstant bei circa 57% beziehungsweise hatte bis Mitte der sechziger Jahre eine prozentual leicht rückläufige Tendenz, aber das wurde überkompensiert durch eine schnelle Steigerung der Raumfahrt-ausgaben, deren zu über 90% militärischer Charakter kaum verhüllt ist. – Übrigens wurde die für die „Belange der militärischen Stärke“ so aufgeschlossene Haltung des Universitätspräsidenten John A. Hannah bis heute hoch belohnt durch den Direktorposten bei der staatlichen „Agency for International Development“ (AID). Diese dem Namen nach der „Entwicklungshilfe“

Angewandte Wissenschaft





dienende Institution ist neben dem CIA eine der Zentralen neokolonialer Unterdrückung, denn sie organisiert das gewaltige Waffengeschäft, aus dem die US-Entwicklungshilfe heute zu mehr als 50% besteht, zur Unterstützung und „Entwicklung“ der feudalistischen oder faschistischen Regime in vielen Ländern der Dritten Welt. Unter anderem werden die Waffenlieferungen nach Laos, die der Bekämpfung der Befreiungsbewegung „Pathet-Lao“ durch vom CIA geführte Söldnertruppen dienen, über die AID abgewickelt.

Organisationsstruktur der Militärforschung in den USA

Infolge dieser Expansion der Kriegsforschung in den USA haben sich einige charakteristische Strukturen der Kriegs-F & E-Organisation und ihres formellen und informellen Verbundes mit dem „Military-Industrial-Complex“ herausgebildet:

Über „wissenschaftliche Beratergremien“ sind Repräsentanten der Universitätsforschung direkt an der Planung neuer Strategien und Waffensysteme, sowie an der Vergabe der dazu gehörigen F & E-Aufträge an Industrie, bundeseigene und „non-profit“-Forschungsinstitutionen und an Universitäten beteiligt. Die Mitglieder dieser Gremien, die für das Weiße Haus, das Pentagon und die drei Teilstreitkräfte jeweils gesondert existieren, erfreuen sich des Zugangs zu den Entscheidungszentren der Regierung.

„Sie sollen periodisch die Möglichkeiten für radikal neue Waffensysteme untersuchen, die sich aus neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen ergeben.“

(Department of Defense 1956)

Weil sie in beidem – der Universität und in militärischen Gesellschaften – tätig sind, können diese Gremien als repräsentativ für den University-Military-Complex betrachtet werden. Sie leisten der Regierung entscheidende Dienste indem sie

- das Pentagon über neue wissenschaftliche Entdeckungen, die für die Waffenentwicklungen anwendbar sind, informieren;
- Wissenschaftler aussuchen, die am besten für eine spezifische Forschungsaufgabe geeignet sind;
- begabte fortgeschrittene Studenten für militärische Forschungsprojekte rekrutieren;
- ein Reservoir an wissenschaftlicher Arbeitskraft bereitstellen für die Arbeit an militärischen Projekten.

Die Ergebnisse dieser Tätigkeiten werden zwischen Pentagon und Universitäten entweder durch Institutionen wie die „Advanced Research Projects Agency“ (ARPA) oder durch informelle Beziehungen zu den Universitäten oder deren Kuratorien, in denen derselbe Personenkreis wie in den Beratungsausschüssen dominiert, vermittelt.

Die Zentralisierung und Expansion der militärischen Großforschungszentren

Es hat sich im Laufe der Jahre eine starke Konzentration der Rüstungs-F & E-Mittel auf die „Federal Contract Research Centers“ (FCRS's) und auf die „Department of Defense Information and Analysis Centers“ (DoDIAC's) ergeben. Diese Zentren sind entweder direkt zu Universitäten gehörende Institute – zum Beispiel das Los Alamos Scientific Laboratory der Universität von Kalifornien mit 3750 Beschäftigten und einem laufenden Etat (1966) von 97 Millionen Dollar, in dem Atomwaffen entwickelt werden – es gibt noch 22 solcher Großkriegs-F & E-Zentren direkt an Universitäten; oder man hat selbständige, höchstens lose mit Universitäten verbundene „Non-Profit Research Organizations“ eingerichtet. Eins der bekanntesten Beispiele dafür ist die „Rand Corporation“ in Santa Monica, Kalifornien. Dort sind 1100 Personen tätig, und zwei Drittel des 22 Millionen-Dollar-Etats stellt die Air Force zur Ver-

fügung, für Forschung über Raketenantriebe, Raumstationen, Interkontinentalraketen und über Guerillakriegführung. Der Vorsitzende des Kuratoriums dieser Gesellschaft ist die Vizepräsident der Standard Oil Co. of New Jersey. In der letzten Zeit haben sich zwar einige Hochschulen von direkten Forschungs-kontrakten mit dem Pentagon zurückgezogen, allerdings sah dieser „Rückzug“ zum Beispiel der Columbia- und der Cornell University so aus, daß man die Zentren der Kriegsforschung einfach organisatorisch von den Universitäten trennte und zu „selbständigen“ Non-Profit-Forschungsinstitutionen erklärte. Diese neuen Non-Profit-Organisationen sind als Universitäten ohne Studenten, das heißt, ohne Lehrverpflichtungen, ohne Kontrolle durch die Universität oder gar durch die Studenten konzipiert. Neben „full-time“-Forschern – etwa Doktoranden – arbeiten dort Wissenschaftler der Universität als Teilzeitforscher („part-time researchers“), weil dort mehr Mittel vorhanden sind, aus denen sich dann immer wieder einzelne Forschungskontrakte für Universitätsinstitute ergeben.

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Washington erhielten die 500 größten militärischen Kontraktnehmer (Universitäten und Non-Profit Organisationen) im Haushaltsjahr 1968 etwa 665 365 000 Dollar. Davon waren etwa 235 Millionen Dollar für Non-Profit-Organisationen bestimmt. Es sind dies nur Kontrakte über 10 000 Dollar im Jahr. Allerdings ergeben die 430 Millionen Dollar Kriegs-F & E-Gelder für die Universitäten (das sind etwa 14% der gesamten F & E-Gelder, die den Universitäten zur Verfügung stehen) ein schiefes Bild über den Umfang der militärisch orientierten Forschung an US-Universitäten. Abgesehen davon, daß die große Menge der kleineren Aufträge fehlt, und daß auch militärische Aufträge, die über Raumfahrt- und Atomforschungsetat finanziert werden, hier nicht auftauchen und auch nur sehr schwer zu ermitteln sind, fehlen hier vor allem die Sekundäraufträge, die aus den Milliarden-Aufträgen des Pentagon an die Industrie von dieser wiederum an die Universitäten vergeben werden.

Zur Verdeutlichung dieses ungeheuren, nicht ohne Absicht unübersichtlichen, im Halbdunkel liegenden Systems der direkt militärisch orientierten Forschung der

USA ein Zitat aus dem „Hearing before the Committee on Foreign Relations, United States Senate, 90th Congress, 2nd Session, May 9, 1968“ über „Defense Department Sponsored Foreign Affairs Research“:

„Senator Mundt:

Wieviele Gruppen, würden Sie sagen, forschen für das Verteidigungsministerium? Sie könnten dem Ausschuß eine Liste darüber zukommen lassen.

Mr. MacArthur (ein Vertreter des Verteidigungsministeriums):

Die Zahl der Organisationen, mit der das Verteidigungsministerium zusammenarbeitet, liegt in der Größenordnung von Tausenden.

Der Vorsitzende (Senator Fulbright):
Tausende?

Senator Mundt:

Sie meinen Forschung?

Mr. MacArthur:

In F & E, in Forschung und Entwicklung.

Senator Mundt:

Tausende?

Mr. Mac Arthur:

Tausende. Darin sind auch eingeschlossen die privaten profitorientierten Organisationen, die Primär und Unterkontrakte haben.“

Der Industrie und den Militärs ist allerdings die Indienstnahme der Universitäten für die Zwecke ihrer permanenten militärisch zu sichernden neokolonialen Ausbeutung in der Dritten Welt und für die Zwecke der Profitsicherung keineswegs umfangreich genug. Aus diesem Grunde wurde 1967 das Projekt „Themis“ vom Verteidigungsministerium ins Leben gerufen, um

„neue Gelegenheiten für verteidigungsbezogene Forschungsvorhaben zu erhalten, an Universitäten, die bisher noch nicht so sehr mit Forschungsarbeiten für die Bundesregierung beschäftigt sind.“

(Aus einem Brief des Director of Defense Research and Engineering an Senator J. W. Fulbright vom 17. 1. 1968). Der Etat für dieses Projekt betrug 1967 20,5 Millionen Dollar stieg dann 1968 auf 27 Millionen Dollar und 1969 auf 36 Millionen Dollar. Dieses Programm mit seinen bisherigen Steigerungsraten

von fast 35% soll keineswegs andere Programme ersetzen, sondern soll zusätzliche Forschungskapazitäten an den Universitäten für militärische Belange gewinnen. Das geht ganz klar aus einer Grundsatzklärung des Deputy Director of Defense Research and Engineering Dr. D. M. Mac Arthur vor dem „National Council of University Research Administrators“ hervor, in der es heißt:

„Es (das Projekt Themis) ist ein Zusatz zu unseren bestehenden Universitäts-Forschungsprogrammen und kein Ersatz für sie.“

Die „Austrocknung“ ziviler Forschungsmöglichkeiten

Die bestehende Universitäts Kriegs-F & E zeichnet sich durch ein großes Maß von Konzentration sachlicher und personeller Mittel in wenigen Universitäts-Großforschungszentren aus, während die Masse der kleinen und mittleren Universitäten nur Kleinaufträge erhalten oder leer ausgehen. Das wiederum droht zu einer wissenschaftlichen und personellen „Austrocknung“ dieser Hochschulen zu führen, denn selbst wenn das Verteidigungsministerium nur cirkt ein Drittel der Universitäts- und der dort assoziierten Forschung (in FCRC's) fördert, so sind damit die militärischen Stellen bei weitem die größten Einzelgeldgeber und können in einzelnen FCRC's und Universitätsinstituten ein so großzügig angelegtes Forschungspotential mit den teuersten und besten Großgeräten und auch mit den besten Wissenschaftlern aufbauen, was nirgendwo sonst noch auf den wichtigsten Wissenschaftsgebieten geleistet werden kann. Dadurch sinkt das wissenschaftliche Niveau der anderen Universitäten, was wiederum die Entfaltung ziviler Forschungsvorhaben stark einschränkt. Zivile Forschungsvorhaben durch Aufträge an oder mit „Abfallergebnissen“ von solchen militärisch orientierten Forschungszentren voranzutreiben, ist nahezu unmöglich, einmal weil keines dieser Zentren zu weniger als 85%, viele aber zu 99% durch zivil kaum verwendbare militärische Forschungen ausgelastet sind, und zum anderen durch die Geheimhaltung zumindest wichtiger Teile der dortgewonnenen F & E-Ergebnisse wird ihre aktuelle Verwendung unmöglich gemacht. Auch wenn diese militärischen F & E-Institutionen zunehmend Programme aus dem sozialwissenschaftlichen

Bereich bearbeiten, deutet das nicht auf eine zivile fortschrittliche Forschungsperspektive hin, sondern eher auf eine konsequente Nutzung aller Wissenschaften.

Es ist keineswegs so, wie oft von den Verteidigern der US-Militärforschung behauptet wird, daß die großen militärischen Stellen finanzierten „Denkfabriken“ sich frei beliebige Probleme zur Lösung aussuchen können, und daß dann erst bei den Ergebnissen die „Entscheidung über zivile oder militärische Anwendung“ fällt, sondern jede Forschung, die dort betrieben wird, muß von vornherein auf militärische Belange bezogen sein. Dazu als Beleg eine Passage aus dem schon zitierten Senats-Ausschuß-Hearing:

„Senator Mundt:

Nehmen wir die Rand Corporation.

Wenn Sie ihr einen Betrag von x Dollar geben, sind diese Dollars dafür bestimmt, daß Rand ein bestimmtes Problem analysiert, oder geben Sie ihr einfach das Geld und sagen: „Fangt an nachzudenken?“

Dr. Forster (Direktor der Verteidigungsforschungs- und Entwicklungsabteilung des Pentagon):

Oh nein, Senator Mundt, die Rand Corporation erhält ihre Zuwendungen in erster Linie von der Air Force und einige zusätzliche Mittel aus Kontrakten mit der ARPA (eine Forschungs-Vermittlungsstelle des Verteidigungsministeriums; d.R.) oder vom Amt des Staatssekretärs im Verteidigungsministerium für Frage der internationalen Sicherheit.

Senator Mundt:

Sind alle Kontrakte spezifischen Problemen gewidmet?

Dr. Forster:

Alle Studienkontrakte des Verteidigungsministeriums sind spezifischen Problemen gewidmet. Die Kontrakte der Air Force laufen im allgemeinen im Rahmen einer langfristigen Vereinbarung zwischen der Air Force und Rand, um Studien auf Interessengebieten der Air Force anzufertigen; gelegentlich werden auf Wunsch spezielle Anforderungen der Air Force berücksichtigt. Aber Rand hat auch eine beträchtliche Freiheit, sich Probleme auszusuchen und Fragen zu formulieren, von denen sie meint, daß sie von besonderem Interesse für die Air Force und für andere Abteilungen des Verteidigungsministeriums sind.“

Die Stiftungen: Ein Instrument des Imperialismus

Die Auslandsforschung der USA

Die militärischen Stellen der USA betreiben aus mehreren Gründen ihre Kriegsforschung auch außerhalb der USA selbst. Dazu ein Auszug aus dem Bericht des schon oben zitierten Dr. Forster vor dem Außenpolitischen Ausschuß des US-Senats:

„... Sie können sehen, daß unsere Forschung (im Ausland durch Ausländer, d.R.) in den letzten Jahren um mehr als 50% zurückgegangen ist — wegen ihres Zusammenhangs mit dem US-Zahlungsbilanzproblem. Ich möchte dieses Programm nun diskutieren. . . Die vom Verteidigungsministerium unterstützten Projekte an ausländische Forschungsinstitutionen, gewöhnlich akademische Gruppen oder Individuen, können in beinahe jedem Forschungsgebiet liegen, das für die Verteidigung nützlich ist. Praktisch liegen alle Arbeiten jedoch auf den Gebieten der Medizin, Physik und der Umwelt-Wissenschaften. . . Alle Bemühungen werden außerordentlich sorgfältig ausgesucht. Jeder (Forschungs-)Vorschlag muß eine oder mehrere der folgenden Vorbedingungen erfüllen:

(a) eine einzigartige Forschungs-idee;
(b) eine einzigartige günstige Gelegenheit und/oder (c) eine einzigartige Umweltsituation. Das vergangene und das laufende Programm auf diesem Gebiet ist völlig klar. Wir erhalten unangeforderte Vorschläge — weit mehr, als wir unterstützen können — und diese werden auf technische Annehmbarkeit und auf irgendwelche politische Implikate hin überprüft. . . Wenn wir gezwungen würden, unser Auslandsforschungsprogramm abzubrechen, aus politischen Gründen, würden die USA nicht mehr das Wohlwollen bedeutender Forscher der ganzen Welt haben. Die USA haben kein Monopol auf Originalität in Wissenschaft und Technologie! Es ist auch nicht möglich, alle notwendige Verteidigungsforschung und -entwicklung in den USA durchzuführen. . . In der NATO zum Beispiel war die vereinte Verteidigungs-F & E effektiv bei der Erhaltung der Verbindung zur europäischen wissenschaftlichen und technischen Gemeinschaft. . . Daher legen wir Wert darauf, ein höchst selektives ausländisches Forschungsprogramm beizubehalten, das mit unserem Nutzen zusammenfällt und die Billigung des Außenministeriums erhält.“

Stiftungen sind bekannt als Organisationen, die vor allem durch die Förderung der Wissenschaft dem Wohl der Gesellschaft zu dienen vorgeben. Die bekannteste Einrichtung dieser Art in der BRD ist die Stiftung Volkswagenwerk. Ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen machen die Stiftungen zu bedeutenden Faktoren in der Gesellschaft. So steht im Bericht 1970 der Stiftung Volkswagenwerk: „Sie verfügt über ein eigenes Kapital (eine Milliarde DM), ist unabhängig vom Staat und autonom in ihren Entscheidungen.“ Sie kann somit schalten und walten wie sie will. In der BRD gibt es — wie überhaupt in Europa — im Vergleich zu den Vereinigten Staaten allerdings nur wenige Stiftungen. Dort sind die Stiftungen (Foundations) wesentliche Elemente in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik, zumal sie mit ihrer Arbeit meist an neuralgischen Punkten ansetzen. Um die Funktionsweise von Stiftungen zu verdeutlichen, sind hier einige Punkte über Geschichte und Funktionsweise von US-Stiftungen zusammengestellt.

(Der Artikel basiert auf dem Beitrag „Die Stiftungen: Ein Instrument des Imperialismus“ im Sozialistischen Jahrbuch 3, das beim Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, als Rotbuch 28 kürzlich erschien. Der Artikel ist nicht zu verstehen als Rezension herkömmlicher Art; vielmehr sind wesentliche Punkte herausgegriffen, die im Zusammenhang mit dem Hauptthema dieser Ausgabe der dsz stehen und die anknüpfen an den Artikel „Counterinsurgency — Sozialwissenschaft und Imperialismus“ in der dsz 120–21 vom Juni 1971.)

Das wohlgefällige Selbstverständnis der Stiftungen

Das amerikanische „Foundation Directory“ aus dem Jahre 1964 definiert eine Stiftung folgendermaßen:

„Eine Stiftung definiert sich als nicht-staatliche Einrichtung, die keine Profitinteressen verfolgt. Sie hat einen eigenen Kapitalfond, der von ihren Gesellschaftern oder Leitern verbraucht wird und der eingerichtet wurde, um erzieherische, religiöse, karitative oder sonstige Tätigkeiten, die der Allgemeinheit dienen, zu unterstützen und zu fördern.“

Die Beschreibungen der Stifter, Funktionäre und Dokumente über die von den Stiftungen verfolgten Ziele wetteifern in selbstloser Liebe zur Menschheit und in wohlthätigen Vorstellungen miteinander. So schrieb Carnegie:

„Die Aufgabe des Carnegie-Instituts in Washington ist es, in umfassendster und großzügigster Weise die Forschung, das Studium und die Anwendung des Wissens zum Wohle der Menschheit zu fördern.“

In seinem Buch „The Gospel of Wealth“ (Das Evangelium des Reichtums!) rechtfertigt er die Bildungsziele seines Instituts folgendermaßen:

„Die beste Methode, um zum Wohle der Allgemeinheit wirksam zu werden ist die, daß man die Stufenleiter des Erfolgs in die Nähe derer rückt, die danach streben.“

Für die Stifter ist die Welt noch in Ordnung, und verfolgt man die Geschichte der amerikanischen Stiftungsgründer, so sieht sie aus wie die einzigartige Geschichte von Wohltätern. Die erste große moderne Stiftung war die von Andrew Carnegie, Besitzer von Eisenbahnnetzen, Hüttenwerken und Minen, der nach dem Verkauf seines Imperiums (für 500 Millionen Dollar an die US-Steel-Company) zu Beginn dieses Jahrhunderts eine Stiftung ins Leben rief, deren Hauptziel es war, in all den Städten, die bereit waren, 10% der jährlichen Unterhaltskosten zu tragen, öffentliche Bibliotheken aufzubauen. Es wurde gestiftet für die Gesundheit, für Bildung, für den Fortschritt der Lehre, für die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Lehrenden, für die medizinische Forschung. Späterhin wurde für

den Frieden, die Wirtschaftsforschung, die Sozialwissenschaften, die Landwirtschaft, für die Distributionsnetze, die Außenpolitik und vieles mehr gestiftet. Es entsteht der Eindruck, als wären Familien – allen voran Carnegie, Rockefeller und Ford – und Unternehmen immer daran, wenn sie zu sehr viel Geld gekommen sind, von Gefühlen der Mildtätigkeit für ihre weniger betuchten Mitmenschen ergriffen worden und hätten wieder einmal gestiftet. Dazu Everett Case auf der Versammlung der „Greater Cleveland associated Foundation“ am 29. 10. 1963:

„Eine freie und aufgeklärte Gesellschaft kann sich zur Erschaffung eines solchen sozialen Instruments und zu der selbstlosen Nächstenliebe von Privatpersonen aus guten und einleuchtenden Gründen beglückwünschen.“

Die wirtschaftlichen Vorteile beim Stiften

Wer sich wirklich beglückwünschen kann zur Schaffung dieser „sozialen Instrumente“ wird man sehen; zunächst fällt auf, daß die Stiftungen nicht gleichmäßig expandiert sind, sondern periodisch.

Die ersten haben sich während des Ersten Weltkrieges entwickelt, ihr rasches Wachstum setzte gegen Ende des Zweiten Weltkrieges ein und hatte in den fünfziger Jahren einen Höhepunkt. Vergleicht man im gleichen Zeitraum die US-Steuergesetzgebung wird die Entwicklung einleuchtend:

Unter der Präsidentschaft von Woodrow Wilson wurden 1913 neue Steuergesetze für die Privateinkommen erlassen. Das Großkapital forderte vom Kongreß steuerfreie Bereiche und dem kam dieser auch sofort nach. Von Steuern ausgenommen wurde:

„jede Gruppe, Gesellschaft, jedes Kapital und jede Stiftung, die zu religiösen, wohl-tätigen, literarischen oder erzieherischen Zwecken oder zur Verhinderung von Grausamkeiten gegenüber Tieren und Kindern geschaffen und erhalten werden.“

Kurz darauf stieg der Einkommenssteuersatz auf 70%: der Erste Weltkrieg war da.

Die Zahl der Stiftungen hat sich zwischen 1939 und 1946 verdoppelt. In der Zeit von 1930 bis 1939 – zwischen der großen

Weltwirtschaftskrise und dem Kriegsbeginn in Europa – entstehen wenig neue Stiftungen. Diese Zeit ist gekennzeichnet durch eine Politik mit dem Ziel, den Arbeitsmarkt zu beleben und die Produktion zu steigern; die Steuergesetzgebung war relativ durchlässig. 1935 betrug der steuerfreie Satz 5% des Einkommens, unter der Bedingung, daß dieses Geld einer Stiftung zugute kommt.

Mit dem Zweiten Weltkrieg steigen die Steuersätze – die Kriegswirtschaft bringt gewisse Erfordernisse mit sich. Aber gleichzeitig werden auch neue Mittel und Wege zur Umgehung der Steuern gefunden. Der Satz des steuerfreien Einkommens für Privatpersonen und Gruppen ist auf 18% gestiegen. Neue Stiftungen werden gegründet.

1950 ist Koreakrieg, 1951 und 1952 werden sehr harte Steuergesetze erlassen. Gleichzeitig wird den Unternehmern aber (unter der Bedingung des „Stiftens“) ein einkommenssteuerfreier Satz von 20–30% gewährt. Das heißt, wenn man 20% seines jährlichen Einkommens verschenkt (und verschenken kann sehr vieles heißen... gebe und dir wird gegeben werden!), dann zahlt man nur noch auf die restlichen 80% Steuern, und da die Steuer progressiv ist...

In Zeiten von harten Steuergesetzen und der Schaffung von Ausnahmegesetzen entstehen die meisten Stiftungen.

Zwar wurden Versuche unternommen, diesem Treiben ein Ende zu setzen, doch ist das nie gelungen – im Gegenteil. So behauptet Dean Rusk, Ex-US-Außenminister und vormals Präsident der Rockefeller-Foundation:

„Diese Fonds werden in produktive Unternehmen investiert, die ihrerseits den öffentlichen Finanzen sehr viel Steuern eintragen. Ich glaube, daß dieses Problem weder

unter politischem oder wirtschaftlichem Gesichtspunkt für die öffentlichen Finanzen dinglich, noch daß es ein Gegenstand der Kritik sein kann.“

Denn abgesehen von der Masse der kleinen Familien- oder Gruppenstiftungen, die über ein fixes oder je nach Spenden fluktuierendes Kapital verfügen, ist das aktive Kapital der großen Gruppen- oder Familienstiftungen und der von Industrie- oder Finanzunternehmen geschaffenen Stiftungen entweder in den Produktionsprozeß investiert oder in ‚Börsenaktien‘ angelegt. Von den jährlich erzielten Gewinnen werden die laufenden Projekte und die interne Verwaltung finanziert. Ein Teil wird wieder investiert, damit das anfängliche Kapital sich vermehrt. Das Gründen von Stiftungen ist also keineswegs ein Akt der Mildtätigkeit und auch das Betreiben von Stiftungen hat größtenteils mit den immer hervor-gekehrten „karitativen“ Zwecken wenig gemein.

So ist für die großen Konzerne die Möglichkeit gegeben, durch ‚Betreiben‘ von Stiftungen der Steuer zu entweichen. Im allgemeinen läuft der Prozeß folgendermaßen ab:

Um keine Steuern für die Gewinne, die nach eine Investition erzielt werden, zu bezahlen, übergibt der Konzern diese Investition einer Stiftung (keine Steuerpflicht!). Wenn die Stiftung den Gewinn realisiert hat, leiht sie die Summe zu einem niedrigen Zinssatz an den Konzern. Mit dieser Anleihe kann diese dann zum Beispiel öffentliche Obligationen zeichnen (die ebenfalls nicht steuerpflichtig sind) zu einem Zinssatz von 3% und so weiter.

Geht man zum Beispiel davon aus, eine ursprüngliche Investition von 20 Millionen Dollar sei mittlerweile zu einem Wert

Dipl.-Wirtsch.-Ing.
RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

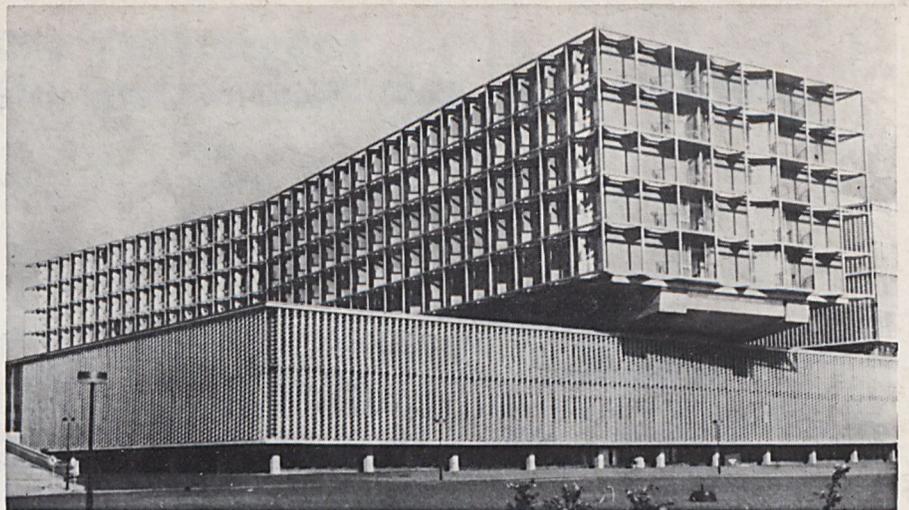
Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

jetzt mit 3-facher Regalfläche!

von 200 Millionen Dollar geworden: Wenn sie normal abgesetzt worden wären, hätten auf den Kapitalgewinn ungefähr 50 Millionen Dollar Steuern gezahlt werden müssen. Wenn man sie aber einer Stiftung übergibt, so kann diese sie ohne steuerliche Veranlagung realisieren. Diese leiht sie dann wieder ihrem Geber (zu einem Prozent, also 2 Millionen Dollar pro Jahr) und wenn jener dann noch 6 Millionen Dollar dazugewinnt, weil er die Summe in öffentliche Obligationen umgesetzt hat, so steckt er jedes Jahr 4 Millionen Dollar steuerfrei in die Tasche. Wenn er dagegen selbst investiert hätte, wären ihm nach Abzug der Steuern noch ungefähr 150 Millionen Dollar geblieben, die ihm — zu 5% investiert — etwa 7 Millionen Dollar gebracht hätten, auf die er wiederum 70% Steuern hätte zahlen müssen: sein jährlicher Nettogewinn hätte knapp 2 Millionen Dollar betragen, das ist gerade die Hälfte der dank der Stiftung erzielten Gewinne. So ist es möglich, in weniger als 50 Jahren zu einer Summe von 200 Millionen Dollar zu kommen und gleichzeitig mit Hilfe der Stiftung die ursprünglichen 20 Millionen Dollar unter Kontrolle zu behalten. Die Vergrößerung des Kapitals und der Profite der Firmen ist also eng mit diesem „karitativen“ System verbunden.

Ein anderer, nicht weniger bedeutender direkter Nutzen entsteht durch die Möglichkeit, die Stiftungen zur Kontrolle anderer Firmen zu benutzen, wobei die Stiftung die Funktion einer „holding“ erfüllt. Die Stiftung erwirbt mit dem vom Konzern erhaltenen Geld Aktien von anderen Firmen. Wie sonst hat es die „Standard Oil“ von Rockefeller geschafft, „Socony Mobil Oil“, „Continental Oil“, „Standard Oil of Indiana“, „Union Tank Car Co.“, „Ohio Oil“ und „Standard Oil of California“ zu kontrollieren, wenn nicht über ihre Stiftungen, die mehrere hunderttausend Aktienanteile jeder dieser Firmen besitzen. Auf diese Art und Weise übten 1960 111 Stiftungen durch den Besitz von mehr als 10% der Aktien (Stimmrecht!) die Kontrolle über einen oder mehrere der 263 bedeutendsten Konzerne aus. In den Vereinigten Staaten besitzen so etwa 20 Familienclans mehr als 10% der Aktien der 200 größten Konzerne — oder aufgeschlüsselt: 26,7% der Aktien aller Industrieunternehmen, 24,9% der



**Universitätsklinik Berlin-Steglitz:
„Geschenk“ der Benjamin Franklin-Stiftung**

Eisenbahnen und 45,3% der gesamten Energieproduktion. Die Stiftungen erfüllen rein wirtschaftlich — also ohne die Hilfe vermittelter Einflußnahmen, rein durch den direkten Einsatz von Kapital — im wesentlichen zwei Funktionen:

- 1. Da Stiftungen von der Steuerpflicht entbunden sind, lassen sich für große Konzerne mit genügend hohem Anfangskapital durch geschickte Kapitaltransaktionen erhebliche Profite erzielen, ohne daß Steuern gezahlt werden.**
- 2. Stiftungen eignen sich als „holding“ dazu, die Konzentration zu beschleunigen und Konkurrenten auszuschalten.**

Daß dabei dieses System vor den Stiftungen selbst nicht halt macht, versteht sich von selbst: 1% aller US-Stiftungen (insgesamt 18 000) besitzen 80% des aktiven Kapitals (von insgesamt 20 Milliarden Dollar) und tragen 61% der jährlichen Ausgaben. Die Gruppe der sehr großen Stiftungen (0,0007%) ist im Besitz von 40% des aktiven Kapitals (= 8 Milliarden Dollar) und trägt 32% der Ausgaben. Davon wiederum hebt sich die Ford-Foundation mit 4 Milliarden Dollar aktiven Kapitals deutlich ab.

Tätigkeitsbereich und Einflußmöglichkeiten der Stiftungen

Henry Heald, der Präsident der Ford-Foundation, definiert die Tätigkeit der Stiftungen folgendermaßen:

„Stiftungen müssen ihre Existenz durch Qualität rechtfertigen, indem sie ihr Geld auf eine Weise vergeben, die anderen Organisationen nicht möglich ist. Sie müssen Risiken eingehen, denen weder Regierungen noch Einzelpersonen oder andere Institutionen gewachsen wären.“

Juristisch gesehen können die Stiftungen schalten und walten, wie es ihnen paßt.

Sie bestimmen die Kriterien zur Vergabe von Mitteln, wählen den Sektor und geographischen Ort ihres Wirkungsfeldes, und haben theoretisch die Möglichkeit, ihre nationalen und internationalen Aktivitäten überall zu entfalten, ohne daß das als fremde Einmischung angesehen wird, denn es geschieht ja zum Wohle der Menschheit. Keine andere Institution dieses Gesellschaftssystems genießt ähnliche Vorteile. Wenn eine Regierung eine Untersuchung über die soziale Entwicklung in einem benachbarten Land finanzieren will oder wenn ein Unternehmen einer ausländischen Universität Geld zur Verfügung stellt, um damit die Investitionsvorhaben in diesem Land erforschen zu lassen, so ist das mit Risiken verbunden. Aber Ford und Rockefeller können es, ohne daß es als imperialistischer Interventions- und Manipulationsversuch oder sogar als Versuch der Ausbeutung begriffen wird; vielmehr gelten die von ihnen gestifteten Gelder als im Dienste der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und zur Förderung des wissenschaftlichen Fortschritts verausgabte Summen. Zwar sind diese Summen (etwa 1,4 Milliarden Dollar jährlich) gemessen an den Regierungsausgaben für Bildung (1,7 Milliarden Dollar) und Entwicklungshilfe (1,8 Milliarden Dollar) nicht sehr hoch — sie machen nur 2% der jährlichen US-Auslandsinvestitionen aus —, doch da ein großer Teil der US-Stiftungsgelder ins Ausland fließt, stellen sie einen wesentlichen Machtfaktor dar. So sind die 1,4 Milliarden Dollar nicht weniger als 19% des griechischen Bruttosozialproduktes und gar mehr als das Bruttosozialprodukt von Kongo (Kinshasa), mehr als die jährlichen Haushaltsausgaben von Chile, mehr als zweimal soviel wie die von Peru und mehr als siebenmal soviel wie die von Bolivien. Auch auf nationaler Ebene ist beim Vergleich zwischen Stiftungsausgaben

und öffentlichen Finanzen zu differenzieren. Wenn zum Beispiel eine Stiftung in einer bestimmten Stadt ein Bildungsprojekt in den Ghettos der Schwarzen oder irgendein Universitätsinstitut finanziert, so muß man sich bei dem Vergleich auf den Bildungsetat dieser Stadt oder der Universität beziehen und dann ist das Gewicht der Stiftungen oft beträchtlich.

Der Hauptbereich der Stiftungen ist die Bildung. Dieser Bereich macht fast ein Drittel der Finanzierungen aus. Tatsächlich ist es der Schlüsselbereich für die nationalen und internationalen Interessen. Fulbright erklärte:

„Die Bildung ist wirklich einer der Grundpfeiler der internationalen Beziehungen, genauso wichtig wie die Diplomatie oder die militärische Stärke, sie ist folgenreich für Krieg und Frieden.“

● Wichtig ist die Finanzierung der Universitäten und Hochschulen im Ausland. Zwischen 1956 und 1960 hat die Ford-Foundation an etwa 700 ausländische Universitäten und Institute fast 500 Millionen Dollar verteilt:



So hat zum Beispiel Rockefeller seine Aktivitäten in Lateinamerika seit 1943 vervielfacht. Die Stiftung begann mit Mexiko: dorthin wurde eine Gruppe von Experten als erster Kern geschickt, um sich in der Landwirtschaft einzunisten. Das ging bis zur Errichtung des Nationalinstituts für Agrikultur. Dann finanzierte sie mit Hilfe der Ford-Foundation und dem Sonderfonds der Vereinten Nationen das Nationalzentrum für Landwirtschaftliche Ausbildung, das Landwirtschaftliche Institut an der Technischen Hochschule von Monterre und

die mit der Universität von Arizona verbundene Hermosillo-Schule. Danach wandte die Stiftung sich nach Kolumbien und Chile. Von 1950 an bereitete sie zusammen mit den Stiftungen von Kellogg und Ford das Interamerican Food Crop Improvement Program vor. 1963 errichtete sie in Zusammenarbeit mit der kolumbianischen Regierung das Landwirtschaftliche Institut von Kolumbien, das für die gesamte landwirtschaftliche Ausbildung in Kolumbien verantwortlich sein sollte. In Peru unterhalten Rockefeller und Ford die Landwirtschafts-Universität von Molina, die Katholische Universität und eine Ministeriumsstelle, die Abteilungen für Forschung und Förderung der Landwirtschaft.

● Ein zweiter Teil dieser ins Ausland gerichteten Bildungsarbeit wird über die amerikanischen Universitäten abgewickelt, deren internationale Projekte häufig von Stiftungen finanziert werden. Zum Beispiel wird ein umfangreiches Bildungsprogramm der Michigan State University für Lateinamerika von Ford finanziert.

Ein anderes für die Bildungsaktivitäten im Ausland benutztes Instrument ist der Studentenaustausch und das Stipendienwesen. Das Internationale Institut für Erziehung koordiniert den Austausch von ausländischen Studenten in den Vereinigten Staaten und alle Bildungsaktivitäten im Ausland, die direkt unter der Leitung der Stiftungen oder der amerikanischen Universitäten stehen. Diese Aktivitäten erstrecken sich auf über 120 Länder.

● Der dritte Weg schließlich ist die Subventionierung von bestimmten Spezialinstituten zur Ausbildung von amerikanischem Personal für internationale Angelegenheiten. Dies ist der Bereich, der sich am schnellsten ausdehnt. So finanzieren zum Beispiel Ford und Rockefeller: die „School of International Affairs“, das Russische Institut, die Akademie für Ausländisches und vergleichendes Recht, die Internationale Handelsschule und so weiter.

Wichtig für die Einschätzung des Einflusses der Stiftungen ist zum einen, daß sie von Firmen gegründet werden, welche die Arbeitsergebnisse der gefördert Institutionen selbst wieder verwenden können. Zum Beispiel subventionieren die von Ölfirmen gegründeten Stiftungen bevorzugt universitäre

Forschungslabors für Geologie, Geophysik und Chemie. — Die berühmten Wechselbeziehungen zwischen Rockefellers Stiftungen, deren intensiver Tätigkeit in Lateinamerika und der Interessen Rockefellers Firmen in Lateinamerika bedürfen schon keiner weiteren Erläuterung mehr.

Zum anderen ist die intensive Verflechtung von leitenden Persönlichkeiten der großen Stiftungen und Staatsadministration von Bedeutung. Der Fall Dean Rusk ist der bekannteste. Ebenso wie Rusk war übrigens auch Ex-Außenminister John Foster Dulles zuvor Präsident der Rockefeller-Foundation. So sitzen unter anderem im Rat für Internationale Beziehungen neben Regierungsbeamten (Außenministerium, CIA, Armee) Führungskräfte der größten Konzerne, hohe Universitätsbeamte und Vertreter der Stiftungen. 1959 waren Vertreter der letzteren Dean Rusk (Rockefeller-Foundation), Murphy (Carnegie-Foundation) und Heald (Ford-Foundation). Vertreter der Stiftungen findet man gleichfalls im Kongreß der „National Security Industrial Association“. Und da wundert es dann nicht, wenn sich die Staatsadministration überall da, wo der direkte eigene Einsatz problematisch erscheint, sich der sehr viel unproblematischeren Stiftungen bedient. So fungieren allein 36 Stiftungen als direkter Kanal des CIA. In einem Dokument des Rates für Internationale Beziehungen heißt es:

„Unsere Grundkenntnisse über die Wesenszüge anderer Gesellschaftsformen, über die internationalen Beziehungen, das wirtschaftliche Wachstum und den sozialen Wandel, wie sie dort entwickelt werden, sind höchst unzureichend. Wenn man unseren Einblick und unsere Fähigkeit, in Gebieten wie Asien, Afrika und Lateinamerika einzugreifen (!), kritisch betrachtet, folgt daraus die Konsequenz: wir müssen unsere Untersuchungen über diese Gebiete und über ihre Beziehungen zu den USA energisch vorantreiben. . . Forschungen im Ausland stoßen meistens auf große Schwierigkeiten. . . Oft berühren sie die empfindlichsten Punkte einer Gesellschaftsstruktur. Deshalb müssen sie mit größter Vorsicht betrieben werden, nach Möglichkeit immer unter Beteiligung und im Interesse der Universitäten dieser Länder. . . Die Universitäten müssen über das gegenwärtige Maß hinaus am Programm der Militärischen Hilfe beteiligt werden.“

Unterdrückung der schwarzen Minderheit in den USA mit Hilfe von Stiftungsgeldern – ein Beispiel

Ein besonders illustratives Beispiel dafür, bei gewissen heiklen Situationen und Problemstellungen Stiftungen die Initiative zur politischen Aktion zu überlassen, stellen die Versuche der Ford-Foundation zur Integration von schwarzen Bürgerrechtsorganisationen und zur Isolierung linker Gruppierungen dar. Der Versuch des Staates, selbst einzugreifen, war gar nicht erst richtig in Gang gekommen, er war leicht zu durchschauen gewesen. Dagegen sind Stiftungen, mit dem Image der Wohltätigkeit ausgestattet, sehr viel flexibler, nicht unbedingt an Prinzipien gebunden, so daß sie sehr viel eher versuchen können, gegen das bestehende Gesellschaftssystem gerichtete Bewegungen zu kontrollieren:

Bis 1966 beschränkte die Ford-Foundation ihre Aktivitäten auf diesem Gebiet auf Bildungs- und Forschungsprojekte, deren Zweck die Integration einer schwarzen Mehrheit in die „Mittelklasse“ war. Die Stiftung hatte 1950 mit der Arbeit im Bereich der öffentlichen An-

gelegenheiten begonnen und hatte sich dann immer mehr für innenpolitische Probleme interessiert. Im Verlauf des Jahresbanketts der Nationalen Stadtliga in Philadelphia 1966 erklärte der damalige Präsident der Ford-Foundation, Bundy:

„Wir glauben, daß die Hauptsorge dieses Landes gegenwärtig die vollständige Gleichberechtigung aller schwarzen Nordamerikaner ist... Der Zustand unserer Städte ist eine Angelegenheit, die uns alle angeht.“

Nach dem „heißen“ Sommer 1966 schlug die Stiftung einen anderen Weg ein. Sie versuchte, Eingang in die als mehr reformatorisch bekannten Organisationen der Schwarzen zu finden, um mit deren Hilfe die radikaleren auszuschalten. Sie sicherte sich unter anderem die Unterstützung der National Association for the Advancement of Colored People, der Southern Christian Lige Conference von Martin Luther King und des Congress of Racial Equality (CORE) zu. Ziel war es, die Black Power und das Student Non-violent Coordination Committee von Stokely Carmichael zu isolieren.

Eine der ersten Maßnahmen war die Bereitstellung einer Summe von 500 000 Dollar an das Metropolitan-Zentrum für angewandte Wissenschaften (MARC), eine gerade in New York gegründete

Organisation, die Forschungen und Projekte zum Nutzen der Masse der Armen in den Städten des Nordens vorantreiben sollte. MARC wiederum arbeitete mit CORE zusammen. Eines der ersten Projekte wurde in Cleveland in Angriff genommen.

Um die sich anbietende Zusammenarbeit zwischen dem CORE und Ford zu rechtfertigen erklärte Bundy:

„Die Angestellten des CORE haben dieses Problem bereits formell mit uns behandelt, und weder Mr. Floyd McKissick noch ich selbst sind der Ansicht, daß diese Zusammenarbeit zu einer Übereinstimmung in allen Fragen des öffentlichen Lebens führen muß. Wir bemühen uns lediglich, die friedlichen und konstruktiven Bemühungen der Leitung des CORE in Cleveland zu unterstützen. Das ist es, was wir uns vorgenommen haben.“

Es war relativ leicht, in den CORE einzudringen. Vor allem, weil diese Organisation mehrere hunderttausend Dollar Schulden hatte. Letztlich war es auch deshalb leicht, weil es die politische Linie des CORE war, die Kontrolle der schwarzen Ghettos durch die Schwarzen zu fordern, was genau den Absichten der Stiftungen entsprach. Die alten gemäßigten Führer waren unter diesem Gesichtspunkt uninteressant; dagegen waren Organisationen mit radikalem Gepräge, die aber im Grund reformistisch waren wie der CORE, die adäquaten Instrumente. Ihre Erklärungen waren radikal genug, um die Zustimmung der Massen zu finden, die sich mit dem Programm der Beherrschung der schwarzen Gemeinden durch ihre „Elite“ einverstanden erklärten.

Der CORE und das MARC verstanden sich beide als Vermittler zwischen den Interessen der schwarzen und der unterprivilegierten Schichten mit der bestehenden Machtstruktur. Sie arbeiteten in die gleiche Richtung: die Integration der Schwarzen und der armen Weißen in die politische und ökonomische Struktur der US-Gesellschaft durch öffentliche und private Fürsorge.

Sie kritisierten den Kapitalismus als einen Kapitalismus, der die Mitbestimmung der Unterdrückten zurückweist. Man könnte annehmen, daß der Eingriff von Ford Erfolg hatte, denn es gab in Cleveland keine Revolten und





Rassenunruhen in Hartford/Conn.

die Zeitung „Busines Week“ vom 6. Januar 1968 führte den Sieg eines Schwarzen bei den städtischen Wahlen denn auch auf die finanzielle Unterstützung der Organisationen der Schwarzen zurück.

Das Eindringen der Stiftungen in einige Organisationen der Schwarzen stellte einen neuen und erfolgreichen Versuch dar, nach dem die Regierungsprogramme gegen die Armut unter der Kontrolle der schwarzen Gemeinden gescheitert waren. Der schwarze Direktor des MARC erklärte:

„Der Handel und die Industrie sind unsere letzte Hoffnung, denn sie sind das realistischste Element in unserer Gesellschaft“,

und Witney Young von der Städtischen Liga fügte hinzu:

„Die amerikanische Gesellschaft muß mit den Schwarzen vorgehen, wie sie es mit der Arbeiterbewegung gemacht hat“ (!!!).

Da die Integration in die „Mittelschicht“ fehlgeschlagen ist, versucht die Regierung jede soziale Explosion und die revolutionäre Organisation der Massen zu verhindern. Ein Mittel dabei ist die Kontrolle der Organisationen selbst durch Geld, indem entweder mit ihrem reformistischen Charakter gerechnet wird oder in dem versucht wird, ihre politische Linie zu beeinflussen. An der Bewegung teilnehmen, um sie zu kontrollieren, und jede Gruppe unterstützen, die ihr neue Fesseln anlegt – dieser

Mechanismus ist nur allzu bekannt, die revolutionäre Geschichte ist voll mit Beispielen dieser Art. Dank ihrer idealistischen und manchmal sogar „progressiven“ Fassade sind die Stiftungen dabei ein geeignetes Mittel.

Das Hochschulsystem der USA

Der Artikel basiert auf einer vierzehntägigen Informationsreise*) durch die USA, bei der folgende Universitäten besucht wurden: MIT (Massachusetts Institute of Technology, Boston), University of Madison (Wisconsin), University of Chicago-Circle, University of Michigan Ann Arbor, Harvard. Gesprächspartner waren Deans, Hochschullehrer, Kanzler, Präsidenten, Studenten und Verwaltungsbeamte.

Die Struktur der Hochschule in den USA

Das System der Hochschulen ist von dem deutschen Universitätssystem grundverschieden. Es gibt keine staatliche Hochschulaufsicht im deutschen Sinne. Es gibt kein Recht auf Hochschulausbildung. Jede Hochschule hat ihre eigenen Zulassungsrichtlinien und ihre eigenen Prüfungsordnungen. Der Wert des Abschluszeugnisses bestimmt sich vom Rang der Hochschule her. Für die Stellung im Berufsleben, d. h. für die spätere Bezahlung und für das Erringen von Positionen, ist der Besuch einer bestimmten Hochschule entscheidend. Der Abschluß einer bestimmten Hochschule entscheidet über die Stellung in sozialer und statusmäßiger Hinsicht im Berufsleben. Es gibt eine ungeschriebene Rangfolge der Universitäten. Zur Spitzengruppe gehören MIT, Harvard, Yale, Berkley u. a., insgesamt ca. 10 Hochschulen.

Grundsätzlich gibt es zwei Arten von Institutionen: Privatuniversitäten und staatliche Universitäten. Sie unterscheiden sich im wesentlichen in der Finanzierung. Während die privaten Universitäten durch die Studiengelder und durch Zuwendungen aus Industriemitteln finanziert werden, werden die staatlichen

Universitäten durch eine Zuwendung des Bundeslandes, die sich an der Zahl der Studenten mißt, finanziert. Die Forschung wird bei beiden Institutionen zum allergrößten Teil aus Aufträgen des Staates und Aufträgen der Privatindustrie finanziert, ist also in jedem Falle Auftragsforschung.

Selbstverwaltung

Oberstes Entscheidungsgremium an staatlichen und an privaten Universitäten ist der Board of Trustees oder die Corporation. Der Board besteht aus 10 bis 20 Personen bei den staatlichen Universitäten aus Mitgliedern des öffentlichen Lebens: ehemaligen Gouverneuren, Mitgliedern der Armee, Hausfrauen, Industriellen usw., die vom Gouverneur des Staates ernannt werden. Die Corporation (Gremium der Privatuniversitäten) besteht aus 50 bis 60 Personen, meist Industriellen; sie ergänzt sich selbst. Der Board oder die Corporation ist zuständig für die Ernennung von Hochschullehrern, für die Festlegung des Haushalts, für die Wahl des Präsidenten, für alle Ernennungen der Verwaltung im Bereich der höheren Universitätsbeamten. Unterhalb des Boards gibt es den Präsidenten, der für die Leitung

der Verwaltung zuständig ist und hier alle wesentlichen Entscheidungen fällt, ohne Mitbestimmung eines Gremiums. Er ernennt die Deans (Leiter der Fachbereiche) jeweils für ein oder zwei Jahre. Er ist Vorsitzender der Faculty. Die Faculty setzt sich zusammen aus dem Vorsitzenden des Boards oder der Corporation, dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten, dem Kanzler und allen Mitgliedern des Lehrkörpers im Range von Professoren und Assistenzprofessoren. Ihr Aufgabenbereich ist: Empfehlungen zu Fragen der akademischen Lehre, der Lehrmethoden, der Studienpläne und der akademischen Grade. Über alle Zuständigkeiten unterhalb des Boards oder der Corporation gibt es keine festgelegten gesetzlichen oder gesetzesähnlichen Regelungen. Die einzige feste Position ist der Präsident mit seinen Funktionen. Alles andere ist dem jeweiligen Board oder der Corporation überlassen. Hier sind ad hoc-Entscheidungen möglich, hier ist eine Anpassung an die jeweilige Situation möglich. In allen Entscheidungsgremien sind weder die Studenten noch der akademische Mittelbau (Assistenten) vertreten. Dagegen gibt es Beratungsorgane, die sogenannten Committees (Kommissionen), die meist ad hoc zusammengesetzt werden,



*) Verfasser dieses Artikels ist Hans Joachim Rieseberg, Vorsitzender der Kommission für Lehre und Studium an der Technischen Universität Berlin. Er hatte zu Beginn dieses Jahres Gelegenheit, mit einer Besuchergruppe der TU unter der Leitung des Präsidenten Gespräche an fünf amerikanischen Universitäten zu führen.

entweder vom Board oder vom Präsidenten oder von der Faculty, in denen auch zuweilen Studenten sein können. Diese dürfen nur Empfehlungen ausarbeiten; diesen wird sehr oft gefolgt.

Die Corporation des MIT

Sie besteht aus 35 Mitgliedern auf Lebenszeit, von denen 22 Vertreter der Industrie sind. Als Beispiele: 3 Vertreter des Chemiekonzerns du Pont, 2 Vertreter der Standard Oil Company, 1 Vertreter von Rockefeller Brothers, 1 Vertreter des Suppenkonzerns Campbell usw., 1 ehemaliges Mitglied von Washington D. C., 1 ehemaliger Senator des Staates New York usw., 15 Mitglieder auf Zeit aus der Gruppe der ehemaligen Absolventen und 10 anderen Mitgliedern. Die ehemaligen Absolventen kommen zum größten Teil ebenfalls aus der Industrie. Als Beispiele: 1 weiteres Mitglied der Firma Standard Oil Company, 1 Mitglied der Architektenfirma Skidmore Owings & Merrill, 1 Vertreter der Boeing Company. Andere Mitglieder sind: der Vorsitzende der Vereinigung der Ehemaligen, gleichzeitig Mitglied der Mobil Oil Corporation, der Gouverneur des Staates Massachusetts, der Oberste Richter, der Erziehungsminister des Staates, der Präsident und der Vizepräsident. Mindestens 50 der derzeit 66 Mitglieder des Gremiums gehören der Großindustrie an. Dieses Gremium fällt alle wesentlichen Entscheidungen der Universität und hat als weiteres Instrument die sogenannten Visiting Committees, d. h. Kommissionen, die in Krisenfällen Untersuchungen in einzelnen Fachbereichen vornehmen können. Die Mitglieder dieser Committees werden ebenfalls von der Corporation ernannt und machen ihr Vorschläge, wie die Krisen gelöst werden sollten. Da solche Krisen oft im Bereich der Lehre auftreten, werden auch Reformen der Lehre von der Corporation entschieden.

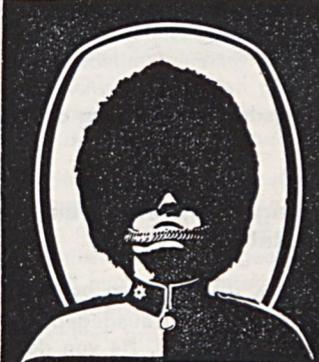
Die Aufzählung zeigt die enge Verflechtung von Universität und Privatwirtschaft. Daraus kann aber nicht geschlossen werden, daß die Privatwirtschaft besonders großzügig bei der Finanzierung der Universitäten ist. Grundsätzlich gibt die Privatwirtschaft nur Geld für Forschungsangelegenheiten, während die Ausgaben für die Lehre entweder von den Studenten selbst oder aus staatlichen

oder privaten Stiftungen aufgebracht werden. Es gibt in Amerika kein Studienförderungsprogramm vergleichbar der deutschen Honnef-Studienförderung. Die staatliche Förderung geht als Gesamtbudget an die Universität und wird von ihr durch Ausschüsse, die von der Corporation bestellt werden, an die Studenten mit Leistungsaufgaben vergeben. Die Leistungsaufgaben zwischen den staatlichen und privaten Stiftungen können dabei noch beliebig differenziert sein. Wo diese staatliche Förderung nicht ausreicht, treten als Ergänzung in geringerem Maße eine Menge von meist nicht sehr umfangreichen privaten Förderungsinstitutionen hinzu, z. B. die Ford-Foundation. Am MIT können von dieser Art der Förderung weit über 270 Quellen angegeben werden, die meist ihre eigenen Vergabebedingungen haben. Teilweise sind sie an bestimmte Studiengänge gebunden, teilweise an bestimmte Volksgruppen, wie z. B.: Juden, protestantische Mädchen, protestantische Jungen, Studenten, die Deutsch lernen oder das Texaco-Scholarship für Studenten, die ein Fach gewählt haben, „which will prepare them for a career in the petroleum industrie“.

Zulassung

Die Zulassung wird ausschließlich von der Universität vorgenommen. Sie ist zum größten Teil gebunden an gute Noten im Schulabschluß. Dabei sind die Schulen der USA in eine Rangfolge eingeteilt. Entsprechend werden die Noten hoch- oder heruntergerechnet. So hat z. B. ein Neger aus einer Schule des Staates Mississippi keine Chance, mit noch so guten Noten am MIT angenommen zu werden, wenn seine Schule in einem unteren Rang steht. Weiter gibt es Testinstitute, zum anderen braucht der Student etwa vier Empfehlungen von angesehenen Leuten, Lehrern, Professoren o. ä. Den Abschluß der Auswahl bildet ein persönliches Gespräch des Zulassungsdeans mit dem Studenten. An den staatlichen Hochschulen erfolgt die Zulassung gemäß dem Rang der staatlichen Hochschule. Je höher die Hochschule im Rang steht, umso höher wird der Quotient, den der Student haben muß, d. h. der Student muß z. B. zu den 10 besten, zu den 20 besten, zu den 30 besten usw. seiner Schule ge-

hören. Gehört er zu den 10 besten, so kann er z. B. an der Universität von Wisconsin studieren, gehört er dagegen nur zu den 40 besten, so kann er nur an der Universität des Staates Mississippi studieren; entsprechend schlecht sind seine Berufsaussichten.



**Einladung zum
kostenlosen
Proberauchen!**
Probieren Sie zungenmilden
Pipe Tobacco! 6 Pröbchen
gratis. Postkarte genügt.
EXCLUSIV Tobacco
83 Landshut, Postfach 568

Studiengelder

Die Studiengelder an Privatuniversitäten bewegen sich von 2000 bis 5000 Dollar pro Student im Jahr. Nach den Auskünften, die der Verfasser erhielt, können minderbemittelte Studenten durch die zahllosen Stipendien entsprechend dem Einkommen der Eltern Zuschüsse zu diesen Studiengeldern erhalten. Diese werden zum Teil als echte Stipendien, zum größeren Teil als Darlehen gegeben. Die Darlehen müssen nach Abschluß des Studiums mit 4% Verzinsung zurückgezahlt werden. An den staatlichen Universitäten beträgt das Studiengeld ca. 500 Dollar pro Jahr für Studenten, die innerhalb des Staates wohnen, und 1000 Dollar für Studenten, die aus einem anderen Staat der USA kommen.



Anti-Kriegsdemonstration an der Kent State University

Forschungsfinanzierung an den Universitäten

In den USA wurden 1969 25 Milliarden Dollar für Forschung ausgegeben. Davon kamen 2/3 vom Staat, 1/4 von der Industrie und der Rest von Stiftungen. Die staatlichen Mittel teilen sich auf in 53% vom Verteidigungsministerium, 28% von der NASA, 6% Forschung im Bereich des Gesundheitswesens, in den Rest von 13% teilen sich alle übrigen Forschungsbereiche.

Von den 25 Milliarden Dollar Gesamtsumme verbrauchte der Staat 3,5 Milliarden in eigenen universitätsunabhängigen Forschungsinstituten, die Industrie 17,3 Milliarden und die Universitäten 2,6 Milliarden. Der Rest von 1,6 Milliarden wurde in sonstigen Institutionen verbraucht. Weil die Industrie selbst nur ca. 7 Milliarden Dollar für Forschung aufbringt, aber 17 Milliarden Dollar verbraucht, kommt der größere Teil der von der Industrie verbrauchten Mittel ebenfalls vom Staat.

Die 2,6 Milliarden gehen an 25 Universitäten in den USA, davon 10 Privatuniversitäten. An den übrigen Universitäten wird überhaupt nicht geforscht. Die Privatuniversitäten sind wiederum überproportional an den Mitteln beteiligt, so daß ca. 60% der Mittel an Privatuniversitäten gehen und damit wieder von der Industrie kontrolliert werden. 1,6 Milliarden der 2,6 Milliarden sind Staatsgelder, während der Rest Industriegelder sind. Aus der oben aufgestellten Rechnung läßt sich weiterhin folgern, daß ein Teil dieser Industriegelder mittelbar Staatsgelder sind.

Forschung am MIT

Das MIT hat bei ca. 8000 Studenten ein Forschungsbudget von 45 Millionen Dollar. Davon sind 900 000 Dollar festes Geld, während der Rest aus Zeitaufträgen aufgebracht wird. Der größte Teil dieser Mittel dürfte wiederum aus Rüstungsaufträgen kommen. Nähere Angaben darüber waren nicht erhältlich.

Forschung an der staatlichen Universität Michigan

Michigan hat bei ca. 65 000 Studenten 1970 ein Forschungsbudget von 60 Millionen US-Dollar. Die Geldgeber teilen sich dabei folgendermaßen auf:

- 17,7% Verteidigungsministerium
- 6,8% NASA
- 5,0% AEC (Atomic Energy Commission)
- 8,4% NSF (National Science Foundation, vergleichbar DFG)
- 24,9% Public Health Service
- 8,2% Drittmittel aus der Industrie
- 8,1% Eigenmittel der Universität.

Faßt man die Anteile von NASA, Verteidigungsministerium, NSF und AEC zusammen, so kommt man auf einen prozentualen Anteil von 40%, was gleichzeitig der Hauptanteil der Rüstungsforschung sein dürfte. Berücksichtigt man weiter, daß auch unter den übrigen Forschungsträgern noch Rüstungsinteressen sind, so kommt man auf einen prozentualen Anteil von über 50% der Mittel für die Rüstungsforschung.

Schlußfolgerung

Das Universitätssystem der USA ist völlig auf die Interessen der Privatindustrie ausgerichtet. Die Universitäten gleichen in ihrer Organisationsform einer Aktiengesellschaft, deren einziges Entscheidungsgremium der Board oder die Corporation ist und deren ausführendes Organ der vom Board oder der Corporation gewählte Präsident ist. Die Anwärter für die Spitzenposition in Industrie und Staat werden an den Elite-Universitäten ausgebildet, z. B. sind ein großer Teil der Generale in Vietnam Absolventen von Harvard-Business-School. Die Spitzenuniversitäten sind sämtlich Privatuniversitäten. Die Finanzierung dieser Universitäten erfolgt zum größten Teil mit staatlichen Mitteln, entweder über die Forschungsfinanzierung oder über die Stipendien- oder Studiengelder. Die Kontrolle der Universitäten wird einzig von Vertretern der Industrie durchgeführt. Sie setzen die Ausbildungsziele fest, ohne daß es ein staatliches Aufsichtsrecht gibt oder ein Mitbestimmungsrecht der Lehrenden und Lernenden, sie setzen ferner die Ziele für die Forschung fest. Der Zugang zu diesen Universitäten wird ebenfalls allein von Gremien kontrolliert, die von den Industrievertretern eingesetzt werden. Weit über die Hälfte der Forschungsmittel an diesen Universitäten wird für Rüstungsforschung mittelbar oder unmittelbar ausgegeben. Die staatlichen Universitäten bilden abgestuft Absolventen für mittlere Führungspositionen aus; auch hier sind in den Entscheidungsgremien, den Boards, ein Teil Industrievertreter oder Vertreter des Staates oder von Organisationen, die die herrschenden Verhältnisse vertreten. Eine Mitbestimmung der Lernenden ist auch hier nicht gegeben, eine Mitbestimmung der Lehrenden nur in engen Grenzen.

Quellen:

Massachusetts Institute of Technology Bulletin 1970-71
 The General Catalogue Issue
 Vol. 106, No. 1, August, 1970, Boston, Massachusetts
 Stephan Leibfried:
 Die angepaßte Universität
 Zur Situation der Hochschulen in der Bundesrepublik und den USA
 Edition Suhrkamp, Nr. 265, 2. Auflage 1968, Frankfurt
 Research at the University of Michigan
 Ann Arbor, Dezember 1970.

Beratung zur Anpassung?

Seit dem 1. Juli 1971 hat die Psychotherapeutische Beratungsstelle des Studentenwerks zwei Mitarbeiter: Neben Dr. Baumann, der weiterhin Mittwochnachmittag zur Beratung nach Darmstadt kommt, wurde Frau Neuber ganztags angestellt. Die langjährige Forderung der Studenten nach einer zweiten hauptamtlichen Beraterstelle wurde damit erfüllt. Um einen kurzen Überblick über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten ihrer Tätigkeit zu geben, bat uns Frau Neuber, den nachfolgenden Artikel abzdrukken.

Wenn für Studenten psychotherapeutische Beratungsstellen eingerichtet oder schon bestehende erweitert werden, so ist nicht nur einhellige Begeisterung zu erwarten. Zumindestens von zwei Seiten her werden bedenkliche bis ablehnende Reaktionen kommen; von der einen Seite mit dem Argument, daß Einrichtungen solcherart zu Verwechslungen und Spitzfindigkeiten führen, daß Leute, die ihrer bedürfen sowieso nichts an „höheren Bildungsstätten“ zu suchen haben und man dadurch nur eine nützliche und „natürliche Auslese“ verhindere, von der anderen Seite mit dem Verdacht, daß Beratungsstellen um ihrer kompensatorischen Wirkung willen eingesetzt werden und sich selbst dank ihrer Technik allzu leicht in den Dienst einer möglichst konfliktvermeidenden Anpassung stellen.

Danach, warum solche Beratungsstellen eigentlich für Studenten und in viel geringerem Ausmaß für andere, vielleicht nicht minder bedürftige Bevölkerungsgruppen eingerichtet werden, wird ziemlich selten gefragt, obwohl auch hierzu ganz unterschiedliche Stellungnahmen möglich sind. Zunächst wird das Argument kommen, daß Studenten offensichtlich störanfällig sind, was im Vergleich mit der entsprechenden nicht-studierenden Altersgruppe oder der Gesamtbevölkerung gesichert ist, sich aber im altersunabhängigen Vergleich mit anderen Gruppen der Bevölkerung, z. B. Bewohnern von Obdachlosensiedlungen, sicherlich nicht durchgehend aufrechterhalten läßt.

Hinter der rein statistischen Feststellung einer relativ höheren Störanfälligkeit scheinen demnach noch andere Motive zu der Bereitschaft zu führen, sich der Probleme der Studenten in besonderem Maße zuzuwenden: Handelt es sich dabei um ein größeres Verständnis für die Schwierigkeiten, die aus Statusunsicherheit und Studienbetrieb entstehen oder wird bei Studenten das Recht auf psychische Gesundheit zu einer sozialen Pflicht gemacht, weil in ihnen die Garantien des Fortschritts gesehen werden, oder spielt der Verdacht der Skeptischen eine Rolle, daß nämlich Beratungsstellen als Anpassungsinstrumente offenbar dort am häufigsten eingesetzt werden, wo „Ruhe und Ordnung“ am meisten gefährdet sind?

Solche Überlegungen sind deshalb wichtig, weil sie eine Übersicht über das

Feld der verschiedenen Erwartungen an eine psychotherapeutische Beratungsstelle geben, die gerade in deren Arbeit nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Erwartungen anderer sind ein wesentliches Element der Verhaltenssteuerung und das meistens umso stärker, je mehr diese steuernden Erwartungen unreflektiert und damit unbekannt bleiben und so das eigene Verhalten weitgehend der Fremdbestimmung ausliefern. Eine Einrichtung, die sich die Möglichkeiten ihrer Fremdbestimmung nicht bewußt macht, wird der Selbstbestimmung einzelner, die wesentlicher Bestandteil ganz allgemeiner therapeutischer Zielvorstellung ist, wenig dienlich sein können.

Selbstbestimmung im therapeutischen Prozeß nimmt analog den Weg über das Bewußtsein der verschiedenen und häufig widersprüchlichen Erwartungen anderer, die zum Teil auch durch Internalisierung zu eigenen geworden sind, und gibt so die Möglichkeit größerer Entscheidungsfreiheit zwischen den nun sichtbarer gewordenen Verhaltensalternativen.

Um einem Mißverständnis vorzubeugen, muß dazu gesagt werden, daß diese Darstellung psychischer Störungen nur einen Aspekt aufgreift, der eine Reihe wichtiger aber nicht alle Determinanten beschreiben kann. Es sollte damit auf die Analogie hingewiesen werden, die darin besteht, daß die Überlegungen, die auf der Suche nach einem Selbstverständnis einer Beratungsstelle eine Rolle spielen, in ihrer Tätigkeit selbst wiederkehren.

Zu diesem Selbstverständnis gehört auch, daß es sich um eine Beratungsstelle für Studenten handelt, weil darin die Anforderung oder besser die Notwendigkeit liegt, deren psychische Störungen nicht isoliert von ihrer Situation als Studenten zu betrachten. Wo diese Situation selbst als allgemeiner Störfaktor erkennbar wird, muß sie zum Bestandteil des dann über die „Einzelfallhilfe“ hinausgehenden Arbeitsbereichs einer psychotherapeutischen Beratungsstelle werden. Schließlich noch eine Erwartung, die durch die Bezeichnung „Beratungsstelle“ zwangsläufig aber fälschlich geweckt wird: daß sie der Notwendigkeit eigener Entscheidungen enthebt. Das kann eine „Beratung“ in diesem Sinn nicht, weil sie sich so mit dem Ziel größtmöglicher Selbstbestimmung in Widerspruch stellen würde.

Die Behandlungsstelle des Gesundheitsdienstes befindet sich ab sofort im 1. Stock des Mensa-Ostflügels über dem Papierladen (früher Auslandsamt und dsz-Redaktion). Die Anmeldungen für Frau Dr. Klink (prakt. Ärztin), Frau Neuber und Herrn Dr. Baumann nimmt von 8.00 bis 12.00 Uhr und 13.00 bis 16.00 Uhr Fr. Lücher in ihrem Büro entgegen, das auf dem selben Flur liegt. Die Ausgabe der Krankenscheine erfolgt weiterhin bei Frau Lutz (Studentenwerk Zimmer 106).

Termine der Plenumsitzungen der Basisgruppe an der FHD:

BG Bauwesen: Montag, 19 Uhr, Bau-
schule Fachschaftsraum

BG Gestaltung: Montag, 16 Uhr, Werk-
kunstschule Fachschaftsraum

Die **BG Architektur**, **BG Sozialpädagog-
ogen**, **BG E-Technik**, **BG Maschinen-
bau** und **BG Pädagogen** haben zur
Zeit keine festen Termine. Der Zeit-
punkt der nächsten Sitzung kann je-
weils im AStA der FHD erfragt wer-
den.

Satzungsschwierigkeiten

Im Sommersemester 1970 gaben sich die
Studenten der Ingenieurschulen, der
höheren Fachschule für Sozial-Pädag-
ogik und dem Pädagogischen Fachinsti-
tut in einer Urabstimmung mit großer
Mehrheit eine Satzung.

Nach dieser Satzung wurde dann im
letzten Semester das erste Parlament
gewählt, um die zukünftige Arbeit an der
Fachhochschule Darmstadt (FHD) vorzu-
bereiten. Das Parlament konnte nur vor-
läufig gewählt werden, weil zu jener
Zeit das Fachhochschulgesetz noch

DEMMIG-BÜCHER

Arithmetik und Algebra	DM 9,60
Differentialrechnung	DM 11,50
Integralrechnung	DM 6,70
Differentialgleichungen	DM 4,80
Statik starrer Körper	DM 11,50
Festigkeitslehre	DM 11,50
Dynamik des Massenpunktes	DM 7,80
Dynamik des Massenkörpers	DM 5,80
Einf. in die Vektorrechnung	DM 4,80
Vektorrechnung, Teil 1	DM 11,50
Vektorrechnung, Teil 2	DM 11,50
Komplexe Zahlen Teil 1	DM 11,50
Komplexe Zahlen, Teil 2	DM 11,50

Demmig-Repetitorien
vermitteln grundlegende Kenntnisse
in leicht faßlicher, prägnanter Dar-
stellung. Weitere Titel im Freipro-
spekt DA. Bitte anfordern vom

DEMMIG VERLAG KG
61 Darmstadt - Postfach 234

nicht in Kraft war und außerdem offen-
stand, ob die Werkkunstschule in die
FHD integriert würde.

Das Parlament verabschiedete eine
Wahlordnung und wählte in diesem Se-
mester einen Wahlausschuß, der beauf-
tragt wurde, die Parlamentswahl durch-
zuführen. Die Wahlen sollten in der
Woche ab 6. Dezember stattfinden.
Die Vorbereitungen (Einreichung der
Listen) waren schon abgeschlossen, als
am Donnerstag, den 25. 11. der beauf-
tragte Fachbereichsleiter für Kunststoff-
technik Gnauck beim Verwaltungsdirek-
tor Preu ankündigte, die Wahl anzu-
fechten. Begründung: Die Wahl ist ille-
gal, da es keine vom Kultusministerium
genehmigte Wahlordnung gibt.

Die Studenten sind nicht berechtigt, sich
selbst eine Wahlordnung zu geben.
Der Verwaltungsdirektor erkundigte sich
daraufhin in Wiesbaden, ob von Seiten
des Kultusministeriums eine Wahlord-
nung für die Parlamentswahl in Vorbe-
reitung sei.

In einem Telefongespräch mit dem be-
auftragten Rektor der FHD Ackermann
teilte am Freitag, Schinhammer aus dem
Kultusministerium mit, daß die Wahl-
ordnung und die Durchführung der Wahl
Sache der Studentenschaft sei und das
Kultusministerium nicht beabsichtige,
eine Wahlordnung zu erlassen.

Gnauck war damit allerdings nicht ein-
verstanden und kündigte an, die Parla-
mentswahl auf jeden Fall anzufechten.
Am Montag teilte der Verwaltungsdirek-
tor dem AStA und dem Wahlausschuß
eine neue „geleuterte“ Rechtsauffassung
des Kultusministeriums mit: Die Studen-
ten sind nicht berechtigt, Wahlen durch-
zuführen, das Kultusministerium muß
eine Wahlordnung für die erste Parla-
mentswahl an der Fachhochschule Darm-
stadt durch Rechtsverordnung erlassen.
In einer Vollversammlung der Studen-
tenschaft der Fachhochschule Darmstadt
am Donnerstag, dem 2. 12. forderten die
Studenten in einer Resolution das Kul-
tusministerium auf „die nach dieser
Satzung (der im Sommer durch Urab-
stimmung genehmigten; d. Red.) ge-
wählten vorläufigen Organe als rechts-
mäßige Vertretung der Studentenschaft
anuerkennen, bis die nach dem Hoch-
schulgesetz gebildeten Organe konstitu-
iert sind“.

Termine der Plenumsitzungen der Basisgruppen an der THD:

BG Mathematik: Dienstag, 16 Uhr,
Fachschaftsraum 12/344

BG Chemie: Mittwoch, 20 Uhr, AStA
BG E-Technik: Mittwoch, 19 Uhr, Fach-
schaftsraum, Schloßgartenstraße 8

BG Wirtsch.-Ing.: Mittwoch, 19 Uhr,
Fachschaftsraum

Zentralrat der Lehrerstudenten
(= **BG Lehrer**): vierzehntätig mitt-
wochs, 19 Uhr, Raum 11/100 (alter
Senatssaal)

BG Bauingenieure: Mittwoch, 20 Uhr,
Fachschaftsraum 11/52 A

BG Architektur: Montag, 20 Uhr, Fach-
schaftsraum, Architekturgebäude,
Nachtweide

BG Maschinenbau: Donnerstag, 20 Uhr
Fachschaftsraum 11/52 A

BG Informatik: Donnerstag, 18 Uhr,
AStA

Krankenscheine

Der Vorstand des Studentenwerks hat
erneut abgelehnt, an Studenten, die in
diesem Semester nur den alten Studen-
tenwerksbeitrag von DM 45,- bezahlt
haben, keine Krankenscheine mehr aus-
zugeben. Die erneute Beschäftigung mit
diesem Thema war notwendig geworden,
weil das Kultusministerium das Studen-
tenwerk angewiesen hatte, „Krankens-
scheine nur an Studenten auszugeben,
die nachweisen, daß sie den vollen Bei-
trag gezahlt haben.“

Schon zu Beginn des Semesters hatte
Studentenwerksgeschäftsführer Werk-
mann eine ähnliche Anweisung erteilt,
die dann vom Vorstand aufgehoben
wurde. Der Brief des Studentenwerks-
vorstands an das Ministerium hat folgen-
den Wortlaut:

Der Vorstand des Studentenwerks
Darmstadt hat sich auf seiner Sitzung
am 18. 11. 1971 mit ihrem im Bezug ge-
nannten Erlaß beschäftigt und wie folgt
beschlossen:

„Der Vorstand ist in der jetzigen Lage
nicht bereit, den Beschluß vom 7. 10. 1971

zu ändern, demzufolge auch Krankenscheine bei Zahlung eines Beitrages von nur DM 45,- ausgegeben werden. Er ist auch nicht bereit, aus diesem Anlaß den § 8 der Gesundheitsdienstordnung aufzuheben bzw. zu ändern.“

Begründung:

Mit Erlaß vom 27. 4. 1971 haben Sie im Wege Ihrer Rechtsaufsicht den Studentenwerksbeitrag auf DM 60,- pro Student und Semester festgesetzt. Für das Studentenwerk besteht kein Zweifel über die Höhe des Studentenwerksbeitrages; der Prozeß des AstA der Technischen Hochschule gegen das Land Hessen hat für das Studentenwerk keine aufschiebende Wirkung.

Gemäß § 4 des Studentenwerksgesetzes ist es Aufgabe der Hochschule, die Studentenwerksbeiträge einzuziehen. Die Hochschule selbst sah sich jedoch sowohl für das Sommersemester wie auch für das Wintersemester 1971/72 nicht in der Lage, den vollen Studentenwerksbeitrag von DM 60,- von allen Studenten einzuziehen.

Für das Sommersemester 1971 haben ca. 3200 Studenten und für das Wintersemester 1971/72 mindestens 3600 Studenten nur den geringeren Beitrag von DM 45,- entrichtet.

Der Studentenwerksbeitrag ist ein einheitlicher unteilbarer Beitrag und ist unabhängig davon zu leisten, ob Einrichtungen des Studentenwerks von dem Studenten tatsächlich in Anspruch genommen werden oder nicht. Hieraus folgt, daß Studenten, die Einrichtungen des Studentenwerks nicht in Anspruch nehmen, keinen Anspruch auf Rückvergütung eines Teilbeitrages haben. Umgekehrt gilt, daß Studenten, die bestimmte Einrichtungen, hier die SKVD, in Anspruch nehmen, nicht anders gestellt werden können als andere Studenten. Ihrem Erlaß zu folgen hieße, Studenten ungleich zu behandeln, weil über die SKVD nur ca. 20% der Studenten erfaßt werden können. Aus Gründen der Gleichbehandlung sieht sich der Vorstand außerstande, entsprechend Ihrem Erlaß zu verfahren. Der Vorstand könnte Ihrem Erlaß allerdings dann folgen, wenn sichergestellt wäre, daß alle Studenten für das Wintersemester 1971/72 den vollen Beitrag zahlen. Aber genau

hier hat der Vorstand berechtigten Zweifel.

Gemäß § 4 des Studentenwerksgesetzes ist es Sache der Hochschule, die Studentenwerksbeiträge einzuziehen. Das Kultusministerium ist verpflichtet, eindeutige Rechtsgrundlagen für die Einziehung des Beitrages durch die Hochschule zu schaffen.

Die Technische Hochschule Darmstadt hat bereits lange vor der Rückmeldung zum Wintersemester 1971/72 eingewandt,

1. daß die Studentenwerksbeiträge, also auch der Erlaß vom 27. 4. 1971 über seine Erhöhung, zu veröffentlichen sei
2. daß die allgemeinen Vorschriften für Studierenden nur auf die Nichtzahlung von **Gebühren** und **nicht auf Beiträge** angewandt werden können.

Hier verweisen wir auf die Schreiben des Studentenwerks vom 4. 5. 1970 (einschl. Anlage) und 29. 6. 1970 sowie auf Ihre Erlasse vom 11. 5. 1970 (H II 3 (1) -436/24-324) und 9. 7. 1970 (H II 3 -436/24-329). Vorsichtshalber legen wir Ablichtungen dieser Schreiben und Erlasse bei.

Dem Kultusministerium war spätestens zu diesem Zeitpunkt bekannt, daß der Studentenwerksbeitrag zu veröffentlichen ist.

Hier sei nochmals das Urteil des Verwaltungsgerichtes Darmstadt vom 16. 6. 1970 (Az. IV E 17/68) zitiert: „Beitragsordnungen öffentlich-rechtlicher Körperschaften haben auch dann, wenn

sie sich auf einen geschlossenen Mitgliederkreis beschränken, rechtssetzenden Charakter und bedürfen der Verkündung, um Rechtswirksamkeit zu erlangen.

Erst nachdem dem Studentenwerk bereits hohe Einnahmeausfälle entstanden waren, sah sich das Kultusministerium endlich am 18. 10. 1971 genötigt, seinen Erlaß vom 27. 4. 1971 zu veröffentlichen. Selbst wenn das Kultusministerium die Rechtsauffassung der Hochschule nicht teilt, ist zu fragen, warum es dann nicht die Hochschule mit anderen Mitteln, als es das Kultusministerium getan hat, zwingt, entsprechend § 4 des Studentenwerksgesetzes zu verfahren und den Beitrag von DM 60,- einzuziehen. Ein Rekurs auf Preußisches Hochschulrecht nützt dem Studentenwerk in seiner finanziellen Notlage nichts.

An Einnahmeausfällen hat das Studentenwerk zu verzeichnen:
Sommersemester 1971

ca. DM 48 000,-

Wintersemester 1972/72

ca. DM 54 000,-

ca. DM 102 000,-

Zusammen:

Der Vorstand des Studentenwerks stellt fest, daß das Kultusministerium eindeutig ein Verschulden daran trifft, wenn das Studentenwerk diesen Einnahmeausfall hinnehmen muß. Es behält sich weitere Schritte – auch gegen Ihr Haus – vor, um den Einnahmeausfall auszugleichen.“

Neptun bittet zu Tisch

Fischrestaurant Hamburg
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 17
durchgehend warme Küche
von 10.00 bis 24.00 Uhr

Immer etwas Besonders

Alte Tenne
Darmstadt, Landgraf-Georg-Str. 7

Alte Tenne
Darmstadt, Pallaswiesenstraße 19

Die Restaurants mit besonderer Note

mini=markt

studentischer
filmkreis
thd



WINTERSEMESTER 1971/72

do, 16. 12.
jean-luc godard

weekend
frankreich/italien 1969

do, 6. 1.
g. oury
superhirn
frankreich/italien 1969

do, 13. 1.
alfred hitchcock

die vögel
usa 1963

do, 20. 1.
orson welles
der prozeß
italien/frankreich 1963

do, 27. 1.
helvio soto
voto mas fusil
chile 1970

do, 3. 2.
jean-luc godard
one plus one
großbritannien 1968

do, 10. 2.
sonderveranstaltung

do, 17. 2.
elia kazan
viva zapata
usa 1952

anfangszeiten jeweils donnerstags
18.30 und 1.00 uhr
audimax

filmseminar:
der russische revolutionsfilm
dienstags 20.00 ct.
wilhelm-köhler-saal

Funktionsfähiges **Tandem** für 2 Personen gesucht. **Michael Biehl**, 61 Darmstadt-Eberstadt, Am Steinernen Kreuz 17, Telefon 5 11 88.

Bürostuhl, auf Röllchen, gepolstert, gesucht. Angebote mit Preisangabe an **Ingo Janthur**, 61 Darmstadt, Falkenstraße 10.

Philips Radio Recorder (+ 5 Cassetten), Netzgerät eingebaut, zu verkaufen oder gegen Ski zu tauschen. **Toni**, Darmstadt, Roquetteweg 15, Tel. 48662.

Hemden (männl.) 37-38 und eine **Stereo-Anlage** zu verkaufen. **Oskar**, Darmstadt, Roquetteweg 15, Telefon 4 8662.

Garderobe (weibl.) 36-38 zu verkaufen. **Hotel Traube**, IV. Stock, Zimmer 6.

Verkaufe 2 **VOX-Gesangsboxen**, sehr guter Zustand; **TRIX-Eisenbahnanlage** (1,50 m x 2,50 m), drei Züge, sehr viel Zubehör. Tel. (0 61 03) 2 94 61.

Verkaufe **12 V-Autobatterie** oder tausche sie gegen Autoradio. **Schmuse-Stöcker**, ASTA THD.

TH-Student sucht eine Freundin mit besonderem Interesse an pädagogischen und politischen Fragen. Zuschriften an die dsz unter 124/KR 1.

Wohnungstausch!

Biete: 4 Zi-Wohnung, Küche, Bad, Zentralheizung, günstige Lage.
Suche: 2 Zi-Wohnung, Küche, Bad/Dusche, möglichst Nähe TH/Innenstadt.
Uli Stolz, Darmstadt, Darmstraße 26
Telefon 4 45 90.

Spiegelreflexcamera EXAKTA VX 1000, Obj. Tessar 2,8/50, vollautomatische Springblende, Verschuß 1/1000-8 sec., Verschlußvorlaufwerk, Selbstauslöser, Sucherschacht und Prisma (auswechselbar), Sonnenblende; mit Garantie. Preis DM 225,-. **Ronny Nieveen**, Darmstadt, Kaupstraße 1.

Kaufe:
gebrauchte Reifen 5.60-13 (Ford 12M)
Diaprojektor
Matratzen
Robitzsch, Darmstadt, Parcustr. 10.

Wer Gefangene für Menschen hält, findet Gleichgesinnte donnerstags 19.30 Uhr KHG, Niederramstädterstraße 30 (**Arbeitsgruppe Kritischer Strafvollzug**).

Für **30-PS-VW** fast neue Heizbirnen mit Schalldämpfer sowie Lichtmaschine mit Regler, Benzinpumpe und Verteiler billig abzugeben. **Ulrich Krell**, Darmstadt, Wilhelminenstraße 26, Telefon 2 54 75.

2 Halogen-Fernscheinwerfer Morchal, tiefer Reflektor, Chrom, neu, zusammen DM 40,-; Näheres dsz-Redaktion.

Verkaufe:
59er Fernseher, alle Programme, 150,- DM; Schreibmaschine, funktionsfähig, stark verschmutzt, 10,- DM; Schaltuhren, Raumthermostat, Heizlüfter ohne Gehäuse, UHF/VHF-Varicap-Tuner, Preomaten und elektronische Bauteile billig. **R. Fenger**, Darmstadt, Eschollbrücker Straße 5.

allelektrisch

 Hessische
Elektrizitäts-AG 
Darmstadt
HEAG-Haus
am Luisenplatz
Telefon 191-283



Vor elf Jahren, im Dezember 1960, wurde in Südvietnam die Front National de Libération (FNL) gegründet. Nachdem offensichtlich geworden war, daß das terroristische, von den USA gestützte Diem-Regime nur mit Gewalt zu beenden war, trafen sich Vertreter der Vereinigung der ehemaligen Widerstandskämpfer, der Demokratischen Partei, der Radikalsozialistischen Partei sowie anderer politischer und religiöser Gruppierungen zum Gründungskongreß der FNL. Am 20. Dezember wurden die Ziele der Organisation in einem Zehn-Punkte-Programm niedergelegt.

1. Sturz des verschleierte Kolonialregimes der amerikanischen Imperialisten und der diktatorischen Verwaltung Ngo Dinh Diems und Bildung einer nationalen demokratischen Koalitionsregierung.
2. Herstellung einer breiten und fortschrittlichen Demokratie.
3. Aufbau einer unabhängigen und souveränen Wirtschaft und Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes.
4. Senkung der Pachtgebühren und Schritte zu einer Lösung des Agrarproblems, um das Land denen, die es bebauen, zu sichern.
5. Entwicklung einer nationalen und demokratischen Erziehung und Kultur.
6. Aufbau einer Armee zur Verteidigung des Vaterlandes und des Volkes.
7. Garantierung der gleichen Rechte zwischen den Nationalitäten und zwischen Mann und Frau; Schutz der legitimen Rechte ausländischer Bürger in Vietnam und der Vietnamesen im Ausland.
8. Durchführung einer Außenpolitik des Friedens und der Neutralität.
9. Errichtung normaler Beziehungen zwischen den beiden Zonen und Schritte zu einer friedlichen Wiedervereinigung des Vaterlandes.
10. Widerstand gegen den Angriffskrieg; die aktive Verteidigung des Weltfriedens.

Von der Sympathie und aktiven Unterstützung der Mehrheit des Volkes getragen, kämpfte und kämpft die Nationale Befreiungsfront gegen die imperialistische Unterdrückung Südvietnams.